

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hansjürgen Koschwitz

Begriff und Funktion
der „öffentlichen Meinung“
im bürgerlichen
und sozialistischen
Gesellschaftssystem

Oskar Weggel

Massenkommunikation
in der Volksrepublik China

B 13/71
27. März 1971

Hansjürgen Koschwitz, Dr. phil.,
Dr. disc. pol. habil., geb. 1933, Privatdozent
für das Fach Publizistikwissenschaft an der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fa-
kultät Göttingen.

Veröffentlichungen zu Problemen der Presse-
und Informationspolitik in der UdSSR und
China sowie zu Fragen der politischen Wo-
chenpresse, der Studentenpresse und der
Pressegeschichte.

Oskar Weggel, Dr. jur., Assessor, geb.
1935, Studium der Rechtswissenschaft und des
modernen Chinesischen in Bonn. Zwei Jahre
Aufenthalt in der Republik China (Taiwan).
Ein halbes Jahr am Bundesinstitut für ostwis-
senschaftliche und internationale Studien in
Köln tätig. Seit August 1968 wissenschaft-
licher Referent für den Bereich der Volks-
republik China am Institut für Asienkunde in
Hamburg.

Veröffentlichungen: Zentralregierung und Pro-
vinzialverwaltung auf Taiwan. Selbstverwal-
tungsideologie und Verfassungswirklichkeit,
1968; Die chinesischen Revolutionskomitees,
1968; Die Gesetzgebung in der Volksrepublik
China; Partei und Revolutionskomitees, 1970;
Der ideologische Konflikt zwischen Moskau
und Peking, 1970; Die Parteiausschüsse als
Widersacher der Revolutionskomitees, 1970.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für
politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner
Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänse-
markt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und
Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließ-
lich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustel-
lung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Bei-
lage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Ver-
packungskosten, Portokosten und Mehrwert-
steuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-
nungsäußerung des Herausgebers dar; sie
dienen lediglich der Unterrichtung und Urteils-
bildung.

Begriff und Funktion der „öffentlichen Meinung“ im bürgerlichen und sozialistischen Gesellschaftssystem

I. Einleitung

Studien zum Themenkreis „öffentliche Meinung“, seien sie unter geistes-, problemgeschichtlichen, historischen oder unter soziologischen und sozialpsychologischen Aspekten konzipiert, liegen in ansehnlicher Zahl vor — in apologetischem oder glorifizierendem Sinne häufig aus der Feder von Verfassern liberaler Provenienz¹⁾. Außerdem haben sich in jüngster Zeit Autoren von betont nicht-bürgerlicher Wissenschaftsauffassung, nicht nur in den sozialistischen Ländern, in zunehmendem Maße mit dem Fragenkomplex „öffentliche Meinung“ auseinandergesetzt.

Allgemein noch wenig behandelt worden sind hingegen die Rolle der „öffentlichen Meinung“, deren theoretische Fundierung sowie tatsächliche Wirksamkeit aus systemvergleichender Sicht. Vor allem die spezifische Funktion der „öffentlichen Meinung“ im Gefüge unterschiedlicher oder gegensätzlicher politisch-ideologischer Ordnungen ist bislang ein mehr als spärlich erörterter Untersuchungsgegenstand geblieben. Wurde bereits über die Begriffsauslegung der „öffentlichen Meinung“ in liberalen oder demokratischen Staatsformen heftig — und oftmals im Resultat recht unergiebig — gestritten, so kompliziert sich nun der Sachverhalt zusätzlich dadurch, daß in der Gegenwart gerade dieser Begriff „als ideologieintensive Erscheinung ein bedeutsamer Faktor im Kampf der beiden Weltsysteme“²⁾ geworden und in den unterschiedlichen, ja konträren Gesellschaftsordnungen sowohl in der politischen Praxis

als auch den wissenschaftlich geführten Fachdiskussionen in die grundsätzlichen ideologischen Auseinandersetzungen einbezogen worden ist.

Die Aussage, daß der Rolle der „öffentlichen Meinung“ — zumindest als politisches Schlagwort — in der politischen Wirklichkeit entscheidendes Gewicht zufällt, gilt generell für sämtliche Staats- und Gesellschaftsordnungen unserer Zeit, für die demokratisch-rechtsstaatlichen bzw. parlamentarischen, die diktatorisch-autoritären wie für die totalitären. Besonderes Interesse hat hierbei die für die Gegenwart kennzeichnende Gegenüberstellung von parlamentarischer Demokratie einerseits und Sozialismus andererseits zu beanspruchen. Daher sollen das in bürgerlich-liberalen Staats-

Oskar Weggel:

Massenkommunikation in der Volksrepublik China S. 26

und Gesellschaftssystemen vorherrschende Verständnis von der Rolle der „öffentlichen Meinung“ und die in sozialistischen Ländern überwiegend gängige Auslegung dieses Begriffes im Vordergrund dieser Untersuchung stehen.

Unser eigener Sprach-(und Denk-)gebrauch leugnet gewöhnlich die Existenz einer „öffentlichen Meinung“ in den sozialistischen Staaten und sieht in ihr ein wesentliches Merkmal, wenn nicht gar das Primärmerkmal, ausschließlich der Demokratien westlichen Typs. Man wird leicht eine stattliche Anzahl von Belegen für diesen Gebrauch anführen können; erwähnt sei hier eine Passage aus dem Leitartikel einer größeren Zeitung, in dem im Zusammenhang mit der Frage vertretbarer deutscher, der Sowjetunion gegenüber zu leistender Konzessionen auf die als völlig unvereinbar angesehene Bedeutung der „öffentlichen Meinung“ in West und Ost hingewiesen werden sollte: „Vorleistungen konnten sich in den fünfziger Jahren gegenüber den

¹⁾ Zur näheren Erklärung dieser Tatsache diene ein Zitat aus einer Darstellung Ferdinand Tönnies': „Als ein spezifisch gesellschaftliches und liberales Gebilde erkennt man die öffentliche Meinung auch daran, daß nicht nur ihre Macht und Bedeutung, sondern auch ihr Wert und ihre Richtigkeit, ja wohl gar ihre Unfehlbarkeit, immer von den liberalen Parteien herausgestrichen wurde, während sowohl von rechts wie von links scharfe Kritik und Geringschätzung gegen sie aufgetreten sind.“ (Zur Theorie der öffentlichen Meinung, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 40. Jg., 4. Heft, Leipzig 1916, S. 399.)

²⁾ Heinz Wolter, Über den Begriff der öffentlichen Meinung, in: Neue Deutsche Presse (Ost-Berlin), Jg. 1969, Nr. 14, S. 13.

Westmächten auszahlen, wenn es darum ging, die öffentliche Meinung dieser Staaten zugunsten der Bundesrepublik zu beeinflussen. Gegenüber einem Staat, der keine öffentliche Meinung kennt, sind Vorleistungen kein geeignetes Mittel der Politik.“³⁾ Berechtigung oder Angreifbarkeit der politischen Wertung dieses Satzes stehen nicht zur Debatte. Von Belang ist allein die in dem genannten Passus implizit enthaltene Behauptung, eine „öffentliche Meinung“ gäbe es allein in den sich zur liberalen Demokratie bekennenden Gesellschaftsordnungen. Diese Ansicht ist als durchaus typisch zu bezeichnen.

Eine ähnliche Auffassung, wie sie in der Publizistik oft erkennbar wird, herrscht vielfach auch in wissenschaftlichen Erörterungen vor. Zwei Beispiele seien dazu angeführt. In einer Untersuchung zum Verhältnis von „öffentlicher Meinung“ und internationaler Politik hat der Politologe Ernst Fraenkel die Frage des Einflusses der Regierenden auf die „öffentliche Meinung“ angeschnitten und Gegensätzlichkeiten aufzuzeigen versucht: „In einer Diktatur kann ein Staatsmann gleichzeitig die Herrschaft der öffentlichen Meinung verkünden und die öffentliche Meinung beseitigen. In einer Demokratie läßt sich die öffentliche Meinung weder herausfordern noch umschmeicheln, ohne ihren Tribut zu fordern. Einem demokratischen Staatsmann, der der öffentlichen Meinung ein neues Wirkungsfeld eröffnet, bleibt nur die Wahl, entweder ihr Werkzeug oder ihr Troubadour, entweder der Gefangene seiner eigenen Propaganda oder der Hörige einer Autosuggestion zu

sein.“⁴⁾ Als ein konstitutives Systemmerkmal der parlamentarischen Demokratie begreift auch der Soziologe Gottfried Eisermann die „öffentliche Meinung“ und setzt diese Staatsform deutlich vom Totalitarismus ab: „In allen Fällen ... findet letztlich immer ein Ringen um die öffentliche Meinung statt, die nicht nur generell ein wesentliches Element des Wahlkampfes, sondern auch des Kampfes um die staatliche Entscheidungsgewalt im Rechtsstaat und im Wohlfahrtsstaat darstellt, während sie im totalitären Staat kraft der perfektionierten Kontrolle über die Massenmedien zu einem Objekt der Propaganda zu werden droht.“⁵⁾

All solche Äußerungen, wiewohl sie unterschiedliche Aspekte des Problems „öffentliche Meinung“ beleuchten, gehen einheitlich von der Annahme der zentralen Rolle der jeweiligen Öffentlichkeitsstruktur für die Klassifizierung politischer Systeme aus. Ungeachtet der generellen Negation einer „öffentlichen Meinung“ in nicht-parlamentarisch-demokratischen Ordnungen durch viele westliche Publizisten oder Wissenschaftler spielt aber auch in sozialistischen Gesellschaftsordnungen der Begriff — oder das Phänomen — der „öffentlichen Meinung“ eine überaus wichtige Rolle in der praktischen Politik und neuerdings ebenso in der politischen Wissenschaft sowie der marxistischen Soziologie. Worin sind nun die grundlegenden Unterschiede zwischen den offenkundig voneinander abweichenden Interpretationsweisen zu sehen und welches Gewicht fällt der „öffentlichen Meinung“ in den Entscheidungsprozessen der verschiedenen Gesellschaftssysteme zu?

II. Zur Genesis des Begriffs „öffentliche Meinung“

Umstritten ist nicht allein, ob die Existenz einer „öffentlichen Meinung“ an eine spezifische Form staatlicher Machtausübung und an den jeweiligen Modus gesellschaftlicher Mitbestimmung bei innen- und außenpolitischen Entscheidungen gebunden ist. Umstritten ist darüber hinaus der gesamte Begriff als solcher; in Frage gestellt wird insbesondere, ob man überhaupt von der „öffentlichen Meinung“ als Konkretum sprechen kann. In einem unlängst erschienenen Nachschlageband zur Publizistik wird der Artikel über „öffentliche Meinung“ überraschenderweise mit einer Feststellung eingeleitet, die vollständig im

Widerspruch zu der Tatsache zu stehen scheint, daß diese Vokabel in den Aussagen der Massenmedien oder den politischen Debatten in der Öffentlichkeit wie eh und je en vogue ist. „Nach einhelliger Auffassung in Publizistikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie“, so heißt es im Wörterbuch zur Publizistik recht lakonisch, „gibt es die öffentliche Meinung nicht.“⁶⁾ Diese Feststellung

³⁾ Ernst Fraenkel, *Öffentliche Meinung und Internationale Politik*, Tübingen 1962 (= *Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart*, Heft 255/256), S. 35.

⁴⁾ Gottfried Eisermann, *Soziologie der Politik*, in: *Die Lehre von der Gesellschaft* (Ein Lehrbuch der Soziologie), Stuttgart 1969², S. 357.

⁵⁾ Kurt Koszyk/Karl Hugo Pruys, *dtv-Wörterbuch zur Publizistik*, München 1969, S. 263.

⁶⁾ *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 3./4. Oktober 1970, S. 2.

veranschaulicht eine für die Gegenwart charakteristische Wendung: von der einst übersteigerten Wertschätzung der „öffentlichen Meinung“ in früheren Jahrzehnten zu ihrer Negation als Kollektivbegriff zumindest im akademischen Sprachgebrauch. In ähnlicher Weise wie in dem genannten Wörterbuch erkannte der Zeitungswissenschaftler Emil Dovifat zwar ihre unleugbare Wirksamkeit in der Tagespolitik an, sah in ihr jedoch ein Mittel bewußter Täuschung: „Packend und zugkräftig wird mit ‚der‘ öffentlichen Meinung politisch operiert, aber schon ein kurzes Nachdenken läßt erkennen, daß es die öffentliche Meinung nicht gibt. Auch historische Beobachtungen belegen, daß dieser Begriff eine propagandistische Finte ist, ein ‚Hilfsbegriff für Wissende.‘“⁷⁾ Demgegenüber ließ Dovifat nur den Begriff „Meinungen in der Öffentlichkeit“ gelten.

Die akademische Diskussion über die „öffentliche Meinung“, über die Frage, wie diese begrifflich in präziser Form zu fassen und zu definieren sei, hat keineswegs erst im 20. Jahrhundert begonnen. Sie war im wesentlichen der Reflex des enormen Einflusses, den die „öffentliche Meinung“ auf das Handeln der Machtelite genommen hat, vor allem, seitdem sich emporsteigende Volksschichten mit erwachendem politischen Bewußtsein, bei Unterstützung technischer Medien der Kommunikation in der staatlich-gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu äußern wagten und dem Willen geschlossener Herrschaftszirkel eigene, oft widerstreitende Konzeptionen entgegensetzten. „Öffentliche Meinung“ war von Anfang ein politisch relevanter, vornehmlich gesellschaftsbezogener Terminus, nicht zuletzt auch ein Mittel zur Sanktionierung neu entstehender Denkmuster und Verhaltensweisen. Das Attribut ‚öffentlich‘ entstammt noch deutlich der Gegensätzlichkeit zwischen der einst unangetasteten Dominanz eines exklusiven Kreises staatlich-politischer Machträger einerseits und dem Anspruch eines hinzutretenden Standes, dem Bürgertum, auf Mitsprache und Mitentscheidung andererseits. „Öffentliche“ Meinung ist daher stets „gesellschaftliche“ Meinung gewesen⁸⁾.

Da sich die verschiedensten akademischen Disziplinen an der Suche nach tieferem Verstehen, nach Aufhellung des Phänomens der „öffentlichen Meinung“ beteiligt haben, weichen die Begriffsbeschreibungen entsprechend voneinander ab. Geschichtswissenschaft, Jurisprudenz, Zeitungs- und Publizistikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie, Politikwissenschaft — sie alle haben ihr eigenes Fachverständnis in den Begriff projiziert, doch ebenso gemeinsam zu seiner allmählichen Klärung durch Hinzufügung spezifischer Wesenheiten oder einzelner typischer Aspekte beigesteuert. Oft genug spiegelten die Definitionen die besonderen politischen Zeitauffassungen wider oder aber ließen ein bestimmtes vorherrschendes Wissenschaftsverständnis erkennen. Die Genesis des Begriffes „öffentliche Meinung“ zeigt dabei vor allem zwei markante Richtungen: Erstens die klassisch-liberale, dem Geist des Rationalismus entspringende Vorstellung, nach der die „öffentliche Meinung“ vornehmlich als die Äußerung des gebildeten und politisch aufgeklärten Bürgers zu sehen ist, der aufgrund vernunftgeleiteter, rationaler Überlegung und Diskussion mit Andersgesinnten einer optimalen politischen Entscheidung und Handlungsweise fähig ist⁹⁾. Zweitens die der klassisch-liberalen Auffassung chronologisch nachfolgende soziologisch-sozialpsychologische Vorstellung, nach der die Erscheinung der „öffentlichen Meinung“ in stärkerem Maße von den jeweils zeitbedingten sozialen, gesellschaftlichen oder politischen Zusammenhängen gesondert betrachtet wird und als hauptsächlich kommunikationswissenschaftliches Einzelproblem auftritt¹⁰⁾. Der Begriff wurde nun zusehends seines ideologischen Hintergrundes und seines normativen Gehaltes entkleidet und „positivistischer“ verstanden als ehemals. Zumindest machte sich eine solche Tendenz in der politischen und akademischen Fachliteratur bemerkbar. In der politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit behielt er dessen ungeachtet sein ungeschmälertes Gewicht. Die Einengung der wissenschaftlich-akademischen Betrachtungsweise auf einen stärker empirischen Aspekt verhinderte nicht, daß er zentraler Bestandteil der politischen Auseinander-

⁷⁾ Emil Dovifat, Öffentliche Meinung, in: Ernst Fraenkel/Karl Dietrich Bracher (Hrsg.), Staat und Politik, Frankfurt/Main 1957, S. 215.

⁸⁾ Vgl. hierzu auch: Adolf Arndt, Begriff und Wesen der öffentlichen Meinung, in: Martin Löffler (Hrsg.), Die öffentliche Meinung. Publizistik als Medium und Faktor der Öffentlichen Meinung, Stuttgart 1962 (= Schriftenreihe der Deutschen Studiengesellschaft für Publizistik, Band 4), S. 3: „... Öffentliche Meinung ist nicht die Ansicht eines

einzelnen, sondern die Auffassung einer Vielheit, eine Gruppenmeinung, die sowohl von einer Gruppe geprägt wird als auch ihrerseits die Gruppe prägt, also gruppenbildend wirkt, Gemeinschaft hervorbringt, gesellschaftlich ist.“

⁹⁾ Hierzu siehe Ulla Otto, Die Problematik des Begriffes der Öffentlichen Meinung, in: Publizistik, 11. Jg. 1966, H. 2, S. 99 ff.

¹⁰⁾ Vgl. Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962, S. 260 ff.

setzung blieb — wenn sich auch der Blickwinkel änderte, unter dem er gesehen wurde.

Das für unsere Gegenwart allzu optimistisch überzeichnete Bild der „öffentlichen Meinung“ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die klassisch-liberale Vorstellung dominierte, wirkt in der Rückschau fast wie eine unkritische Verklärung. Spürbar wird dieser Überschwang, diese emotionale Überladung des Begriffes besonders in den enzyklopädischen Darstellungen jener Zeit. Enzyklopädien sind nicht nur geeignet, die gängigen Zeitauffassungen, den allgemeinen Zeitgeist späteren Generationen aufzuzeichnen; seit Pierre Bayles „Dictionnaire historique et critique“ von 1697 sind Enzyklopädien dazu ausersehen gewesen, in getarnter Form dem absolutistischen oder monarchischen Staats- und Regierungssystem zuwiderlaufende, der politischen Zensur jedoch leichter entrinnbare Gedanken vorzubringen. Das gilt vorzugsweise für staats- und gesellschaftspolitische Schlüsselbegriffe und aktuelle, programmatische Schlagworte oder Losungen (wie etwa Publizität oder Pressefreiheit).

Als Beispiel für das glorifizierende Verständnis der „öffentlichen Meinung“ im vorigen Jahrhundert sei das „Neue Rheinische Conversations-Lexicon“ von 1834 angeführt, das unter dem betreffenden Stichwort den folgenden Kernsatz enthält: „In jedem Volke bilden sich über Gegenstände, die ein allgemeines Interesse haben und somit tief in sein Leben eingreifen, Ansichten und Meinungen aus. Lange können sie gegeneinander im Kampfe liegen, doch muß endlich aus dieser Reibung eine siegend hervorgehen, oder besser, die widerstreitenden Ideen setzen sich auf die Dauer ins Gleichgewicht, sich gegenseitig austauschend, beschränkend, berichtend, bis endlich das *Wahre, Rechte* und *Vorteilhafte* anerkannt und mehr oder weniger allgemein angenommen wird.“¹¹⁾ Zweierlei fällt an diesen Formulierungen auf: einmal der naive Glaube an die in der allgemeinen, öffentlichen Diskussion sich letztlich durchsetzende Wahrheit und an die fortschreitende Vervollkommnung des Denkens, ebenso das offensichtliche Verkennen der Möglichkeit, daß die öffentliche Meinungsdiskussion, die öffentliche Selbstaussprache dem Irrtum, dem Irrationalen erliegen und dadurch zu politisch haltlosen Urteilen führen können; zum ande-

¹¹⁾ Öffentliche Meinung, in: Neues Rheinisches Conversations-Lexicon oder encyclopädisches Handwörterbuch für gebildete Stände, herausgegeben von einer Gesellschaft rheinländischer Gelehrten, 8. Band, Köln 1834, S. 1116 (Hervorhebung vom Verfasser).

ren der Bezug der „öffentlichen Meinung“ auf die Gesamtheit des Volkes, die Ablehnung eines bestimmten Standes oder einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht, einer politisch oder bildungsmäßig qualifizierten Elite als vorrangiger Träger der öffentlichen Meinungsbildung. Es äußert sich gerade hierin noch ganz die idealisierende Vorstellung, der man in jener Epoche allgemein anhing.

Eine weitere Neigung zur Idealisierung, die nur aus den Grundauffassungen jener Zeit mit der sich endgültig vollziehenden Lösung von vorgegebenen absolutistischen Denkweisen und dem Streben nach freieren, von staatlicher Obrigkeit ungehemmteren Formen politisch-gesellschaftlichen Lebens erklärlich ist, liegt in der Überzeugung, daß die „öffentliche Meinung“ eine nicht beliebig manipulierbare Größe ist, daß ihre Entstehung von verfälschenden Einflüssen weitestgehend frei ist. Abgeleugnet wird augenscheinlich, daß menschliche Individualität allein die „öffentliche Meinung“ unmittelbar nachhaltig zu beeinflussen imstande sei: „Nicht der einzelne vermag eine öffentliche Meinung zu schaffen, zu lenken und zu leiten; ihre eigene Wurzel hat sie in dem ewigen Charakter der Menschheit, welchem ihre höchsten, wichtigsten Zwecke nie gleichgültig seyn können, und ihre andre in der Zeit, in den Weltverhältnissen und Umständen, kurz in Dem, was man Schicksal nennt und es auch allein ist.“¹²⁾

Eine solche Haltung weist natürlich noch deutlich auf die fehlenden Erfahrungen mit dem erst in späteren Jahrzehnten auftretenden Problem der publizistischen Massenführung und politischen Massenpropaganda hin. Es schien noch gänzlich undenkbar, daß die „öffentliche Meinung“, mochte man darunter nun die Volksmeinung (*opinion du peuple*) oder nur die Meinung einer auserwählten Schicht der Gesellschaft verstehen, durch andere als rationale Methoden beeinflussbar war, noch fehlte das Verständnis dafür, daß sich in einer in stets wachsendem Maße industrialisierenden Gesellschaft die maßgeblichen Denk- und Verhaltensmuster nicht immer mittels vernunftgeleiteter Diskussionen zwischen aufgeklärten Individuen herausbildeten, sondern zu einem wesentlichen Teil oder gar entscheidend durch die Einwirkung des sich rasch potenzierenden Kommunikationssystems mitbestimmt werden könnten. Die Presse, das einzige massenwirksame Kommunikationsmedium jener Zeit, wird ganz als Instrument gegenseitiger Information und Aussprache (des „Gedankenverkehrs“) gesehen, nicht

¹²⁾ Ebenda, S. 1117.

als mögliches publizistisch-propagandistisches Führungsmittel gefürchtet.

Die Vielfältigkeit der Einflußnahme auf die Bildung der „öffentlichen Meinung“ und deren (allerdings durchaus nicht unbegrenzt mögliche) Manipulation oder Steuerung zu diskutieren, blieb damit hauptsächlich dem nachfolgenden Jahrhundert vorbehalten, das das unkritische, Gefahren und Chancen nicht zurückhaltend abwägende Vertrauen in einen fast selbständig ablaufenden, durch rationalen Dialog gesicherten Prozeß des Entstehens verfeinerter und sich immerfort läuternder Denkweisen zunehmend verloren hat. Ebensowenig werden in der Gegenwart Worte wie das „Wahre“, das „Rechte“ oder das „Vorteilhafte“ in ähnlicher Form ungeprüft übernommen; derart absolut gesetzte oder objektiv scheinende Kriterien sind kaum noch in modernen Begriffsbestimmungen zu finden, sind zumeist durch weitaus behutsamere Wendungen ersetzt worden.

Es ist denkbar, daß die Verfasser des Artikels zur „öffentlichen Meinung“ in der genannten Enzyklopädie mit ihren überaus optimistisch klingenden Formulierungen gleichzeitig im Sinne hatten, die staatliche Obrigkeit davon zu überzeugen, daß eine sich frei bildende und entfaltende „öffentliche Meinung“ keine Gefährdung der etablierten Ordnung darstellen könne, da sie unvernünftige, irrationale Motivationen in ihrem Läuterungsprozeß wieder ausscheiden und deshalb niemals einem Umsturz der bestehenden Verhältnisse förderlich sein würde — womit jede Begründung für die Einschränkung der Meinungs- und Publikationsfreiheit entfiel. Faßt man die Darstellung des angeführten Lexikons in diesem Sinne auf, so ist ihr indirekt der Wille zu politisch-gesellschaftlicher Kritik zu entnehmen.

Einen solchen Willen bringt das von Carl v. Rotteck und Carl Welcker herausgegebene „Staats-Lexikon“ aus dem Jahre 1841 pointiert zum Ausdruck. Zunächst akzeptiert Welcker, der Verfasser des Artikels über die „Öffentlichkeit“, uneingeschränkt die herrschende Zeitauffassung, derzufolge die „öffentliche Meinung“ ein Attribut der Gesamtgesellschaft, nicht aber das intellektuelle Privileg einer elitären Schicht von Bürgern sein sollte. Außerdem wird der Einwand, die „öffentliche Meinung“ könne ein Ergebnis rein zufälliger, sich nicht auf sachbezogen rationale Überlegungen gründender, vorwiegend von Leidenschaften geprägter Auseinandersetzungen sein, anscheinend noch abgelehnt: „Die wahre öffentliche Meinung ist vielmehr das dem wahren Sein und Wesen, dem Endzwecke und höchsten Gesetze des ganzen historischen und

politischen Volkslebens entsprechende öffentliche oder gemeinsame Bewußtsein, Gewissen und Wollen und die dadurch bestimmte und damit zusammenstimmende Ansicht und Absicht (Consensus) des Volks in Beziehung auf seine öffentlichen Angelegenheiten.“¹³⁾ Nichtsdestoweniger wird durchaus zugestanden, daß in der geschichtlichen Entwicklung einer Nation unter Umständen Stadien eintreten, in denen nur von einer kranken „öffentlichen Meinung“ gesprochen werden kann, sofern die sittlichen Grundlagen der Gesellschaft unterhöhlt sind, Amoral, Egoismus und Materialismus die Oberherrschaft gewonnen haben und die Stimmen der Besonnenen der Resonanz in der Öffentlichkeit beraubt sind. In einem solchen Niedergang müsse die reinigende und veredelnde Kraft der „öffentlichen Meinung“ versagen — gleichviel, ob die „öffentliche Meinung“ sich frei regen und äußern kann, oder ob Meinungsstyannei herrscht.

Das „Staats-Lexikon“ zeichnet, jenseits einer übersteigerten Idealisierung und einer allzu abstrakten Betrachtungsweise, den Begriff der „öffentlichen Meinung“ in seiner Abhängigkeit von spezifischen Zeitfaktoren und dem Zeitgeist nach. Danach besteht dieser Zeitgeist „in der besonderen Richtung der öffentlichen Meinung, welche durch bestimmte Entwicklungsperioden oder besondere Zeitverhältnisse bestimmt und vorzugsweise auf gewisse besondere Seiten des Culturlebens gerichtet ist, welche jetzt gerade vorherrschen oder jetzt als vorzugsweise wesentlich erscheinen“¹⁴⁾. Durch die Einbeziehung des Zeitgeistes in die Diskussion um den Begriff „öffentliche Meinung“ läßt sich die Fiktion, die „öffentliche Meinung“ kristallisiere sich gewissermaßen ausschließlich als Ergebnis und Quintessenz einer vernunftgeprägten, klärenden Diskussion heraus, nicht länger halten. Weit stärker wird jetzt anerkannt, daß die „öffentliche Meinung“ auch durch gesellschaftliche Faktoren mitbedingt wird. Vor allem wird auf die jeweilige politische und sozio-ökonomische Verfassung der Gesellschaftsordnung verwiesen. Man sah einen dialektischen Prozeß insofern am Werke, als der Zeitgeist in verschiedenen Epochen andersartig geprägt ist: durch Vorwiegen industrieller, kultureller, politischer, religiöser, liberaler, aufklärender oder monarchischer Elemente,

¹³⁾ Carl Th. Welcker, Öffentlichkeit, in: Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften in Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands herausgegeben von Carl von Rotteck und Carl Welcker, 12. Band, Altona 1841, S. 265.

¹⁴⁾ Ebenda, S. 278.

und als eine dominierende Richtung auf den Widerstand anderer Elemente des Zeitgeistes treffen und diesen letztlich erliegen muß.

Damit wird deutlich die Gebundenheit der „öffentlichen Meinung“ an politisch-gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse oder ideologische Wertsysteme erkannt und ein wirklichkeitsnäher Blick für die Beeinflussbarkeit der öffentlichen Meinungsbildung durch komplexere Faktoren als lediglich Gedankenaustausch und rationale Diskussion gewonnen. Gleichwohl verfällt man keineswegs in den Irrtum späterer Jahrzehnte, das Gewicht allzu einseitig auf die Macht der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Ausprägung des menschlichen Bewußtseins zu legen.

Die übliche Glorifizierung der „öffentlichen Meinung“ relativiert das „Staats-Lexikon“ zudem dadurch, daß gegensätzliche Auffassungen zur „öffentlichen Meinung“ nicht verschwiegen werden. Einerseits wird auf diejenigen Stimmen hingewiesen, die in ihr eine regierende, eine unwiderstehliche Macht sehen wollten, andererseits werden solche konträren Ansichten zitiert, die sie für ein „vielköpfiges Ungethüm“ oder für eine „Thörin“ hielten. Für das frühe 19. Jahrhundert überwog jedoch noch ganz eindeutig die Anerkennung der „öffentlichen Meinung“ als gesellschaftspolitisch positiv wirkender und die Realität in günstiger Richtung verändernder Kraft. —

Aus der Perspektive unseres Jahrhunderts läßt sich die oft überhöht gesehene Rolle der „öffentlichen Meinung“ hauptsächlich daraus erklären, daß die Losungen „öffentliche Meinung“, „Öffentlichkeit“, „Publizität“ ein politisches Programm darstellten, um den Bedrängnissen seitens der Staatsautorität wirksam entgegenzutreten und deren rigorose Eingriffe abzuwehren. Die Vorstellung nämlich, daß „Publizität“ und „freie öffentliche Meinung“ eine Garantie gegen die politische Willkür dieser Staatsautorität erzwingen könnten, hatte sich vor allem in dem zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufblühenden Zeitschriftenwesen niedergeschlagen. Bereits Joseph Görres hatte die besondere Funktion der Zeitschriften als Organe der „öffentlichen Meinung“ unterstrichen, vor allem als er das Programm seines revolutionsfreundlichen „Rothen Blattes“ (1798) ankündigte: „In keinem Falle darf ... ein Volk, wenn es seine Freyheit nicht bald zu Grabe gehen sehen will, jene Waffe aus den Händen geben, durch die es allein dem Ehrgeize und der Habsucht sich fürchterlich macht. Nie darf es, wenn es sich nicht eine dumpfe Fühllosigkeit, und einen sklavischen Stumpsinn zu Schulden kommen lassen will,

jene Oberaufsicht über seine Beamten und Stellvertreter aufgeben, die durch die öffentliche Opinion, und das Organ derselben, die Zeit-Schriftsteller, das Resultat ihrer Erfahrungen und Schlüsse dargelegt.“¹⁵⁾ Der entschlossenste Bösewicht schreкке vor einer Untat zurück, sobald er sich von tausend Augen beobachtet wisse, wenigstens verschiebe er sie auf eine ihm günstiger dünkende Gelegenheit. Es wird hier frühzeitig ausgesprochen, was der „öffentlichen Meinung“ zu ihrer enormen Aufwertung verholfen hat; ihre moralische Fundierung als politische Kontroll- und Schutzinstanz¹⁶⁾.

Doch mit dieser Funktion erschöpfte sich die positive Rolle der „öffentlichen Meinung“ keineswegs, denn die Hindernisse für die ungegänzelte und von Zensur befreite Meinungsäußerung sollten nicht nur beseitigt werden, um einen ungehemmten Gedankenaustausch zu ermöglichen, sondern auch, damit die sich durch den kommunikativen Akt des öffentlichen Gedankenaustausches bildende gesellschaftliche Meinung zu einer aktiven Kraft im staatlich-politischen Leben entwickelt und hierdurch das Vorrecht politischer Entscheidungsbefugnisse auf bislang nicht privilegierte Schichten ausgedehnt werden konnte: „Die Freiheit der öffentlichen Meinung ... besteht eben in jener vollkommenen Öffentlichkeit und in jener Freiheit aller Organe der Mittheilung, sich auszusprechen und so auf die verfassungsmäßige Bestimmung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten einzuwirken.“¹⁷⁾

In diesen Kontext ist der Hinweis einzufügen, daß das Vorhandensein einer „öffentlichen Meinung“ oftmals nur für solche Gesellschaftsordnungen zugestanden worden ist, die Legalität der Meinungsvielfalt gelten lassen. Es wird argumentiert, daß sich eine „öffentliche Meinung“ erst dann bilden könne, wenn das einst starre Verhältnis von Staatsautorität und Untertanentum aufgelöst und liberaleren Modi staatlicher Machtausübung gewichen sei. Doch scheint diese Argumentation kaum der tatsächlichen historischen Entwicklung zu entsprechen. Die wirkende Kraft der „öffentlichen“, das heißt der gesellschaftlich wirksamen Meinung ist auch dann noch nachweisbar, wenn einer ungehinderten Entfaltung der öffentlich-publizistischen Urteils- und Willens-

¹⁵⁾ Das Rothe Blatt, 6. Jahr der Frankenrepublik, 1. Trimester, 5. Heft, 10. Germinal. Ankündigung.

¹⁶⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang: Wilmont Haacke, Politische Zeitschrift und Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für Politik, 17. Jg. 1970, H. 1, S. 40 ff., bes. S. 43.

¹⁷⁾ Staats-Lexikon, S. 268.

bildung enge Grenzen gesetzt sind oder diese gar völlig unterbunden ist. Die „öffentliche Meinung“ mag sich dergestalt nicht auf die Gesamtheit der staatspolitischen Sphäre ausdehnen, sondern wird sich zumeist nur in dem einen oder anderen Teilbereich Gehör und Achtung verschaffen können¹⁸⁾. Von diesen Teilbereichen dringt sie jedoch oft sehr rasch in den gesamtgesellschaftlichen Bereich vor.

Allerdings: im Sinne des klassischen Liberalismus konnte unter solchen Eingrenzungen von einer „öffentlichen Meinung“ nicht mehr gesprochen werden. Denn für die klassische Prägung des Begriffes sind, resümierend, die folgenden Merkmale als grundlegend und maßgeblich anzusehen; die Voraussetzung der (formalen) bürgerlichen Freiheit des Individuums; das ungeschmälerte Recht der Individuen auf unzensurierte Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit, was in jener Zeit vornehmlich Zugang zur Pressepublizistik hieß; Teilnahme an der staats- und gesellschaftspolitischen Diskussion in weitestem Maße, das heißt Durchsetzung des Publizitätsprinzips bei allen die res publica betreffenden Angelegenheiten; Konkurrenz der Meinungen im Rahmen einer allgemeinen öffentlichen Aussprache in der Erwartung, auf diesem Wege zu inhaltlich ausgewogenen, von Leidenschaften und irrationalen Motiven ungetrübten Schlußfolgerungen zu gelangen; legale Einwirkungsmöglichkeit dieser „artikulierten“ und geläuterten Meinung auf die praktische Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Realität¹⁹⁾.

Die allmähliche Auflösung dieses idealtypischen Modells der „öffentlichen Meinung“

¹⁸⁾ Vgl. Georg Weippert, *Öffentliche Meinung*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, 8. Band, Göttingen — Tübingen — Stuttgart 1964, S. 32: „Die Struktureinheit öffentliche Meinung ist, unabhängig von den jeweiligen Inhalten, vieler Formen fähig. Schon durch geringfügig erscheinende Veränderungen innerhalb eines einzigen Strukturmerkmals, erst recht natürlich durch Modifikation mehrerer Strukturelemente, stellen sich andere Erscheinungsformen und Typen öffentlicher Meinung ein, die jeweils eine entsprechende begriffliche Fassung erheischen. Doch bringen auch die einschneidendsten Veränderungen der einzelnen Strukturmerkmale das Phänomen öffentlicher Meinung nicht voll zum Verschwinden. Es ändert sich aber ihre Gestalt, die besondere Weise ihrer formalen Struktur. Ein der öffentlichen Meinung verwandter Tatbestand ist also auch dann noch existent, wenn etwa die Einzelindividuen weder frei noch Träger des politischen Willens, in ihrer Meinungsäußerung stark beschnitten oder gar ohne die Möglichkeit sein sollten, ihre Stimme in der Öffentlichkeit zu erheben.“

¹⁹⁾ Vgl. Weippert, a. a. O., S. 31.

im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte politische wie soziologische Ursachen. Das im Verlauf des allgemeinen Industrialisierungsprozesses unaufhaltsame Wachsen einer zur politischen Passivität verdamnten Masse trug zu der Abkehr von der einst so hochgeschätzten Idee bei, daß das Volk als Ganzes zum Träger der „öffentlichen Meinung“ berufen sei. Diese Entwicklung war im wesentlichen für die Einschränkung der zur Prägung einer „öffentlichen Meinung“ kompetenten Schicht auf ein Elitepublikum verantwortlich. Eine weitere Transformation des Begriffes war andererseits in der Erweiterung des thematischen Rahmens der „öffentlichen Meinung“ zu sehen, die sich nun nicht mehr auf die Angelegenheiten der res publica im engeren Sinne bezog, sondern sämtliche Bereiche des Kultur-, Geistes- und Gesellschaftslebens erfaßte.

Außerdem ließen sich immer mehr Stimmen vernehmen, die vor einer Überbewertung der rationalen Elemente in dem Phänomen „öffentliche Meinung“ warnten und demgegenüber das unvermeidlich Irrationale in dem Begriff bloßlegten wollten. Bereits auf Hegel ist dieser Zwiespalt zurückzuführen; die „öffentliche Meinung“ als eine zu achtende wie zugleich zu verachtende Erscheinung.

Wenn in späterer Zeit, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die „öffentliche Meinung“ — so von Max Weber — als „ein aus irrationalen ‚Gefühlen‘ geborenes, normalerweise von Parteiführern und Presse inszeniertes oder gelenktes Gemeinschaftshandeln“²⁰⁾ charakterisiert wird, so brechen hier deutlich die Distanzierung und Gegenpositionen zu der in früherer Zeit üblichen verklärenden Sicht der „öffentlichen Meinung“ durch: Nun meint man offenbar, ihre Willfährigkeit gegenüber allen Manipulationsbestrebungen zu entdecken — eine Einstellung, die auch heute noch erstaunlich viele Anhänger findet, trotz der zur Vorsicht und Reserve gemahnenden Erkenntnisse der empirischen Kommunikationswissenschaft.

Der schrittweise sich vollziehende Umdeutungsprozeß in der Auslegung des Begriffes „öffentliche Meinung“ war nicht zuletzt bedingt durch die Ausbreitung der Massenpublizistik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die in der politischen Öffentlichkeit widerstreitenden Meinungen sich dank der Intensivierung der technischen Reproduktionsmittel profilierter und massenwirksamer äußern konnten. Die politische und gesellschaftliche Diskussion verlagerte sich fortsetzend von

²⁰⁾ Zit. ebenda, S. 33.

den kleineren exklusiven Zirkeln und Presseorganen früherer Zeit in diese Massenpublizistik. Mit deren rascher quantitativer Ausbreitung, vor allem mit dem Emporkommen der Publikumsblätter, insbesondere der Sensationspresse, ging häufig ein qualitativer Abfall des publizistisch-journalistischen Niveaus einher, der dem Ideal der politischen Zeitungs- (und Zeitschriften-)presse als moralischer Instanz, als öffentlicher Wächterin äußerst abträglich sein mußte. Nun war es unvermeidlich, daß sich in verstärktem Maße politisch weniger ernst zu nehmende gesellschaftliche Kräfte Einfluß und Gehör in der Öffentlichkeit sicherten.

Die sachlich-rationale Diskussion innerhalb der Publizistik wurde überdies zunehmend durch das Streben nach gewinnversprechenden Sensationseffekten gefährdet. Die übertriebene politische Emotionalisierung — ohnehin im Zuge der Gründung zahlloser Parteiblätter im Zunehmen begriffen — und die Abhängigkeit eines Teils des Journalismus von finanzkräftigen Verlegern²¹⁾ mögen als wichtigste Faktoren zu der Abwertung der „öffentlichen Meinung“ beigesteuert haben. In jedem Falle erhielt das Schlagwort von der „Macht der öffentlichen Meinung“ nun einen Skepsis verratenden Klang und verlor seinen einst ungetrübten Glanz.

Diese nicht zu verkennende Wandlung hat ein wachsamer Beobachter jener Jahrzehnte, Kurt Baschwitz, in einer seiner zahlreichen Studien zu Themen der Massenpsychologie nachgezeichnet und hierbei besonders die wachsende Tendenz zum Prestigeverlust des Begriffes „öffentliche Meinung“ aufgezeigt: „Man sprach früher viel häufiger von der ‚Macht der öffentlichen Meinung‘, als man das gegenwärtig tut; die Vorstellung von dem zwingenden Einfluß, der von der öffentlichen Meinung ausgeht, wurde in den Zeitungen und in den Büchern der Periode, die mit dem ersten Weltkrieg endigte, als etwas Selbstverständliches beschrieben. Von da ab sprach und spricht man aber weniger von der Macht, welche die öffentliche Meinung ausüben soll, sondern spricht umgekehrt meistens von dem Einfluß, den mächtige Privatpersonen auf sie zu gewinnen suchen (mittels des Privatmonopols der Zeitungstrusts), und von dem Einfluß, den

Regierungen auf die öffentliche Meinung auszuüben trachten (mittels Zensur und Propaganda). Die Sorge, daß eine Regierung oder ein Pressemagnat die öffentliche Meinung sozusagen als ein willenloses Objekt behandeln könnte, ist für unsere Zeit geradezu kennzeichnend; diese Sorge steht in unvermitteltem Gegensatz zu der früheren Vorstellung von der öffentlichen Meinung als einer selbständigen geistigen Macht, die ihrerseits den Regierungen Respekt einflößte.“²²⁾

In den Aufzeichnungen von Baschwitz spiegeln sich all jene Erfahrungen und Erkenntnisse wider, die sich aufgrund der veränderten gesellschaftlich-politischen Realitäten zwangsläufig einstellten. Diesen Wandlungen der „öffentlichen Meinung“ hatte im übrigen auch die Wissenschaft Rechnung getragen, als sie begann, mit dem Aufkommen der akademischen Disziplinen Zeitungswissenschaft, Publizistik, Massenkommunikationsforschung, vor allem mit der Intensivierung der interdisziplinären Forschungen, das heißt in Verbindung mit der Soziologie, Sozialpsychologie und politischen Wissenschaft, die „öffentliche Meinung“ auf einen konkret faßbaren Gehalt hin zu erforschen, und sich darum bemühte, die differenzierteren Aspekte des Gesamphänomens zu analysieren. Es erwies sich aber nun erst recht, wie schwierig es war, die „öffentliche Meinung“ als konkreten Begriff zu definieren, sobald man darauf verzichtete, ihre politische Wirksamkeit in den Vordergrund zu stellen und geneigt war, das sich mit diesem Begriff historisch verknüpfende Ideal außer acht zu lassen; und als es nur darum gehen sollte, die „öffentliche Meinung“ als reale Kategorie politisch-gesellschaftlichen Lebens und Geschehens einzugrenzen.

Vielfach zog man es daher vor, sich auf rein „praktikabel“ oder nur funktional erscheinende Lösungen zu beschränken — so wie es der amerikanische Sozialwissenschaftler Leonard W. Doob tat, als er schlicht definierte: „Public opinion refers to people's attitudes on an issue when they are members of the same social group.“²³⁾ Daß aller Erfahrung nach das Entstehen einer „öffentlichen Meinung“ zwar zu einem wesentlichen Teil den Impulsen bestimmender (oberer) Sozialschichten zu verdanken ist, daß die „öffentliche Meinung“ als gesamtgesellschaftliche Erscheinung jedoch

²¹⁾ Hierzu vgl. Georg Franz, *Liberalismus*, München 1955, S. 176. Erinnert sei ebenfalls an die von Ferdinand Lassalle im Jahre 1863 im Rheinland gehaltene Agitationsrede „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag“, nachgedruckt in: F. Lassalle, *Reden und Schriften*, Berlin 1893, s. bes. S. 636.

²²⁾ Kurt Baschwitz, *Die Macht der Öffentlichen Meinung*, in: *Publizistik als Wissenschaft*. Sieben Beiträge für Emil Dovifat, Emsdetten 1951, S. 25.

²³⁾ Leonard W. Doob, *Public Opinion and Propaganda*, Hamden, Conn. 1966², S. 35.

vielfach, möglicherweise überwiegend, sämtliche soziologischen Bereiche und Kreise zu erfassen imstande ist, daß sich die Subjekte einer kollektiven gesellschaftlichen Meinung oft nicht aus homogenen sozialen Gruppen rekrutieren, läßt diese Definition anscheinend offen. Als noch überraschender erweist sich der an früherer Stelle bereits erwähnte Umstand, daß derartige soziologisch-sozialpsychologische Erklärungen die politische Brisanz

und die ideologische Bedeutsamkeit des Begriffes „öffentliche Meinung“ gänzlich zu vernachlässigen bereit sind. Man geht ganz und gar der Frage aus dem Wege, welche Konsequenzen das Operieren mit dem Begriff der „öffentlichen Meinung“ in politischer Hinsicht zeitigt. Mithin signalisiert der Rückzug auf die rein empirische Deskription die endgültige Abkehr vom traditionellen Ideal des Phänomens „öffentliche Meinung“.

III. Zur Problematik des Begriffes „öffentliche Meinung“ in der Gegenwart

Eine präzise Begriffsbeschreibung der „öffentlichen Meinung“ ist demnach sowohl aus dem Verständnis der historischen Entwicklung heraus als auch infolge der vielfältigen Auffächerungen der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen schwierig. Daher muß in der Gegenwart von einer Ungeklärtheit der Auffassungen und Interpretationen ausgegangen werden. Zumindest fehlt in den nicht-sozialistischen Ländern, denen eine offiziell verbindliche Auslegung politischer und ideologischer Schlüsselbegriffe fremd ist, ein klarer Konsens.

Ein zusätzlicher Grund für dieses Fehlen liegt zweifellos in der im wissenschaftlichen ebenso wie politischen Bereich herrschenden Unsicherheit und Verwirrung bei den Auseinandersetzungen um den Einfluß der Massenkommunikationsmittel auf den Prozeß der Meinungsbildung, in den auch plausible und durch empirische Forschungen erhärtete Erkenntnisse, wie beispielsweise die Theorie vom „two-step flow of communication“, bislang keinen restlos klaren Einblick verschafft haben. Allein der Zweifel an dem Grad der psychologischen Manipulierbarkeit der Kommunikationsempfänger (Leser, Hörer, Zuschauer) macht die Entscheidung schwierig, wieweit überhaupt gesellschaftliche Realitäten, wie sie der einzelne subjektiv erlebt, und politische Propaganda (oder politische Werbung) bei der gesellschaftlichen Meinungsbildung zusammenwirken, inwieweit das eine Element gegenüber dem anderen den Ausschlag gibt. Zudem ist in den Forschungen oftmals der wesentliche Unterschied zwischen offenen und geschlossenen Kommunikationssystemen vernachlässigt worden. Sicher erscheint aufgrund der bisherigen Forschungsergebnisse, daß die Möglichkeit einer willkürlichen Änderung kollektiver Verhaltensmuster durch gezielte Kommunikationssimpulse in Abrede gestellt werden kann.

Die „öffentliche Meinung“ — verstanden als *vorherrschendes gesellschaftliches Bewußtsein in allgemeinen wie speziellen Fragen* — entzieht sich der Steuerung durch die Massenmedien in höherem Maße, als dies zumeist kulturkritisch und pessimistisch gesonnene Analytiker befürchtet oder simplifizierende Ideologen vorgetäuscht haben, die die Stabilität bestimmter Grundhaltungen oft unterschätzten und die Manipulierbarkeit einer Minorität von Bürgern voreilig auf die Gesamtbevölkerung übertrugen.

Massenkommunikation ist stets nur einer der Faktoren, die eine Änderung in den Attitüden der einzelnen initiieren können; ihre Impulse und Aussagen müssen jedoch weitgehend mit den grundsätzlichen Dispositionen der angesprochenen Rezipienten übereinstimmen, um nachhaltige Wirkung zu erzielen²⁴⁾. Selbst die Beseitigung der Meinungs- und Informationsfreiheit und die Monopolisierung aller Kommunikationsmedien durch eine bestimmte politische Gruppe der Staatspartei zieht durchaus nicht automatisch das Verschwinden einer von der „veröffentlichten Meinung“ deutlich unterschiedenen gesellschaftlichen Kollektiv- oder Teilmeinung nach sich. Totalitäre Gesellschaftsordnungen liefern hierfür mannigfache Beweise.

Somit wird fragwürdig, ob die als unumstößliches „Gesetz“ von Marx und Engels formulierte These, daß sich Verfügung über die materielle Macht in der Gesellschaft und Herrschaft über das Bewußtsein entsprechen müs-

²⁴⁾ Vgl. Gerhard Baumert, Betrachtungen zur Öffentlichen Meinung und Massenkommunikation heute, in: Publizistik, 10. Jg. 1965, H. 2, S. 102. Ferner: Wolfgang Manz, Zur Psychologie der Öffentlichen Meinung, in: Politische Bildung, 3. Jg. 1970, H. 3, S. 34 ff.

sen, als tatsächlich so zutreffend angesehen werden kann, wie dies die Konzision und Bündigkeit ihrer Schlußfolgerungen zunächst nahelegen scheinen²⁵⁾. Diese Schlußfolgerungen lassen hingegen keinerlei Raum für die historisch vielfach nachweisbare Möglichkeit einer Entfremdung zwischen materieller gesellschaftlicher Macht oder der dieser materiellen Macht zugrunde liegenden Ideologie einerseits und einem dieser Ideologie tendenziell zuwiderlaufenden geistigen Bewußtsein andererseits. Wird hier nicht ein dialektisch verlaufender Prozeß vorausgesetzt, so bleiben zum Beispiel die Unterhöhnung absolutistischer Herrschaftsformen durch aufklärerische Bewußtseinsinhalte oder der Widerstreit zwischen orthodoxem und reformerischem Kommunismus in einigen sozialistisch regierten Staaten Osteuropas unerklärt.

Auch in der jüngsten Gegenwart ist zweifelsohne eine Überschätzung der „geistigen Produktionsmittel“, der Einflußmöglichkeiten der „Bewußtseinsindustrie“, das heißt der Massenmedien, bei der Bildung der „öffentlichen Meinung“ zu verzeichnen gewesen. Sie wurde zum Teil bis zu dem Punkt getrieben, wo man von einer Allmacht der Massenmedien zu sprechen bereit war. So unbestreitbar jedoch die Wirksamkeit der Massenkommunikationsmittel ist, so zweifelhaft muß die leichtfertige Annahme eines allzu simplen einseitigen Kommunikationsschemas und eines völligen Ausgeliefertseins der Rezipienten an den staatlich gelenkten oder privatwirtschaftlich betriebenen Kommunikationsapparat sein. Die von den realen Lebensumständen, von der objektiv gegebenen gesellschaftlich-sozialen Lage bestimmten und geprägten Denkhaltungen werden stets auf die Medien zurückwirken und, mittels dieses Reziprozitätsverhältnisses, die Medien zumeist daran hindern, auf die Dauer von sich aus einen fortschreitenden Entfremdungsprozeß zu riskieren. Die Heraus-

bildung einer „öffentlichen Meinung“ unterliegt somit sicherlich dem Einsatz manipulativer Techniken und Methoden, ebenso aber der Einwirkung der aus der Gesellschaft selbst stammenden Spontaneität. In diesem Sinn läßt sich die „öffentliche Meinung“ durchaus treffend als „ein Komplex übereinstimmender Äußerungen von großen und kleinen Gruppen unserer Gesellschaft über öffentliche Angelegenheiten, manchmal spontan, manchmal kunstvoll manipuliert“ umschreiben²⁶⁾.

Das Element der Spontaneität in der Bildung und Prägung der „öffentlichen Meinung“ widerspricht nicht nur der These von der Leichtigkeit einer Reglementierung gesellschaftlicher Denk- und Verhaltensweisen durch Massenkommunikation oder Propaganda. Es läßt vielmehr Raum für die Vielschichtigkeit der Erscheinung „öffentliche Meinung“, die weder empirisch in einfachen Formeln zu fassen ist (sieht man von dem Sonderfall der demoskopisch errechneten öffentlichen Meinung als Durchschnittsverhalten oder Summation von Individualmeinungen ab) noch einseitig als eine metaphysische Sinneinheit gesehen werden darf. Daher wird als eine der wichtigsten Eigenschaften einer sich frei regulierenden „öffentlichen Meinung“ anzuerkennen sein, daß sie auch potentiell Verhalten anzuzeigen in der Lage ist. Gerade in diesem Bezug ist das verzweigte System der Massenmedien unentbehrlich, die eben nicht nur die ideologische Grundhaltung einer gegebenen Gesellschaftsordnung ständig reflektieren, sondern mehr noch durch dauerndes Infragestellen künftige Denkweisen vorwegnehmen: „Die Publizistik setzt öffentliche Meinung frei, die latent vorhanden ist; sie kann auch das Gegenteil bewirken, indem sie ein Tabu zu früh bricht.“²⁷⁾

Wenn auch auf die mangelnde Begründung für die These von der unbegrenzten Manipulierbarkeit der „öffentlichen Meinung“ hingewiesen worden ist, so heißt dies andererseits keineswegs, der Annahme, allein die verfassungsmäßige Garantie der Meinungs- und Informationsfreiheit schütze automatisch vor allen Gefährdungen der öffentlichen Meinungsbildung, das Wort zu reden. Ohne in die Gewohnheit früherer Jahrzehnte zurückzufallen, die „öffentliche Meinung“ nur als unsichere und unstete Größe hinzunehmen, muß

²⁵⁾ „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefaßten herrschenden materiellen Verhältnisse...“ Karl Marx und Friedrich Engels, Deutsche Ideologie, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 3, Berlin 1962, S. 46.

²⁶⁾ Elisabeth Noelle-Neumann, Die Träger der öffentlichen Meinung, in: Martin Löffler (Hrsg.), Die Öffentliche Meinung, S. 29.

²⁷⁾ Hartmut von Hentig, Gedanken zur öffentlichen Meinung, in: Merkur, XVII. Jg. 1963, S. 130.

dennoch das beachtliche Maß an irrationalen Elementen, die auch in der Gegenwart in die Formung der „öffentlichen Meinung“ aus den verschiedensten Gründen eindringen können, beachtet werden. Allein Informationsdefizite bedingen oft genug eine Tendenz der „öffentlichen Meinung“, die den „objektiven“ Notwendigkeiten nicht adäquat erscheint. So ist das Bildungsproblem in der Bundesrepublik auch von der politisch interessierten Öffentlichkeit bekanntlich lange Zeit nicht mit der Bewußtheit diskutiert worden, wie es — in der Retrospektive — den Erfordernissen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung entsprochen hätte. Mangel an sachgerechten Informationen, Unkenntnis der möglichen Konsequenzen verfehlter oder nachlässiger Bildungspolitik waren Ursachen für die generelle, später oft bedauerte Passivität der Öffentlichkeit.

Noch schwerer als die Gefahr des Informationsdefizits fällt sicherlich ins Gewicht, daß an der Bildung der „öffentlichen Meinung“ stets Kräfte mitwirken, die weniger auf das Gemeinwohl achten, als ihren Bestrebungen Sonderinteressen zugrunde legen. Ernst Fraenkel erklärt den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung dadurch, daß eine von einer oder mehreren Eliten konzipierte Auffassung oder Forderung die Billigung einer unbestimmt großen und unorganisierten Masse der Bevölkerung findet²⁸⁾, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, daß die an der Meinungsbildung beteiligten Eliten (Parteien, Verbände, Massenmedien, Institutionen staatlicher oder privater Öffentlichkeitsarbeit) die Motive ihres Handelns oft nicht den Erwägungen des Gesamtinteresses unterzuordnen bereit sind. Dadurch bleibe das Zustandekommen der „öffentlichen Meinung“ stets ein Experiment, dessen Unwägbarkeiten in der Hauptsache mittels Durchsetzung des Publizitätsprinzips gemildert werden können.

Überdies kann auch ein Idealmodell einer pluralistischen Massendemokratie nicht mehr voll auf die von der klassisch-liberalen Theorie vertretene Überzeugung von der qualitativen Auslesefunktion der „öffentlichen Meinung“ zurückgreifen, allein schon deshalb nicht, weil die völlige Transparenz im politisch-gesellschaftlichen Leben nur selten erreicht werden kann. Die staatlich-politische Führung wird auch in der Demokratie häufiger dem offen erklärten oder nur erahnten Willen der „öffentlichen Meinung“ eine eigene Konzeption entgegenzusetzen müssen, um auf eine später erfolgende Billigung durch die gewandelte

„öffentliche Meinung“ zu hoffen. Die gerade durch die Ausbreitung der Massenmedien geförderte Emotionalisierung der öffentlichen politischen Diskussionen zwingt die Machtträger in Staat und Gesellschaft zuweilen zu einer vorsichtigen, wenn nicht gar deutlichen Distanzierung von der in der Öffentlichkeit dominierenden politischen Grundeinstellung.

Der Ausdruck „öffentliche Meinung“ bietet im übrigen in beiden Wortbestandteilen Anlaß zu Unklarheiten. Das Attribut „öffentlich“ kann mit dem Äquivalent: ‚die gesellschaftliche Sphäre als Ganzes betreffend‘ in zureichender Weise bestimmt werden, das heißt eine gesellschaftlich repräsentative Meinung bekundet sich stets öffentlich. Der Wortinhalt von „Meinung“ ist weit weniger eindeutig festzulegen. Dieses Wort findet relativ variable Verwendung: es kann einen unterschiedlichen Grad von Fundiertheit und Absicherung gegenüber willkürlichen und unbegründeten Vermutungen anzeigen: „Meinung ist die wie immer auch eingeschränkte Setzung eines subjektiven, in seinem Wahrheitsgehalt beschränkten Bewußtseins als gültig.“²⁹⁾ Angesichts der oft schwachen tatsachen- und erfahrungserhärteten Fundierung einer subjektiven Meinung ist der im vergangenen Jahrhundert für „öffentliche Meinung“ vielfach synonym gebrauchte Ausdruck „öffentliche Stimmung“³⁰⁾ auch jetzt noch häufig eine treffende Umschreibung. Diese „Stimmung“ wird sich dann durch akut werdende Entwicklungen und Fakten möglicherweise rasch zu einem beständigeren, auf Erkenntnis maßgebender Tatsachen gegründeten „gesellschaftlichen Bewußtsein“ verdichten, das weniger zu einem plötzlichen Umschlag tendiert und daher von den Regierungen und Machträgern weit ernsthafter in Rechnung zu stellen ist.

Th. W. Adorno sieht den Zwiespalt weniger in der Unfähigkeit der Subjekte der „öffentlichen Meinung“, sich zu festeren Orientierungen durchzuringen, als in der Entfremdung des einzelnen Subjektes von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die er als vorgegeben konstatiert, sowie in der Unmöglichkeit einer völligen Harmonisierung zwischen individuellem Bewußtsein und Erkennen des rationalen Ge-

²⁸⁾ Theodor W. Adorno, *Meinung—Wahn—Gesellschaft*, in: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt/M. 1963, S. 148.

³⁰⁾ Vgl. z. B. den Londoner Korrespondentenbericht der (Augsburger) Allgemeinen Zeitung vom 3. Dezember 1861, in dem die Reaktion der englischen Öffentlichkeit auf einen akuten Konflikt mit der nordamerikanischen Regierung (Trent-Affaire) geschildert wurde: „Die hiesige öffentliche Stimmung ist vollkommen ruhig, sogar gemäßigt, aber entschieden.“

²⁸⁾ Ernst Fraenkel, a. a. O., S. 16.

samtinteresses: „Das Paradoxon rührt nicht von schwankender Unentschiedenheit derer her, die über Meinungen nachzudenken haben, sondern ist unmittelbar eins mit dem Widerspruch der Realität, der die Meinung gilt und von der die Meinung produziert wird. Keine Freiheit ohne die Meinung, die von der Realität abweicht; aber solche Abweichung gefährdet die Freiheit. Die Idee der freien Meinungsäußerung, die von der Idee einer freien Gesellschaft gar nicht getrennt werden kann, wird notwendig zu dem Recht, die eigene Meinung vorzubringen, zu verfechten und womöglich durchzusetzen, auch wenn sie falsch, irr, verhängnisvoll ist. Wollte man aber darum das Recht der freien Meinungsäußerung beschneiden, so steuerte man unmittelbar auf jene Tyrannei los, die mittelbar in der Konsequenz von Meinung selbst liegt.“³¹⁾ Freilich, das Faktum und auch das Maß der „Regression“ der Subjekte, die nach Adornos Prämisse von der gesellschaftlichen Verfassung reproduziert wird, bleiben vollends hypothetisch; fragwürdig bleibt ebenso die Suche nach einem vorgegebenen rationalen Gesamtinteresse.

Der Antagonismus im Begriffe „öffentliche Meinung“, das Eingeständnis, daß Freiheit untrennbar mit ihrer eigenen Gefährdung verbunden ist, legitimieren keineswegs den Rückgriff auf das überholte Modell, nach dem ausschließlich qualitative Eliten zu Wortführern der „öffentlichen Meinung“ befähigt sind, denen eine folgsame Masse als Rezipient gegenüberzutreten hat. Zwar werden die Impulse zur Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins, sei es ein Teilbewußtsein oder ein Gesamtbewußtsein, in der Regel nicht von der „Masse“ ausgehen; die Bewußtmachung neuer Erfordernisse, Notwendigkeiten oder das artikuliert Aussprechen bisheriger Mutmaßungen werden sich überwiegend durch gesellschaftspolitisch aktive Gruppen oder auch nur Einzelpersonen vollziehen. Das wird allein schon durch die Struktur der Massenmedien selbst bestimmt. An dieser Entwicklung ändert ebensowenig der Traum von einer grenzenlos „fundamental- oder radikaldemokratischen Utopie“³²⁾.

³¹⁾ Adorno, a. a. O., S. 167.

³²⁾ Vgl. hierzu Ralf Dahrendorf, Aktive und passive Öffentlichkeit, in: Merkur XXI. Jg. 1967, H. 12, S. 1109 ff.

Was diesen Prozeß der Bewußtmachung jedoch immer stärker fördern wird, ihn in wachsendem Maße verläßlicher machen kann, ist das zunehmende Eindringen wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse in die politischen und gesellschaftlichen Diskussionen und der Zwang, öffentliche Argumentationen durch wissenschaftliche und empirische Befunde zu erhärten, was dem rein Spekulativen mehr und mehr den Boden zu entziehen geeignet ist. Zumindest in Detailfragen dürfte dies künftig stärker als bisher der Fall sein. „Öffentliche Meinung“ ist somit auch hierin ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Entwicklung.

All jene Auffassungen und Thesen zu Begriff und Erscheinung der „öffentlichen Meinung“ könnten naturgemäß zunächst nur für diejenigen Gesellschaftsordnungen Gültigkeit beanspruchen, die hinsichtlich ihrer ideologischen Grundlagen und verfassungsmäßigen Traditionen auf dem bürgerlich-liberalen Modell vor allem des 19. Jahrhunderts fußen, das als Gegenpol zum autokratisch absolutistischen System entworfen worden war. Trotz mannigfacher verschiedener Ausprägungen hatten diese Gesellschaftsordnungen ein einheitliches Konzept einer sich öffentlich frei entfaltenden allgemein-gesellschaftlichen Meinung, wenn ihr auch in den einzelnen Staaten mehr oder weniger starre Grenzen gesetzt waren. Als im 20. Jahrhundert der Durchbruch gänzlich andersgearteter Ideologien zum Aufbau betont anti-bürgerlicher und anti-liberaler Staats- und Gesellschaftsordnungen führte, erfuhr das traditionelle Verständnis für das Prinzip der Öffentlichkeit eine völlige Umdeutung. Die sich im 20. Jahrhundert etablierenden ideologisch radikal entgegengesetzten Systeme hatten zur Folge, daß die einst im Grundsätzlichen übereinstimmenden Auffassungen zum Begriff der „öffentlichen Meinung“ nun nicht mehr allgemein gelten konnten. Von den neuen Gesellschaftsordnungen hat hauptsächlich der Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung ein eigenes, sich von bürgerlichen und liberalen Vorstellungen bewußt abhebendes Modell der „öffentlichen Meinung“ als verbindlich entwickelt und formuliert. Sowohl in der politischen Praxis als auch der wissenschaftlichen Theorie ist hierin die Sowjetunion Vorbild geworden.

IV. Erscheinung und Begriff der „öffentlichen Meinung“ in sozialistischer Sicht

Sofern man die in den sozialistischen Ländern gängigen, substantiell nicht voneinander abweichenden Begriffsbestimmungen der „öffentlichen Meinung“³³⁾, vor allem die im offiziellen und akademischen Sprachgebrauch üblichen, nicht vorbehaltlos übernimmt, bereitet es erhebliche Schwierigkeiten, zu einer wissenschaftlich gesicherten Umschreibung zu gelangen. Gleiches gilt für das Operieren im politischen Bereich, wo sich ständig Hinweise auf die „öffentliche Meinung“ nachweisen lassen, wo die Verwendung dieses Begriffes häufig jedoch ein beträchtliches Maß an Willkür und Fragwürdigkeit offenbart. Hier deckt sich „öffentliche Meinung“ vielfach nicht mehr mit dem „vorhandenen gesellschaftlichen Bewußtsein“, hier identifiziert sie sich leicht mit der offiziellen, „veröffentlichten Meinung“. Dies kommt schon darin zum Ausdruck, daß völlig unrepräsentative Meinungen, beispielsweise unbedeutender, aber mit der kommunistischen Politik sympathisierender Gruppen, künstlich zur maßgeblichen gesellschaftlichen Gesamtmeinung hochgespielt werden. Voraussetzung für diese rigoros parteiische Auslegung der Erscheinung „öffentliche Meinung“ ist die bewußte und rein ideologisch motivierte Vernachlässigung der empirisch-demoskopischen Verifizierbarkeit, ist die Bestimmung einer Teilmeinung, eines Teilbewußtseins als das „objektiv“ richtige und daher maßgebende wie verbindliche Kriterium politisch-gesellschaftlichen Denkens und Verhaltens.

Karl Marx hat noch eindeutig, in Übereinstimmung mit zeitgenössischem Sprachgebrauch, unter „öffentlicher Meinung“ das Urteil des Volkes verstanden³⁴⁾. Zur Bildung der „öffent-

lichen Meinung“ und damit zur Sicherung demokratischer Verhältnisse war für ihn — ebenso wie für Friedrich Engels — die Existenz einer von Zensur freien, nicht-reglementierten Publizistik Voraussetzung³⁵⁾.

Marx hat zwar zur liberalen Ideologie der bürgerlichen Öffentlichkeit ein sozialistisches Gegenmodell entworfen, in dem sich das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatsphäre entscheidend wandelt; dieses Modell war jedoch vorerst nicht durchsetzbar gewesen³⁶⁾. Außerdem ließ er das entscheidend wichtige Problem des konkreten Funktionierens dieses Entwurfes, so etwa die künftige Rolle der „Organe der Mitteilung“, der Publikationsmittel, völlig offen. Die Gefährdung der bürgerlichen Freiheitsideologie, vor allem die Möglichkeit, daß das vom Bürgertum geschmiedete Instrument der Publizität sich gegen das Bürgertum selbst wenden könne, ist von ihm gesehen worden, nicht aber war ihm bewußt, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus von einem Abbau der Freiheiten überhaupt begleitet sein könnte³⁷⁾. Diese Tendenz hatten hingegen schon viele seiner zeitgenössischen Kritiker und Gegner erkannt, oft als unvermeidliche Folge vorausgesehen.

Die Bildung der „öffentlichen Meinung“, verstanden als Ausdruck einer „Teilwahrheit“ über die staatlich-gesellschaftliche Gesamtwirklichkeit, wollte Marx von Verfälschungen durch einseitige Monopolisierungen freihalten, er wollte sie offen halten für die „Kommunikation und Transmission des Wissens und Wollens von der gesellschaftlichen in die staatliche Sphäre“³⁸⁾. Eine freie Ausbildung und Entfaltung der „öffentlichen Meinung“, gewährleistet durch die Freiheit der Organe politischer Publizistik, waren für ihn letztlich Vorbedingung für das endgültige Übergehen der staatlichen und gesellschaftlichen Sphäre ineinander, für die Aufhebung der Dualität Staat — Gesellschaft, die wiederum die Voraussetzung für die angestrebte Selbstverwirklichung des Individuums darstellen sollte. Die „öffentliche Meinung“ bildete für Marx das

³³⁾ In Rußland ist stets von „gesellschaftlicher Meinung“ (obščestvennoe mnenie) gesprochen worden, ein Ausdruck, der schon vor der Revolution üblich war; die Polen lehnen sich an den westeuropäischen Sprachgebrauch an: opinia publiczna. Auch in der DDR hat sich der traditionelle Terminus erhalten, obwohl gerade hier in dem politischen Vokabular die UdSSR vielfach terminologisch richtungweisend geworden ist. Die Chinesen umschreiben „öffentliche Meinung“ mit dem Binom „yulun“ oder „gongzhong yulun“, was mit Massenmeinung am ehesten wörtlich zu übersetzen ist.

³⁴⁾ Vgl. vor allem die Korrespondentenberichte: „Die Meinung des Volkes und die Meinung der Journale“ und „Die öffentliche Meinung in England“, die Marx für die Wiener „Presse“, Ausgabe vom 31. Dezember 1861, und die „New-York Daily Tribune“, Ausgabe vom 1. Februar 1862, verfaßte (Nachdruck in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 15, Berlin 1961, S. 430 ff. bzw. S. 439 ff.)

³⁵⁾ Vgl. Iring Fetscher, Einleitung zu: Karl Marx/Friedrich Engels: Pressefreiheit und Zensur, Frankfurt—Wien 1969, S. 5.

³⁶⁾ Hierzu vgl.: Karl Forster, Wahrheit und Massenmedien, in: Publizistik, 8. Jg. 1963, H. 5/6, S. 446 ff., bes. S. 451.

³⁷⁾ Vgl. Fetscher, a. a. O., S. 15.

³⁸⁾ Werner Maihofer, Demokratie im Sozialismus. Recht und Staat im Denken des jungen Marx, Frankfurt/Main 1968, S. 79.

vermittelnde geistige Bindeglied zwischen der politischen Öffentlichkeit, der Gesamtheit aller politisch denkenden und öffentlich argumentierenden Bürger einerseits und dem staatlichen Bereich andererseits. Es ist sicherlich im Sinne der Marxschen Argumentation, so wie sie vor allem aus den „Debatten über die Preßfreiheit“ von 1842 überliefert sind, wenn die ungehinderte Entwicklung und Entfaltung der „öffentlichen Meinung“ als Faktor angesehen wird, um die Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft aufzuheben oder ihr entgegenzuwirken.

Dieses Verständnis ergibt sich besonders aus den von Marx formulierten Funktionsbestimmungen der Presse, deren Kern lautet: „Damit die Presse ihre Bestimmung erreiche, ist es vor allem notwendig, ihr keine Bestimmung von außen vorzuschreiben und ihr jene Anerkennung zu gewähren, die man selbst der Pflanze zu gewähren gewöhnt ist, die Anerkennung ihrer *innern Gesetze*, denen sie nicht nach Willkür sich entziehen darf und kann.“³⁹⁾ Diese „innern Gesetze“ konnten aber nur in eben jener Vermittlerfunktion zwischen gesellschaftlicher und staatlicher Sphäre gesehen werden. Radikal hat Marx in späteren Jahren jedoch diese Funktion als gegen die staatliche Sphäre gerichtet sehen wollen, vor allem als er in den Gerichtsverhandlungen gegen die „Neue Rheinische Zeitung“ im Februar 1849 die Presse zum „öffentlichen Wächter“, zum „unermüdlichen Denunzianten der Machthaber“ erklärte und ihr die Aufgabe zuwies, „alle Grundlagen des bestehenden Zustandes zu unterwühlen“.

Da die Bildung einer „öffentlichen, gesellschaftlichen Meinung“, die nicht nur oktroyiertes Bewußtsein darstellt, mehr als lediglich eine Funktion der Informations- und Publikationsorgane ist, erhebt sich die Frage nach der Situation und dem politischen Spielraum des Individuums in den gesellschaftlichen Prozessen. Eine sich frei bildende „öffentliche Meinung“ bedarf ganz wesentlich der Spontaneität einzelner Wortführer oder einzelner Gruppen der Gesellschaft, die fähig sind, das noch kollektiv Unbewußte zu artikulieren und weiteren Individuen zum Bewußtsein zu bringen, um es später als Teilmeinung oder Gesamtmeinung reflektiert zu sehen. Eine solche Spontaneität wird sich überdies selbst dort nicht gänzlich unterdrücken lassen, wo die Organe gesellschaftlicher Kommunikation von staatlichen oder ökonomischen Machtinstanzen monopolisiert worden sind. Marxisten se-

hen sich nun heutzutage zunehmend gezwungen anzuerkennen, daß Marx einmal die Frage nach der Situation des Individuums in den gesellschaftlichen Prozessen vernachlässigt und daher übersehen hat, daß der Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft durch den Abbau des kapitalistischen und die Errichtung des sozialistischen Systems keineswegs gelöst, ja möglicherweise noch verschärft auftreten wird, daß zum anderen, schon in den Marxschen Gedanken und Lehren Elemente der Herrschaft eines bürokratischen Parteiapparates und die Intoleranz gegenüber andersartigen Ideen angelegt sind⁴⁰⁾.

Die Idee der Toleranz und die Möglichkeit, den Widerstreit Staat — Individuum durch öffentliche, rationale Diskussion auszugleichen, müssen jedoch als unabdingbar für eine unreglementierte freie Meinungsbildung in der politisch-gesellschaftlichen Öffentlichkeit vorausgesetzt werden. Diese Freiheit bedingt andererseits die zwangsläufige Frage nach der Legitimation und nach den Grundsätzen der praktischen Verwirklichung jedes etablierten gesellschaftspolitischen und ökonomischen Modells. „Öffentliche Meinung“, abgesetzt von oktroyierter offizieller Staats- oder Parteimeinung, trägt keine Eingrenzung der prinzipiellen Kritik, sondern erfaßt stets das Grundsätzliche mit, erfaßt vor allem die Frage nach dem Selbstverständnis der jeweiligen Gesellschaftsordnung.

Marx hat in seiner Konzeption das Problem offen gelassen, wie im sozialistischen Zukunftsstaat das System der öffentlichen gesellschaftlichen Kommunikation praktisch zu organisieren sei⁴¹⁾, obwohl es bereits von Zeitgenossen als entscheidend bezeichnet worden ist. Spätere Erfahrungen haben zur Genüge den Beweis für seine Wichtigkeit erbracht. Für die Bindung des öffentlichen Äußerungsrechtes an die ausschließliche Befugnis von Kollektiven hat sich Marx jedenfalls nicht ausgesprochen. Auch dies erhellt aus seinen Formulierungen zum Wesen der Presse: „(Sie) ist die allgemeinste Weise der Individuen, ihr geistiges Dasein mitzuteilen. Sie kennt kein Ansehen der Person, sondern nur das Ansehen der Intelligenz . . . So gut, wie jeder schrei-

³⁹⁾ Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 1, Berlin 1961, S. 155.

⁴⁰⁾ Vgl. Robert Havemann, Der Irrtum der Leninisten, in: Die Zeit, Nr. 14 vom 24. April 1970, S. 7.
⁴¹⁾ Vgl. auch Wilbur Schramm, The Soviet Communist theory of the press, in: Siebert / Peterson / Schramm, Four theories of the press, Urbana, Ill. 1963, S. 111: „On many doctrinal points about which his followers speak with assurance and fire, Marx said practically nothing — for example about the use of mass communication.“

ben und lesen lernt, muß jeder schreiben und lesen dürfen.“⁴²⁾

Die Transformation des liberalen und bürgerlichen Modells politisch-gesellschaftlicher Öffentlichkeit in ein sozialistisches Gegenmodell, die nach der russischen Oktoberrevolution aus dem Stadium der akademischen Diskussion und politischen Polemik heraustrat und konkrete Gestalt gewann, ließ die in der Marxschen Konzeption angelegten spürbaren Unklarheiten in dieser Frage deutlich werden, ließ vor allem zutage treten, daß die als prinzipiell zu verstehenden Äußerungen Marx' zur Freiheit der Publizistik und zur vermittelnden Funktion der „öffentlichen Meinung“ in der Konkretisierung des Sozialismus nicht mehr volle Geltung beanspruchen konnten. Die revolutionären Sowjetführer haben ihr neues Modell von Anfang an nicht als eine provisorische Übergangslösung angesehen, sondern ihm klar das Attribut ‚grundsätzlich‘ zuerkannt. Darüber hinaus trachteten sie unentwegt danach, ihr eigenes, das Leninsche Modell in den neu hinzutretenden sozialistischen Staaten als verbindliches Vorbild durchzusetzen. Im übrigen aber kann ihnen keineswegs vorgeworfen werden, daß sie die von ihnen vollzogene radikale Umdeutung herkömmlicher Begriffe des politischen und gesellschaftlichen Lebens abgeleugnet oder verschleiert hätten. Strittig bleibt allenfalls die Berechtigung, das neue, von ihnen realisierte konkrete Modell als legitime Erfüllung des Marxschen gesellschaftspolitischen Konzeptes auszugeben.

Die nicht abstreitbaren Mängel und Schwächen des neuen sozialistischen Modells politischer Öffentlichkeit und „öffentlicher Meinung“ werden häufig teils mit dem Hinweis auf die spezifischen sozio-ökonomischen oder sozio-kulturellen Gegebenheiten derjenigen Staaten, in denen sich der Sozialismus etabliert hat, verteidigt, teils mit der permanenten äußeren Bedrohung erklärt oder aber auf die moralischen Unzulänglichkeiten der betreffenden politischen Führungsschicht zurückgeführt. Daß der Sozialismus ein auch nur einigermaßen attraktives Gegenmodell in der Praxis bislang nicht entwickelt hat, möglicherweise nicht entwickeln kann, ist jedoch weit eher im besonderen Zusammenhang mit dem modernen sozialistischen Menschenbild zu sehen⁴³⁾.

⁴²⁾ Rheinische Zeitung Nr. 139 vom 19. Mai 1842 (Nachdruck in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 1, S. 73).

⁴³⁾ Vgl. hierzu u. a.: Hans-Gerhard Koch, Das sozialistische Menschenbild, in: Zeitwende — Die neue Furche, 40 Jg. 1969, H. 10 u. 12, S. 678 ff. bzw. S. 819 ff.

Die Entwicklung in der Sowjetunion nach dem Sturz des Zarismus ist sehr früh auf Mißtrauen und Kritik vor allem marxistischer Kreise außerhalb Rußlands gestoßen, die ihre Ideale durch die Praxis der sowjetrussischen Revolutionäre verfälscht glaubten. Prominentes Zeugnis für diese Kritik ist die im Jahre 1922 erschienene, von Rosa Luxemburg verfaßte Schrift über „Die russische Revolution“, in der die Maßnahmen der russischen KP polemisch kommentiert und insbesondere die strikte Disziplinierung und Uniformierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens abgelehnt wurden. Demgegenüber forderte R. Luxemburg: „Der einzige Weg zur Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkste breitetste Demokratie, öffentliche Meinung.“⁴⁴⁾ Ihr ging es hierbei eingestandenermaßen nicht um einen „Gerechtigkeitsfanatismus“, sondern in erster Linie um die Überzeugung, daß die heilsamen und reinigenden Impulse für das politische und gesellschaftliche Leben im Sozialismus versiegen könnten, sobald Freiheit zum Privilegium einiger weniger wird: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institutionen, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.“⁴⁵⁾

Die Forderungen Rosa Luxemburgs konnten allerdings im Grund nur bedeuten, daß die sowjetischen Revolutionäre, selbst auf Kosten ihrer eigenen Machtpositionen, die traditionellen sozialistischen Prinzipien höher stellen sollten als taktische Erwägungen der momentanen Herrschaftssicherung. Das aber war kaum eine realistische Alternative⁴⁶⁾. Gleiches trifft auch auf die spätere Kritik westlicher Marxisten an der kommunistischen Herrschaftspraxis zu, die oft genug irrtümlich an die Chance glaubten, sozialistische wie bürgerliche Konzeptionen in einem einzigen Gesellschaftssystem verwirklichen zu können.

Der Begriff „öffentliche Meinung“ erhielt im sozialistischen Gesellschaftssystem den Rang einer gesellschaftlich verbindlichen Kollektivmeinung und nahm rasch *normativen* Charakter an. Statt der Aufhebung des Konfliktes zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre schrieb die staatliche Sphäre nun allen Bereichen der gesellschaftlichen Sphäre — Erziehung, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft —

⁴⁴⁾ Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, in: Ossip K. Flechtheim, Rosa Luxemburg. Politische Schriften III, Frankfurt—Wien 1968, S. 136.

⁴⁵⁾ Ebenda.

⁴⁶⁾ Vgl. hierzu bes. Peter Nettel, Rosa Luxemburg, Köln—Berlin 1965, S. 668.

zwingend die Normen der neuen Gesellschaftsmoral vor. Folgt man der marxistisch-leninistischen Lehre von Basis und Überbau, so ist die „öffentliche Meinung“ als Erscheinung dem Überbau zuzurechnen. Sie ist im Sozialismus zu einem bedeutsamen Faktor geworden, um das Bewußtsein als Regulator des menschlichen Gesamtverhaltens „planmäßig“ zu entwickeln⁴⁷⁾.

Um die aktive Rolle der „öffentlichen, gesellschaftlichen Meinung“ im Prozeß der Transformation von Gesellschaft und Bewußtsein zu sichern, hatte Lenin sofort nach Eroberung der Macht und Konsolidierung seiner Herrschaft nach der Verfügung über alle Mittel der „geistigen Produktion“, der Informations- und Publikationsmedien, getrachtet: „Der Erfolg und die Bedeutung Lenins rühren wohl in entscheidendem Maße daher, daß er eine Theorie moderner Macht entwickelte und in Rußland in die Praxis umsetzte. Wie wenige vor ihm erkannte er das umwälzende Potential der neuen technischen Kommunikationsmittel, der Druckerpresse, von Telegraph und Radio. Was heute als ‚Kommunikationstheorie‘ immer größeren Einfluß auf den Ablauf technischer, ökonomischer, sozialer, wissenschaftlicher und militärischer Vorgänge erhält, hatte eigentlich schon Lenin samt ihrem revolutionären Gehalt vorweggenommen und strategisch richtig angewandt.“⁴⁸⁾

Als bedeutsamstes und massenwirksamstes Kommunikationsorgan erhielt vor allem die Presse die Aufgabe, den gesellschaftlichen und ideologischen Transformationsprozeß zu stimulieren; sie wurde zum Hauptträger der Umgestaltung und Umerziehung. Im sozialistischen Journalismus wurde nun vom „Werkzeugcharakter“ oder der instrumentalen Funktion der Presse gesprochen: „Presse und Information sind keine Werte an sich — etwa zur Befriedigung eines allgemein-menschlichen Bedürfnisses. Sie sind auf der Grundlage bestimmter menschlicher Bedürfnisse entstanden, und sie sind unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen von den verschiedenen Klassen oder Klassengruppen als Werkzeuge zur Durchsetzung ihrer Interessen entwickelt worden.“⁴⁹⁾

⁴⁷⁾ Vgl. Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Soziologie, Köln—Opladen 1969, S. 279 (Stichwort: Öffentliche Meinung).

⁴⁸⁾ Ernst Kux, Lenin und der moderne Totalitarismus, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 178 vom 19. April 1970, Fernausgabe Nr. 106.

⁴⁹⁾ Hermann Budzislowski, Einige Aspekte für die Anwendung des dialektischen und historischen Materialismus in der Journalistik, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, 13. Jg. 1964, Gesellschafts- und Sprachwissenschaft-

Damit ist ein grundsätzlicher Wandel der Pressefunktion eingetreten im Vergleich zu derjenigen, wie sie, wenn auch oft nur als idealtypisches Modell, für das 19. Jahrhundert kennzeichnend gewesen war. Die Publizistik ist nun zu einem Garanten der System-sicherung und -stabilisierung geworden. Nur noch rhetorischen Wert haben jetzt Umschreibungen, nach denen sie Ausdruck der in der Öffentlichkeit vorhandenen und sich regenden Meinungen sein solle, wenn etwa in dem offiziellen sowjetischen Parteijournal „Kommunist“ behauptet wird: „Die Sowjetpresse ist nicht nur ein Mittel zur Bildung einer politisch aktiven und handlungsfähigen öffentlichen Meinung, sondern gleichzeitig ihr Organ und Sprachrohr.“⁵⁰⁾ Das aber bleibt eine Floskel, solange zumindest Lenins Forderung nach Pressefreiheit für verschiedene gesellschaftliche Gruppen nicht verwirklicht ist.

Begriffsbestimmungen ähnlicher Art sind nach leninistischem Verständnis dann jedoch als konsequent anzusehen, wenn berücksichtigt wird, daß, entsprechend geltender sozialistischer Auffassung, „öffentliche Meinung“ nicht mehr mit der Vorstellung der sich ausgleichenden oder widerstreitenden Diskussion einer unbegrenzten Öffentlichkeit wesensgemäß verbunden ist. Der Schwerpunkt der formalen Begriffsbestimmung erscheint nun in ganz anderer Sicht: „Die sozialistische gesellschaftliche Meinung bezeichnet die Einstellung des Volkes zu den wichtigen Aufgaben des

liche Reihe, H. 5, S. 1022. — In der Gegenwart ist man, vor allem aufgrund der seit Mitte der sechziger Jahre einsetzenden Leserschaftsforschungen, im Journalismus sozialistischer Länder trotzdem mehr und mehr zur Anerkennung eines Rezipientenverhältnisses in der Beziehung zwischen Kommunikator (Massenmedien) und Rezipienten (Leser, Hörer, Zuschauer) gelangt. Typisch hierfür ist die in der sowjetischen Regierungszeitung „Izvestija“ vom 11. Juli 1968 veröffentlichte Formulierung: „Die tiefe und feste Verbindung der Sowjetpresse mit den Massen und mit dem Leser, das Bestreben, stets als Tribüne der Willensbekundung der Mehrheit zu dienen — dies ist eines ihrer grundlegenden leninistischen parteilichen Prinzipien. Dabei besteht diese Verbindung nicht nur ‚in einer Richtung‘, sondern sie wirkt auch ‚reziprok‘. Die Presse wirkt an der Bildung der öffentlichen Meinung mit, verfügt aber gleichzeitig über ein Gespür, die öffentliche Meinung zu erfassen und in sich aufzunehmen. Die Zeitung selbst ist kein einfaches System: es besteht nicht nur aus den Journalisten, sondern auch aus den Lesern, nicht nur aus der informierenden Redaktion, sondern auch aus dem reagierenden Publikum...“ Dieses Verständnis bedeutet eine Modifizierung gegenüber früheren Jahrzehnten, vor allem der Stalinära, jedoch keine prinzipielle Neubewertung.

⁵⁰⁾ M. Gjitchanjan, Die Kraft der öffentlichen Meinung (russ.), in: Kommunist, 39. Jg. 1962, Nr. 8, S. 95.

kommunistischen Aufbaus, zur Politik der Partei und des Staates, zu den Ereignissen und Prozessen des innenpolitischen wie internationalen Lebens und zu den Handlungen und Taten der Mitbürger.“⁵¹⁾

Die Kernfrage ist jedoch stets, in welcher Weise diese Einstellung sich herausbilden kann, ferner, welche Instanz sie vom grundsätzlichen Standpunkt als Rechtens zu sanktionieren hat.

V. Die Diskussion um den Begriff „öffentliche Meinung“ in der UdSSR

Obwohl der Begriff der „öffentlichen Meinung“ seit Etablierung des sozialistischen Systems in der UdSSR in seinem Sinngehalt nicht umstritten gewesen ist, entwickelte sich hier erst zu Beginn der sechziger Jahre die theoretische Diskussion über das Phänomen „öffentliche Meinung“⁵²⁾. Begonnen hat diese Diskussion im Zuge der generellen Aufwertung der „öffentlichen Meinung“ in der Sowjetunion, die besonders als eine Folge der Wandlungen des sowjetischen Gesellschaftssystems seit Ende der Stalin-Ära zu sehen ist. Die Indoktrinierung des Massenbewußtseins ist zwar nach der Stalinzeit als grundsätzliches Erfordernis der Parteiarbeit beibehalten worden; jedoch änderten sich in erheblichem Maße die Methoden der politischen, ideologischen und moralischen Erziehung. Außerdem trugen der graduelle Abbau der von der Sicherheitspolizei geübten Willkür, die Tendenzen gegen die übertriebene Eigenmächtigkeit der Staats- und Parteibürokratie sowie die allmähliche Ausbildung einer neuen sozialistischen Gesetzmäßigkeit zu der dynamischen Entwicklung der „öffentlichen Meinung“ nach 1953 bei. Auffällig war ferner der Wandel in den Methoden und Techniken der Massenpropaganda, in dessen Verlauf das erstarrte Kommunikationssystem mit seinem von verantwortlicher Seite offen eingestandenen unbefriedigenden Wirkungsgrad dem neuen Führungsstil der Partei unter Chruschtschow angepaßt wurde.

Zunächst betraf die Reform des Massenkommunikationswesens in erster Linie die Presse als wichtigstes Massenmedium. Das Fehlen von Spontaneität, Originalität, schöpferischer Initiative, ganz besonders aber die Uniformierung und Stereotypisierung von Sprache und Inhalten waren die hauptsächlichen Punkte

der offiziellen Kritik, wie sie u. a. die Parteipublizistik übte: „Die im Zeitungswesen tief eingewurzelten Schablonen beeinträchtigen die Wirkung der Zeitungen auf den Leser und vergrößern eben dadurch ihre Distanz vom Leben. Die Redaktionen vieler Blätter haben die besten Vorbilder der Zeitungsarbeit, wie sie in den Jahren der Sowjetmacht entstanden sind, vergessen.“⁵³⁾

Statt des bis dahin gängigen Stils der Berichterstattung erhoffte man sich von nun an stärkere Beachtung der Aufnahmebereitschaft, der individuellen Prädispositionen sowie der Bedürfnisse und Interessen des einzelnen, an den sich die publizistischen Aussagen richteten. Aktivität und Initiative des Medienpublikums sollten geweckt werden, um die Bürger intensiver an der gesellschaftlichen Praxis teilnehmen zu lassen.

Im Gegensatz zu der monolithischen Verfestigung des sowjetischen Gesellschaftssystems unter Stalin wurde in zunehmendem Maße verschiedenen gesellschaftlichen Kräften in begrenztem Umfang ein Eigenleben zugestanden, wodurch es innerhalb des Systems zur Ausbildung eines gewissen gesellschaftlichen Pluralismus und zum Entstehen einzelner Interessengruppen kam⁵⁴⁾. Dieser Tendenz mußte die Partei mit dem Streben nach Durchdringung aller Bereiche des öffentlichen Lebens begegnen. Dies galt insbesondere angesichts der stets latenten Gefahr, daß sich unter den intellektuellen Schichten eine selbständige, sich absondernde „gesellschaftliche Teilmeinung“ bildete, die nicht mehr mit der parteigerichteten „öffentlichen Meinung“ übereinstimmte. Zwischen tatsächlicher gesellschaftlicher Meinung und offizieller Meinung durfte kein Zwiespalt aufkommen. Denn die neue, aufgewertete „öffentliche Meinung“ sollte

⁵¹⁾ Ebenda, S. 94.

⁵²⁾ Vgl. René Ahlberg, Theorie der öffentlichen Meinung und empirische Meinungsforschung in der UdSSR, in: Osteuropa, 19. Jg. 1969, H. 3, S. 161 ff. — Als bemerkenswert erscheint es, daß der Begriff „öffentliche Meinung“ in der in den fünfziger Jahren erschienenen 2. Auflage der Großen Sowjetenzyklopädie als selbständiges Stichwort noch nicht aufgeführt worden ist.

⁵³⁾ E. Lazebnik, Gegen die Monotonie und Schablone in den Zeitungen (russ.), in: Kommunist, 32. Jg. 1956, Nr. 4, S. 122.

⁵⁴⁾ Vgl. Borys Lewytskyj, Die öffentliche Meinung in der Sowjetunion, in: Kultura (Paris), Jg. 1963, Nr. 5 (Nachdruck in: Ost-Probleme, 15. Jg. 1963, Nr. 15, S. 469 ff.)

letztlich auch dazu dienen, der Führungs- und Erziehungsarbeit der Partei zu höherer Effizienz zu verhelfen. Gleichwohl entstand in begrenztem Rahmen ein Reziprozitätsverhältnis insofern, als diese „gesellschaftliche Meinung“ wiederum auf die Haltung der Partei und ihre Entscheidungen zurückwirkte.

Jene gesellschaftspolitischen Entwicklungen bildeten die wesentliche Voraussetzung für die neubeginnende Diskussion um Begriff und Erscheinung der „öffentlichen Meinung“ auch im wissenschaftlichen Bereich. Vor allem ist ihre wachsende Beachtung im Zusammenhang mit der Renaissance der sowjetischen Soziologie seit Ausgang der fünfziger Jahre zu sehen. Die „öffentliche Meinung“, das hieß zunehmend auch: die tatsächliche Einstellung der Bevölkerung zu allen politischen und gesellschaftlichen Fragen, zu diagnostizieren und analysieren wurde nun Teil der wissenschaftlichen Methode der allgemeinen Massenföhrung. Sie bedeutete in diesem Bereich eine Verfeinerung und Intensivierung der ideologischen Bewußtseinserziehung. Andererseits trugen die empirisch ermittelten Resultate dazu bei, latent vorhandene Spannungen und Konflikte zu entschärfen, da man einen genaueren Einblick in die Struktur der Meinungsbildung in der Bevölkerung gewann. Die empirischen Untersuchungen (die konkret-soziologischen Forschungen) ließen einerseits ein hohes Maß der Aneignung sozialistischer Denkmuster durch die Bevölkerung offenbar werden, widerlegten andererseits jedoch ebenso die These von der Geschlossenheit und einheitlichen Struktur der „gesellschaftlichen Meinung“ in der UdSSR⁵⁵⁾.

Entscheidend aber blieb, daß es sich — nach offizieller Interpretation — nicht um „antagonistische“ Widersprüche oder Gegensätzlichkeiten handelte, da zu den Grundthesen der marxistischen Soziologie die Auffassung gehört, daß sich das Problem der Einheitlichkeit der „öffentlichen Meinung“ nur unter klassenbedingtem Aspekt stellt; die Möglichkeit einer solchen Einheitlichkeit und Geschlossenheit der „öffentlichen, gesellschaftlichen Meinung“ wird allein für sozialistische Ordnungen anerkannt: „Entsprechend der gegebenen sozialökonomischen Struktur der Gesellschaft kommen in der öffentlichen Meinung die unterschiedlichsten und differenziertesten Klassen- und Gruppeninteressen zum Ausdruck. Die von bürgerlichen Kommunikationsforschern oft verbreitete Auffassung, die öffentliche Meinung sei der Extrakt aller im Volke vorhandenen Meinungen und repräsentiere die

Durchschnittsmeinung aller, ist eine Fiktion, um von den unterschiedlichen Klassen- und Gruppeninteressen abzulenken. Eine einheitliche öffentliche Meinung kann es nur dann geben, wenn eine Interessenübereinstimmung von Klassen und Gruppen vorhanden ist... Mit der Übernahme der Macht durch die Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten, mit der Schaffung einheitlicher sozialistischer Produktionsverhältnisse, entwickeln sich objektive Bedingungen für die Herausbildung einer einheitlichen öffentlichen Meinung, in der sich die Interessen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Werktätigen widerspiegeln.“⁵⁶⁾

Es ist schwerlich zu leugnen, daß in solchen Formulierungen ebenfalls Fiktionen aufrechterhalten werden. Ebenso wie für bürgerliche Systeme ist für sozialistische Gesellschaftsordnungen die Möglichkeit eines prinzipiellen, also antagonistischen Gegensatzes von gesellschaftlichen Teil- oder Gruppenmeinungen (d. h. Parteimeinungen) und einer sämtlichen (oder viele) Gruppen bzw. Klassen erfassenden und durchdringenden einheitlichen gesamtgesellschaftlichen Meinung anzuerkennen.

Wenn der sowjetische Gesellschaftswissenschaftler A. K. Uledow, ganz im Sinne der marxistisch-soziologischen Theorie, die „öffentliche Meinung“ in bezug auf die sozialistische Gesellschaft als „einmütiges Urteil des Volkes zu Fragen des gesellschaftlichen Lebens, die die allgemeinen Interessen berühren und eine praktische Lösung fordern“, definiert⁵⁷⁾, läßt sich rein formal von dieser Definition aus eine Analogie zu den Auffassungen nicht-marxistischer Autoren herstellen. Was Uledows Begriffsbeschreibung aber vor allem abhebt, ist die Frage, wie sich der Prozeß der Bildung einer „öffentlichen Meinung“ konkret gestaltet, ist besonders die Festlegung derjenigen Instanz, die über den qualitativen Aspekt der „öffentlichen Meinung“ zu entscheiden hat. Die Antwort auf diese Frage erhellt zugleich die Motive für die Eliminierung einer unkontrollierten, sich frei entfaltenden „öffentlichen Meinung“ im Sozialismus.

In Abkehr von traditionellen Theorien wird geleugnet, daß Massen Träger der „öffentlichen Meinung“ sein können, und die Annahme, daß die „öffentliche Meinung“ die Meinung eines bestimmten Publikums sei, als unzulänglich erachtet. Die „Masse“ bringe

⁵⁶⁾ Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, S. 277/279.

⁵⁷⁾ A. K. Uledow, Die Öffentliche Meinung. Eine Studie zum geistigen Leben der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1964. S. 57.

⁵⁵⁾ Vgl. Ahlberg, a. a. O., S. 163.

keine „öffentliche Meinung“ zum Ausdruck, sondern sei lediglich als vorübergehende, sporadische Vereinigung von Personen zu charakterisieren: „Ihr liegen keine tieferen allgemeinen Interessen der Menschen zugrunde, welche allein eine öffentliche Meinung hervorbringen können. Für die Menge ist nicht Meinung, sondern Stimmung kennzeichnend.“⁵⁸⁾ Unterstrichen wird, daß die „öffentliche Meinung“ rationale Elemente einschließt, so vor allem die Diskussion und den mit ihr verbundenen Kampf unterschiedlicher Auffassungen.

Die Frage, wer tatsächlich als eigentlicher Träger der „öffentlichen Meinung“ anzusehen sei, wird vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung beantwortet. Nach Uledows Ansicht begünstigt insbesondere die marxistische Lehre von der Klassenstruktur der Gesellschaft ein klares Erfassen der Problematik. Da jede Klasse, entsprechend ihren eigenen fundamentalen Interessen, spezifische Meinungen vertritt, rückt der Begriffsinhalt „öffentliche Meinung“ in die Nähe der Klassenmeinung, doch wird die „öffentliche Meinung“ als eine umfassendere Erscheinung im Vergleich zur Meinung einzelner Klassen betrachtet. Objektives Kriterium, welche Klassen die „öffentliche Meinung“ zum Ausdruck bringen, ist die Übereinstimmung von Klasseninteresse und Interesse der Gesellschaft; Träger der „öffentlichen Meinung“ sind somit die am „gesellschaftlichen Fortschritt“ interessierten Klassen. „Anders gesagt: die öffentliche Meinung ist mit dem Volke verbunden. Das Volk ist eine umfassendere soziale Gemeinschaft als die Klasse; es ist der wirkliche Träger der öffentlichen Meinung.“⁵⁹⁾ Da die „öffentliche Meinung“ nicht auch die Meinung der Minderheit in sich begreife, ist „öffentliche Meinung“ mit der Meinung der Mehrheit gleichzusetzen. Unterordnung der Minderheitenmeinung unter die von der Mehrheit vertretene Meinung ist daher Vorbedingung für das Entstehen der „öffentlichen Meinung.“

„Öffentliche Meinung“ ist dabei durchaus nicht die Quersumme der mehrheitlichen Klassenmeinungen, sie ist also primär nicht quantitativ bestimmbar. „Allein die qualitative Bestimmung gestattet es, die öffentliche Meinung von anderen Formen der Meinung zu unterscheiden.“⁶⁰⁾ Das Zusammenfallen von Klasseninteresse und gesamtgesellschaftlichem Interesse als einzig „objektivem Kriterium“ entscheidet nun ausschließlich darüber,

welche der Klassen dieses Gesamtinteresse zu vertreten und zu formulieren fähig und legitimiert ist. Die Dialektik der „öffentlichen Meinung“ ist dadurch gekennzeichnet, daß die Meinung einer fortschrittlichen Minderheit zur öffentlichen — und damit zur gesellschaftlich sanktionierten und verbindlichen — Meinung wird, und daß folglich alle konträren (Sonder)Meinungen den Charakter einer „öffentlichen Meinung“ verlieren.

Die Ideologie des Sozialismus legt fest, wem die Rolle der progressiven Minorität zufällt und wer damit zugleich stellvertretend für die gesamte Gesellschaft als der originäre Träger der „öffentlichen Meinung“ fungiert: die sich als Avantgarde der Massen verstehende proletarische Partei. Somit erhält die sozialistische Konzeption der „öffentlichen Meinung“ das Kennzeichen eines elitären Modells⁶¹⁾. In diesem Verständnis liegt die eindeutige Abkehr von der Vorstellung, „öffentliche Meinung“ sei ihrem Wesen nach „pluralistisches staatsbürgerliches Selbstbewußtsein“ (Friedrich Lenz), wie dies einige nicht-marxistische Denkschulen annehmen.

Werden die von der progressiven proletarischen Minderheit vertretenen Auffassungen nicht von der Meinung der Mehrheit des Volkes aufgenommen, bildet die Mehrheit möglicherweise eine der Meinung der „progressiven“ Minderheit zuwiderlaufende Meinung, so kann demnach unter sozialistischen Bedingungen von einer echten „öffentlichen Meinung“ nicht die Rede sein.

In bezug auf die Medien der Information und Kommunikation bedeutet diese sozialistische Theorie, daß die Kommunikationsmittel nur im Dienste der zur allgemeinen gesellschaftlichen Meinung gewordenen fortschrittlichen Meinung der elitären Minderheit stehen können. Damit ist die Forderung, die Massenmedien sollten die Vielfalt der gesellschaftlichen Meinungen in der Öffentlichkeit widerspiegeln und den Bürger zur Selbständigkeit des politischen Urteilens erziehen, völlig abwegig. Vielmehr liegt die Erziehungsaufgabe der „Masseninformationsmittel“ (so der heutzutage gebräuchliche Terminus in der UdSSR)

⁶¹⁾ „Auf dem Hintergrund des sowjetischen Herrschaftsystems erweist sich die kritische Abweisung der radikal-demokratischen Grundlagen der positiv-empirischen und massenpsychologischen Konzeption der öffentlichen Meinung als ideologische Rechtfertigung eines elitär beschränkten Zugangs zur sozialistischen Öffentlichkeit und einer jeden freien Diskussion entthobenen „öffentlichen Meinung.“ Ahlberg, a. a. O., S. 166.

⁵⁸⁾ Ebenda, S. 44.

⁵⁹⁾ Ebenda, S. 49.

⁶⁰⁾ Ebenda, S. 55.

darin, ihrem Publikum zum besseren Verständnis gegenüber den von der progressiven Minderheit, der Partei, beschlossenen Maßnahmen und Zielen zu verhelfen und es für diese Ziele zu mobilisieren. Die Bildung der „öffentlichen Meinung“ ist in diesem Sinne im wesentlichen ein einseitig zielgerichteter Prozeß.

Das Problem der „öffentlichen Meinung“ als Leitbild und Sanktion der Gesellschaftsmoral, in ihrer Funktion als Organ der sozialen Kontrolle, stellt sich im Sozialismus demgemäß in schärferer Form als in nicht-marxistischen Systemen. Die gemeinsame Meinung eines Kollektivs beispielsweise, so wird argumentiert, wirkt auf die Meinung des Individuums in der Weise ein, daß dem einzelnen die Möglichkeit gegeben wird, sich auf die kollektive Erfahrung zu stützen und das gemeinsame Interesse schärfer zu erkennen. Das Kollektiv prägt damit die Einstellung des ihm zugehörigen individuellen Mitglieds, die Kollektivmeinung gilt als Norm, nach der sich der einzelne zu richten hat. In gleicher Weise übt auch die „öffentliche Meinung“ die Kontrolle über das Verhalten des einzelnen Bürgers aus, sie ist dabei überdies wirksamer als das Recht. Dies gilt zunächst insbesondere für die Bereiche des Alltagslebens und für die familiären Beziehungen.

VI. Die Kritik des polnischen Philosophen Leszek Kolakowski an der Interpretation des Begriffes „öffentliche Meinung“ im Sozialismus

Lassen sich aus offiziellen Stellungnahmen (beispielsweise nach den Dezember-Unruhen in Polen) die Diskrepanzen zwischen Theorien der „öffentlichen Meinung“ in sozialistischer Sicht und der Realität meist nur indirekt, ob schon mit zuverlässiger Deutlichkeit erschließen, so haben andererseits einige marxistische Autoren selbst direkt auf die Problematik des Begriffes „öffentliche Meinung“ im Sozialismus hingewiesen. Kritik aus erklärtermaßen „systemimmanenter“ Sicht äußerte u. a. der polnische Philosoph Leszek Kolakowski in einem Essay über den „Platonismus, die Empirie und die öffentliche Meinung“⁶³⁾.

⁶²⁾ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch, Berlin 1960, S. 820. Zu dem genannten Passus vgl. auch Kurt Marko, Sic et Non. Kritisches Wörterbuch des sowjetrussischen Marxismus-Leninismus der Gegenwart, Wiesbaden 1962, S. 190 f.

⁶³⁾ Erschienen in: Leszek Kolakowski, Der Mensch ohne Alternative. Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein, München 1961, S. 216—224.

In dem Maße, wie sich der Übergang von der sozialistischen zur kommunistischen Etappe gesellschaftlicher Evolution verwirklicht, soll die von der „öffentlichen Meinung“ geprägte gesellschaftliche Moral nicht mehr als Pflicht empfunden, sondern mehr und mehr zu einer Moral des Gewissens werden; die früher oktroyierte Norm des Kollektivs wird nun als freiwilliges Bekenntnis zum gesellschaftlichen „Fortschritt“ empfunden. Die Zwangsfunktionen des Staates werden an die „öffentliche Meinung“ delegiert: „Im Kommunismus wird man sich auf die Methode der gesellschaftlichen Einwirkung, auf den Einfluß der öffentlichen Meinung stützen. Sie wird im Kommunismus zu einer mächtigen Kraft, die ausreicht, um jene zur Vernunft zu bringen, die die kommunistischen Gepflogenheiten und Prinzipien des Gemeinschaftslebens nicht beachten wollen.“⁶²⁾

Der erhoffte Übergang von der Pflichtmoral zur Gewissensmoral im kommunistischen Gesellschaftsstadium stellt aber nur scheinbar einen grundsätzlichen Funktionswandel der „öffentlichen Meinung“ dar, denn der jetzt formell in Gestalt der Partei weiterexistierende und agierende Staat bleibt oberste Instanz zur Prägung der für die „kommunistische Öffentlichkeit“ verbindlichen gesellschaftlichen Moral.

In dieser Darlegung greift Kolakowski das Eindringen des platonisierenden Denkens in die Praxis des Marxismus und seine schädlichen Wirkungen auf, wobei er eben diese Erscheinung an zwei Begriffen, nämlich der „öffentlichen Meinung“ und dem „Bewußtsein der Massen“ zu exemplifizieren versucht. Den Unterschied zwischen ihnen kennzeichnet er zunächst in der folgenden Weise: „Mit dem Begriff ‚öffentliche Meinung‘ sind *einmalige* Reaktionen der Gesellschaft auf einzelne Erscheinungen gekennzeichnet; die öffentliche Meinung drückt immer die Haltung der Gesellschaft gegenüber einer bestimmten Tatsache aus. Der Begriff ‚Bewußtsein der Massen‘ dient zur Bezeichnung einer *allgemeinen* und beständigen Situation, eher eines Zustandes als eines besonderen Ereignisses. Er charakterisiert eine *Veranlagung* zu einer bestimmten Reaktion, nicht die einzelnen Reaktionen der Gesellschaft selbst.“⁶⁴⁾

⁶⁴⁾ Ebenda, S. 216.

Während sich „öffentliche Meinung“ auf Erscheinungen von beliebiger Wichtigkeit beziehe, sei „Bewußtsein der Massen“ nur im Zusammenhang mit gesellschaftlich bedeutsamen Ereignissen und entscheidenden Geschichtsprozessen zu sehen, sie ist gleichsam die in der „öffentlichen Meinung“ erscheinende verborgene Qualität. Außerdem ist ein Unterschied insofern erkennbar, als „öffentliche Meinung“ eine empirische Kategorie darstellt, wohingegen „Bewußtsein der Massen“ ein deduktiver und normativer Begriff ist. Die platonische Praxis im marxistischen Denken sieht Kolakowski vor allem im Ersatz des empirischen Begriffes „öffentliche Meinung“ durch den deduktiv und normativ verstandenen Begriff „Bewußtsein der Massen“, das heißt in einer Sinnverfälschung des ursprünglichen Begriffes „öffentliche Meinung“. Als Beispiel führt er die Nachrichtenpolitik besonders in der Publizistik an: Die Reaktion der „öffentlichen Meinung“ auf Presseinformationen werde bereits simultan mit der Veröffentlichung dieser Nachrichten beschrieben und charakterisiert, obwohl die „öffentliche Meinung“ in Wahrheit erst aufgrund der näheren Kenntnisnahme solcher Nachrichten zu einem dezidierten Standpunkt gelangen könne. Man setzt somit die Haltung der „öffentlichen Meinung“ als bekannt voraus, obwohl sie empirisch überhaupt noch nicht erforscht werden konnte; allein das Wissen um Interessen der Gesellschaft und Grundsätze der Staatsmacht genügt den Redakteuren, um die gewünschte Norm des Reagierens und Verhaltens seitens des Publikums als tatsächlich und bereits der Wirklichkeit entsprechend auszugeben: „Sie beschreiben ein Konkretum nicht auf Grund seiner Analyse, sondern auf Grund der Deduktion aus dem von ihnen normativ angenommenen Vorbild; sie beschreiben die psychischen Reaktionen der Menschen nicht nach einer wirklichen Beobachtung, sondern gestützt auf die allgemeine Kenntnis über den Rang, den die betreffenden Ereignisse im Geschichtsprozeß einnehmen; so beschreiben sie auch soziale Einrichtungen, indem sie sie aus dem ‚Wesen‘ der sozialistischen Gesellschaft ableiten, beschreiben den Überbau, indem sie ihn aus der Basis deduzieren, beschreiben die

Psychologie, indem sie sie aus der Kenntnis der Beziehungen ableiten, die zwischen dem sozialen Bewußtsein und dem sozialen Dasein bestehen. So hat das Lackieren der Wirklichkeit und der Schematismus in Presse und Literatur einen unbewußten Platonismus zur Grundlage: die Ableitung einer besonderen Existenz aus dem allgemeinen Wesen der Sache; was in den menschlichen Reaktionen, das heißt, in der empirischen ‚öffentlichen Meinung‘ nicht von theoretischen Schemen vorgezeichnet, also bisher nicht in die Theorie einbezogen wurde, wird übergangen; was diesen Schemen widerspricht, wird als eine zufällige Abweichung vom Ideal aufgefaßt, das keine Beachtung verdiene.“⁶⁵⁾

In dieser rein theoriebezogenen, ideologieverhafteten Auslegung der realen gesellschaftlichen Existenz sieht Kolakowski eine ausgesprochen antidemokratische Praxis. Für ihn gilt es deshalb vordringlich, dem Begriff „öffentliche Meinung“ seinen empirischen Sinn wiederzugeben, nicht aber, der Theorie Vorrang vor den realen Erscheinungen des Lebens einzuräumen. Diese Forderung bedeutet jedoch in letzter Konsequenz die fällige Revision der sozialistischen Konzeption der „öffentlichen Meinung“, die — in ihrer gegenwärtigen Gestalt und Praktizierung — die Kollision zwischen theoretischen Prämissen und Erfahrungen der praktischen Politik beziehungsweise der gesellschaftlichen Realität allzu oft außer acht zu lassen bereit oder hierzu gezwungen ist. Nur als Frage kann in diesem Zusammenhang formuliert werden, ob sich in der von Kolakowski erhofften Tendenz zum stärkeren Eindringen der Empirie in das Phänomen „öffentliche Meinung“ im Sozialismus eine Analogie zu der historischen Wandlung des Begriffs in bürgerlichen Gesellschaftssystemen ziehen läßt, wo teilweise ebenfalls eine vom normativen zum empirischen Verständnis verlaufende Entwicklung sichtbar geworden ist. Die Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts machen überdies deutlich, daß die von Kolakowski geäußerten Hoffnungen auf eine Modifizierung oder gar Revision des sozialistischen Begriffs „öffentliche Meinung“ ohne Echo geblieben sind.

VII. Zusammenfassung

An mannigfachen Äußerungen und Versuchen, der Verfremdung des politischen wie ideologischen Schlüsselbegriffs „öffentliche Meinung“ im Sozialismus entgegenzuwirken, ist die noch bestehende Ungesicherheit des

elitären Modells sozialistischer Prägung zu erkennen, das das Attribut einer echten „öffentlichen Meinung“ häufig nicht den konkre-

⁶⁵⁾ Ebenda, S. 219 f.

ten, empirisch verifizierbaren Gegebenheiten gemäß zuerkennt; dennoch scheint die herkömmliche Deutung, nach der „öffentliche Meinung“ als mit der Tatsächlichkeit des allgemeinen Meinungsbildes in den politisch bewußten Teilen der Bevölkerung übereinstimmend aufgefaßt wird, den meisten Kritikern als Begriffsnorm vorzuschweben.

Abseits der offiziellen politischen Sprachgebung und unabhängig von den jeweils maßgebenden Denk- und Wertsystemen gibt es offenkundig noch immer genügend Raum für einen begrifflichen Konsens zwischen nicht-sozialistischen und sozialistisch-marxistischen Verfechtern, sofern die Erstarrung von Gesellschaftsordnung und verbindlicher Sprachform einer ideologiefreieren Betrachtungsweise weichen kann. In jedem Falle ist anzunehmen, daß die Verfremdung der zentralen politischen Begriffe durch den orthodoxen Marxismus bislang nicht total gelungen ist, zumal sich der Ausdruck „öffentliche Meinung“ auf die Dauer nicht von der Kategorie des real Erfahrbaren absondern lassen wird.

Dem orthodoxen Denken weniger verhaftete Marxisten nehmen in dieser Frage ohnehin eine flexiblere Position ein. Zumindest suchen sie eine Lösung von allzu dogmatischen Auffassungen, ohne dabei ihre prinzipiell gegen die bürgerlich-liberalen Gesellschaftskonzeptionen gerichtete Einstellung aufzugeben. So hat der Ostberliner Marxist Robert Havemann die Frage, ob er Sozialismus und eine freie „öffentliche Meinung“ für miteinander vereinbar halte, unzweideutig bejaht: „Er hat sie sogar nötiger als der Kapitalismus, der sie nur gestattet, solange sie seiner Macht nicht gefährlich ist. Der Sozialismus braucht die freie öffentliche Meinung als wichtigen Antrieb seiner Entwicklung.“⁶⁶⁾

Abgesehen jedoch davon, daß Havemann einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Wertsystem der westlichen Demokratie aus dem Wege geht, läßt er es beim rein verbalen Postulat bewenden. Noch wird von ihm keinerlei Konkretisierung der „sozialistischen Öffentlichkeit“ vorgeschlagen, was auch, oder sogar wesentlich, eine präzise Vorstellung von der Organisation und Kontrolle der öffentlichen Informations- und Kommunikationsmedien voraussetzen würde. Eine „freie öffentliche Meinung“ ist nur dann als gegeben anzusehen, sofern die Diskussionen in der politischen Öffentlichkeit ohne grundsätzliche Eingrenzung, ohne den Vorbehalt

einer grundsätzlichen Systemkritik möglich sind, sofern sämtliche politisch bedeutsamen und wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen legalen Zugang zu den Massenmedien erhalten. Eine „freie öffentliche Meinung“ muß stets das Recht in Anspruch nehmen dürfen, das bestehende politische und ökonomische Wertsystem in Frage zu stellen und die Aussprache über neue Ideologien einzuleiten. Wird diese Möglichkeit nicht gewährt, so kann allenfalls von einem liberaleren Unterfall einer „gelenkten öffentlichen Meinung“ die Rede sein.

Havemanns Äußerungen, insbesondere sein Hinweis auf die „öffentliche Meinung“ als Impuls zu einer fortschreitenden sozialistischen Entwicklung, knüpfen deutlich an die einst von Rosa Luxemburg geübte Kritik an der Praxis der sowjetischen Revolutionäre an. Was für diese Kritik zutraf, gilt jedoch in ähnlicher Weise auch für die Haltung Havemanns: das Fehlen eines konkreten, Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren abwägenden Alternativprogramms einer „sozialistischen Öffentlichkeit“.

So stehen sich gegenwärtig im Grunde nur zwei verschiedene theoretisch wie ideologisch begründete Modelle „öffentlicher Meinung“ gegenüber: einmal das in den westlichen Demokratien verwirklichte, in denen „öffentliche Meinung“ als Gegenpol zur staatlichen Macht fungieren wie auch als ein Mittel der Rechtfertigung ihrer Politik verstanden werden kann, in denen staatliche Sphäre und „öffentliche Meinung“, Öffentlichkeitssphäre in einem Reziprozitätsverhältnis zueinander stehen können; zum anderen die herrschende sozialistische Konzeption „öffentlicher Meinung“, nach der dieser die Funktion zufällt, die Einheit von Partei- und Regierungspolitik und Interesse der Gesellschaft zu konstruieren.

In beiden Gesellschaftsordnungen wirkt die „öffentliche Meinung“ normsetzend. Abweichend ist hingegen der Ermessensspielraum des Individuums, sich von der Kollektivmeinung zu lösen, ohne Sanktionen von staatlicher oder gesellschaftlicher Seite herauszufordern, sich in seinem praktischen Verhalten der Norm zu entziehen oder diese Norm öffentlich anzufechten. Ubt die „öffentliche Meinung“ im Sozialismus oft eine Zwangsfunktion (neben dem Recht) aus, so kommt ihr in bürgerlichen Ordnungen in stärkerem Maße nur eine Orientierungsfunktion für den einzelnen zu.

Setzt man „öffentliche Meinung“ nicht mit der „veröffentlichten Meinung“ der Massenmedien gleich, sondern begreift sie als Ausdruck

⁶⁶⁾ Die unvollendete Revolution, in: Die Zeit vom 25. September 1970, S. 7.

eines vorherrschenden, Denken und Verhalten von einzelnen wie Gruppen bestimmenden kollektiven Bewußtseins in allgemeinen wie besonderen Fragen, so besteht in jedem Gesellschaftssystem die Möglichkeit, daß sich die „öffentliche, gesellschaftliche Meinung“ zunehmend der staatlichen Macht entfremdet. Demokratien mit dem institutionalisierten Austausch von politischen und administrativen Eliten werden diese Entfremdung zumeist auf evolutionärem Wege wieder aufheben. Gesellschaftsordnungen mit geringerer Flexibilität im Modus staatlicher Machtausübung, mit einer größeren Tendenz zur Verfestigung und Erstarrung der herrschenden Schichten und Machtstrukturen, werden weit eher zu abrupteren Wandlungen, zu revolutionären Formen der Anpassung an veränderte gesellschaftliche, ökonomische und soziale Verhältnisse und Erfordernisse neigen.

Auf die Frage, ob von der „öffentlichen Meinung“ gesprochen werden kann, ist eine bejahende Antwort zu geben. Die „öffentliche Meinung“ ist mehr als nur ein politisches Schlagwort, sie ist Widerspiegelung des gesellschaftlich bewußten Sichverhaltens und Strebens, ist Faktor gesellschaftlicher Entscheidungen und reflektiert bereits potentielle, künftige Entwicklungen. Der Terminus „Meinungen

in der Öffentlichkeit“ bleibt dagegen amorph, ihm fehlt jede Aussage über die Qualität und das Gewicht einzelner Meinungen innerhalb des Meinungspluralismus und stellt letztlich eine quantifizierende Aufrechnung von Einzelmeinungen dar. Die „öffentliche Meinung“ zeichnet sich aber gerade durch ein spezifisch qualitatives Moment aus; sie ist jeweils Ausdruck derjenigen Ideen, Anschauungen und Verhaltensweisen, die lange Zeit im Widerstreit gegeneinander verharren können, bis entweder Altes, Traditionelles sich bestätigt sieht, oder aber bis sich Neues durchzusetzen vermag und Geltung gewinnt.

„Öffentliche Meinung“ heißt nicht Stagnation, Verfestigung, sondern ist immer als ein kontinuierlicher Prozeß anzusehen. Daß die Tendenz dieses Prozesses unausweichlich zur Wahrheit und im Interesse der gesamten Gesellschaft verlaufen werde, war einst noch die naive Überzeugung zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts. Daß dieses Ziel durchaus nicht mit jener Selbstverständlichkeit zu erreichen ist, das besagen mannigfache, seither gewonnene Erfahrungen. Hier aber stellt sich die jeweils nur aus historischer Perspektive eindeutig beantwortbare Frage nach der echten und der wahrhaften „öffentlichen Meinung“.

Massenkommunikation in der Volksrepublik China

Man täte gut daran, bei „Kommunikation“ im Zusammenhang mit der Volksrepublik China nicht nur an Zeitung und Rundfunk zu denken, sondern ganz allgemein an „persuasive“ Steuerung von Individuen zum Zwecke gesellschaftlicher Integration. Zur „Machtergreifung, dem fundamentalsten Problem der Revolution“¹⁾, gehört ja nicht nur die Eroberung politischer und wirtschaftlicher Positionen, sondern ganz besonders die allmähliche Anpassung des gesamten Überbaus, vor allem des geistigen, an die sozialistisch gewordene Basis. Selbst die Kulturrevolution ist, von diesem Gesichtspunkt her gesehen, letztlich nichts anderes als ein zur Hypertrophie gesteigerter Kommunikationsprozeß im Dienste kommunistischer Ziele.

Zwei Einschränkungen sind zu erwähnen: Einmal wurde besonderer Wert darauf gelegt, die Verhältnisse seit der Kulturrevolution in den Griff zu bekommen; zum andern erscheint es zweckmäßig, einige Sektoren des Kommunikationswesens auszuklammern, teils weil sie seit der Kulturrevolution keine eigenständige Rolle gespielt haben (z. B. der Film), teils weil ihre Darstellung zu unergiebig wäre (z. B. das Ausstellungswesen). Vor allem aber mußte der weite Bereich der „neuen Kunst“ außer Betracht bleiben, der in seinen einzelnen Ausprägungen zwar ebenfalls Kommunikationscharakter trägt, wegen der vorhandenen Stoffmassen jedoch nach einer gesonderten Darstellung verlangt.

I. Allgemeines zur Massenkommunikation in China

1. Bedeutung der Massenkommunikationsmittel

Wohl kein anderes kommunistisches Regime hat seit seinem Machtantritt so intensiven Gebrauch von den MK-Mitteln gemacht wie das chinesische. Wie ein Rückblick auf die traditionelle Gesellschaft und auf die im dortigen Klima wirkenden Integrationsfaktoren zeigt, hat sich freilich auch keine andere Regierung mit ähnlich schwierigen Hindernissen auseinandersetzen gehabt.

Eine institutionelle und eine ethische Dimension waren es, die im vorkommunistischen China den Sozialisierungsvorgang bestimmten:

— Institutionell war es — wie in allen agrarischen Gesellschaften — das Dorf, welches die breite soziale Basis im alten China abgab. Innerhalb des dörflichen Rahmens ging vor allem von drei Institutionen integrierende Wirkung aus: von der Familie, vom Clan und

von der Dorfgemeinschaft. Die *Familie* war — wirtschaftlich gesehen, Konsum- und weitgehend auch Produktionsgemeinschaft;

— privat- und strafrechtlich gesehen, Haftungsgemeinschaft; Schulden des einzelnen galten als Familienschulden, und Verstöße gegen Recht und Sitte als Verstöße der Gesamtfamilie, die dafür verantwortlich gemacht wurde, daß sie ihre Mitglieder nicht hinreichend erzogen hatte;

— religiös gesehen, war die Familie Zeremonialgemeinschaft. An den jährlichen Festen nahmen nicht nur die Lebenden teil, die manchmal von weither angereist kamen, sondern auch die Ahnen, die — obwohl unsichtbar — doch als integrierender Bestandteil der einzelnen Familie galten;

— kulturell gesehen, verstand sich die Familie als Erziehungsgemeinschaft, in der die Kinder zur praktischen Mitarbeit im elterlichen Betrieb angeleitet und — in wohlhabenden Familien — durch einen Hauslehrer unterrichtet wurden.

Gesichert wurden diese Funktionen durch eine Reihe von Regeln, deren Nichtbeachtung mit schweren Sanktionen bedroht war. Ehrfurcht gegenüber dem Vater sowie Loyalität und Liebe zum älteren Bruder waren dabei die primär geforderten Verhaltensweisen.

¹⁾ Vgl. hierzu URS (= Union Research Service, Hong Kong) Vol. 57, S. 22 ff.

Dieser Beitrag, der den Zustand in der Volksrepublik China nach der Kulturrevolution besonders berücksichtigt, ist die stark gekürzte Fassung eines Buches, das unter gleichem Titel als Band Nr. 38 der „Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg“ erschienen ist.

Der *Clan* war ein auf gemeinsamer Abstammung beruhender verwandtschaftlicher Bund mehrerer Familien, der sich zwar selten in Familienangelegenheiten einmischte, dafür aber um so nachhaltiger in allen wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten auf Dorfebene mitzusprechen hatte. In manchen Gemeinden unterhielten diese Sippen eigene Krankenhäuser, fungierten als Ehrengerichte und übten vor allem auch als Großgrundbesitzer bedeutsame soziale Funktionen aus.

Manchmal umfaßte der *Clan* ein ganzes Dorf und sorgte schon dadurch für eine prägnante soziale Gliederung der *Dorfgemeinschaft*. Wo dies nicht der Fall war, wurde der Dorftempel zum Zentrum für sämtliche Dörfler, ohne Rücksicht auf ihre *Clan-Zugehörigkeit*.

Der Tempel war aber nicht nur innerdörfliches Integrationszentrum, sondern bildete darüber hinaus auch einen Schnittpunkt, wo das Dorf mit der Zentralregierung in Kontakt kam. Dieser Kontakt konnte dadurch entstehen, daß die Dorfliteraten, die zugleich Tempelvorsteher waren, mit dem Kreismagistrat, dem untersten staatlichen Verwaltungsorgan, Verbindung aufnahmen²⁾.

— *Ethisch* wurde dieses ganze System weniger durch Gesetz und Recht als vielmehr durch Sitte und Herkommen gesteuert.

Es ginge zu weit, hier den gesamten Apparat von Verhaltensregeln zu erörtern, wie er etwa in den „fünf Beziehungen, den vier Kardinaltugenden, den acht Tugenden“ oder in sonstigen Maximen³⁾ zum Ausdruck kam. Worauf es im vorliegenden Zusammenhang ankommt, ist die soziale *Gesinnung*, die dem gesamten Mechanismus zugrunde lag und die das chinesische Gesellschaftsgefüge immerhin über 2000

²⁾ Zu diesen organisatorischen Gesichtspunkten vgl. Y. K. Leung und L. K. Tao, *Village and Town Life in China*, London 1915, S. 32 f.

³⁾ Mit den „fünf Beziehungen“ sind jene reziproken Verhältnisse gemeint, die für die altchinesische Auffassung besonders wichtig waren, nämlich das Verhältnis zwischen Fürst und Beamten, Vater und Sohn, Ehemann und Ehefrau, älterem Bruder und jüngerem Bruder sowie zwischen Freund und Freund; „die vier Kardinaltugenden“ sind Sittsamkeit, Gerechtigkeit, Schamhaftigkeit und Unbestechlichkeit. Die „acht Tugenden“ sind: Gehorsam, Humanität, Ehrlichkeit und Friedlichkeit (der Begriff heißt „acht Tugenden“ wegen der acht chinesischen Schriftzeichen, wobei allerdings je zwei Zeichen zusammengenommen erst den eigentlichen Begriff ergeben; zu erwähnen wären noch die „drei zentralen Ideen“: „Einheit von Idealismus und Materialismus“, „Einheit von Wissen und Handeln“, „Einheit von Himmel und Mensch“; ferner die acht Grundsätze des politischen Programms, die der „großen Lehre“ des Konfuzius nachempfunden sind, usw.

Jahre lang zusammenhielt. Diese alles entscheidende Einstellung läßt sich im Grunde auf zwei Begriffe zurückführen, die für die chinesische Gesellschaft wahrscheinlich wesentlich bezeichnender sind als für jede andere Nation in der Weltgeschichte: Stabilität und Harmonie.

Stabilität: Von der objektiven Struktur her gesehen erwies sich die traditionelle chinesische Gesellschaft als eine holzschnittartig klar aufgebaute Hierarchie, die auf dem apriorischen Prinzip der Ungleichheit basierte und diesem Grundsatz vor allem in drei Richtungen Ausdruck verlieh: Das Alter rangierte vor der Jugend; die Männer waren gegenüber den Frauen bevorrechtigt; der Herrscher hatte ausgeprägte Privilegien gegenüber den Beherrschten.

Intersubjektiv wurde diese Struktur durch gegenseitige Erwartungen und Loyalitätsbekundungen gesichert. Ein diffiziles Repertoire von Verhaltensvorschriften bildete den Bezugsrahmen, innerhalb dessen die einzelnen Rollenträger ihre Bewährungsprobe durch ein permanentes Bekenntnis zu den bestehenden Autoritätsverhältnissen abzulegen hatten.

In der Erwartungssicherheit, die durch eine solche Dauermobilisierung der Loyalitätsbezeugungen erreicht wurde, lag schließlich auch jener Wert begründet, der den Chinesen als höchste soziale Tugend galt: die Pietät, die gemäß den konfuzianischen Lehren ursprünglich zwar nur im Verhältnis zwischen Kindern und Eltern gelten sollte, die aber in Wirklichkeit das gesamte Rollenverhalten bestimmte.

Harmonie: Ordnung ließ sich innerhalb dieses Gesellschaftsgefüges nur bewahren, wenn der einzelne sich den Kollektiven der Familie, des Clans und der *Dorfgemeinschaft* unterordnete und ausschließlich auf sein „soziales Gesicht“, nicht aber auf seine eigenen Wünsche und Bestrebungen achtete.

Was nun die traditionelle chinesische Gesellschaft besonders kennzeichnete, war die geradezu neurotische Bedachtsamkeit, jeden Konflikt zu vermeiden und jegliche Aggression zurückzustauen. Disziplinierte Höflichkeit, reziproke Hilfsbereitschaft und dauernder Austausch von Geschenken und Aufmerksamkeiten schufen eine Art Reservekapital an guten Taten, das auch in Zeiten der Krise den Geist der Versöhnlichkeit wachhielt. Dieser ständige gegenseitige friedliche Beistand machte das Wesen der in China immer wieder erstrebten „großen Einheit“ aus, die mit dem Frieden (*ho-p'ing*) identifiziert wurde und der nichts mehr zuwider war als Unruhe (*luan*).

Durch die Kommunisten, die sich die Zerstörung der „vier Alten“ (altes Denken, alte Kultur, alte Sitten, alte Gewohnheiten) zum Ziele gesetzt haben, wurde dieser traditionsreiche Integrationsmechanismus zerschlagen und durch neue Sozialisierungstaktiken ersetzt. Die 1950 beginnende Landreform eliminierte zunächst die traditionelle Elite, deren ökonomische Macht auf Landbesitz, deren politische Macht auf Bürokratie und deren soziale Macht auf dem überkommenen Sozialstatus gegründet war. Im Zuge dieser Umwälzungen gingen die Befugnisse des Clans und der bisherigen Dorfgemeinschaft auf die lokalen Parteiausschüsse über. Die Volkskommunensbewegung von 1958 schließlich, die das System der industriellen Arbeitsteilung auf die Landwirtschaft übertrug und gleichzeitig die Bevölkerung militärisch zu disziplinieren suchte, riß auch die Familien auseinander. Wenngleich eine gewisse Milderung in den darauf folgenden Jahren die härtesten Eingriffe wieder beseitigte, so hat doch die Kulturrevolution erneut klargemacht, daß die Familie — von Clan und Dorfgemeinschaft ganz zu schweigen — ein für allemal ihre traditionelle Stellung verloren hat.

Die alten Autoritäten waren also ausgeschaltet. Was sollte an ihre Stelle treten? Die Kommunisten gaben eine revolutionäre Antwort: Zu den hervorstechendsten Merkmalen des alten Kaiserreichs hatte die scharfe Trennung zwischen Staat und Gesellschaft gehört. Die Zentrale verfügte im allgemeinen über keine direkten Verbindungskanäle zu den Dörfern als solchen. Ihre untersten administrativen Einheiten reichten nur bis zur Kreisebene. Alle Einheiten, die darunter lagen, hatten sich selbst zu organisieren, wobei, wie bereits erwähnt, ein fester Bestand traditioneller Moralbegriffe und religiöser Vorstellungen die wesentliche Orientierungshilfe leistete. Den Kommunisten nun lag daran, zum erstenmal in der chinesischen Geschichte auch das bisher vergessene Dorf direkt anzusprechen und unter Kontrolle zu bringen. Nicht zuletzt mit Hilfe der breit gefächerten und auf die bäuerlichen Verhältnisse abgestimmten MK-Mittel gelang es ihnen, auch das Hinterland in eine soziale Klinik umzuwandeln.

Zu neuen Autoritäten wurden anfangs der Staat, später die Partei und schließlich das „Denken Mao Tse-tungs“.

Was aber den kommunistischen Maßnahmen erst den eigentlichen revolutionären Charakter verlieh, war nicht so sehr die Errichtung einer neuen Autoritätsstruktur, sondern vielmehr der neue Verhaltenskodex, der als Regulator des gesellschaftlichen Integrationsprozesses

eingeführt wurde. Drei solcher Steuerungsmechanismen waren es vor allem, die in der chinesischen Sozialphilosophie so unerhört neu sind, daß man von einem Kontrast-, wenn nicht gar von einem Antipodenprogramm sprechen könnte: Fluktuation, Kampf und Egalitarismus.

Der ordnungserhaltenden, statistisch-routinemäßigen Funktionsweise des traditionellen Systems setzten die Kommunisten das Prinzip entgegen, daß alles sich im Fluß befinde. Die alte Gesellschaft hatte sich an den Vorbildern der Vergangenheit orientiert und war der ewigen Wiederkehr des Gestrigen verhaftet gewesen. Dieser Haltung des „ein für allemal“ setzten die Kommunisten ihre Bereitschaft zu „erstmaligem Verhalten“ und ihre Zukunftsgläubigkeit entgegen. Es war der Begriff der Revolution, unter der diese ‚rerum novarum cupiditas‘ zusammengefaßt wurde, eine Revolution, die nicht etwa sich ‚uno actu‘ vollziehen, sondern in einem permanenten Kampf der Widersprüche abspielen sollte. Jede in diesem dialektischen Prozeß erreichte qualitative Wandlung gilt als „Revolution“, sofern sie den Überbau einen Schritt näher an die sozialistische Basis heranführt.

Als weitaus folgenschwerer noch sollte es sich erweisen, daß die Kommunisten den *Konflikt*, der in der alten Gesellschaft so ängstlich tabuisiert worden war, zum eigentlichen Element des sozialen Integrationsprozesses machten. Wie ein roter Faden zieht sich die Bejahung des Klassenkampfes durch das gesamte Werk Mao Tse-tungs. Klassenkampf, der als positiver Wert definiert wird, ist wie eine Impfung gegen den Virus des „Revisionismus“, jene Haltung also, die das Alte wiederbeleben möchte. Nach Mao erwächst die Wahrheit aus dem *Kampf* gegen den Irrtum. Ständiger Kampf macht wissend; teilweiser Verzicht auf den Klassenkampf macht partiell unwissend. Verzicht auf den Konflikt überhaupt bedeutet Rückfall in den Dämmerzustand des sozialen Sklavendaseins.

Als Ergebnis des Kampfes stellt sich nicht nur die Erkenntnis der Wahrheit ein, sondern auch die revolutionäre Einheit. Dieser Glaube an die dynamisierende und integrierende Kraft des Klassenkampfes hängt aufs engste mit den jahrzehntelangen Guerilla-Erfahrungen zusammen, die den Führungsstil der chinesischen Kommunisten militarisiert haben.

Wie Mao den Konflikt als Integrationsfaktor verstanden haben will, geht aus seiner Formel „Einheit-Kritik-Einheit“ hervor, die nichts anderes bedeutet, als „von dem Wunsch nach Einheit ausgehen, durch Kritik und Kampf die

Widersprüche lösen, um damit eine neue Einheit auf neuer Grundlage zu erreichen" ⁴⁾). Die Situation eines solchen Klassenkampfes läßt sich zur Mobilisierung von Haßgefühlen gegen die alte Gesellschaft und ebenso gegen den auch in der Epoche des Sozialismus noch vorhandenen Klassenfeind hervorrufen.

Der Grundsatz universeller sozialer Gleichheit soll schließlich dafür garantieren, daß die Unterschiede nicht nur im Verhältnis der Generationen und der beiden Geschlechter, sondern auch zwischen „Führern und Geführten“ eingegeben werden.

Als die in diesem Zusammenhang weitaus wichtigste maoistische Führungsmethode gilt die sog. „Massenlinie“, deren Hauptfunktion es ist, „die Meinungen der Massen zu sammeln, zu konzentrieren und sie wieder in die Masse hineinzutragen" ⁵⁾). Wer sich auf diese Weise bemüht, in einem „unendlich spiralförmigen Prozeß" die Bande zwischen Führenden und Geführten immer enger zu knüpfen, kann sich nicht mit Lippenbekenntnissen oder neutraler Haltung zufrieden geben, sondern ist auf dauernde Loyalitätsbezeugungen und ständige „Begeisterung der Massen" für die einmal beschlossene Politik angewiesen.

Mit dieser Forderung nach permanenter Wechselwirkung hängt es zusammen, daß die chinesische Führung sich nicht mit den herkömmlichen formalen MK-Mitteln (Presse, Rundfunk) begnügen kann, sondern Instrumente entwickeln mußte, die sich in so spezifischen Formen, wie Studienkursen, Wandzeitungen, „Massenveranstaltungen zu Kritik und Verurteilung“, „Familienkursen" u. dgl. manifestieren und die in ihrer Gesamtheit eine eigenartige Partizipationskultur abgeben.

Zukunftsorientierung, Konfliktbereitschaft und Egalisierungswille sind also die eigentlich neuen Rollenkonzepte, die gründlich eingeübt sein wollen, wenn die kommunistische Gesellschaftsordnung in China Bestand haben soll. Der dafür nötige Lernprozeß läßt sich, da Zwang und materielle Anreize ausfallen, schlechterdings nur mit Hilfe der MK bewerkstelligen. Diese Tendenz wird noch durch drei weitere Impulse verstärkt, die sich aus der aktiven Rolle des Überbaus, aus der besonderen, ideologisch bedingten Motivationslage und als Folge von spezifisch politischen Auswirkungen der Kulturrevolution ergeben.

Subjektivierung des Revolutionsprozesses:

Die Chinesen gestehen dem Überbau eine so vitale und autonome Rolle zu, daß das Basis-Überbau-Modell in seiner herkömmlichen marxistischen Formulierung nur noch als kraftloses Postulat existiert. Weniger auf die Sozialisierung der Produktionsmittel als vielmehr auf die Sozialisierung des Denkens aufgrund der richtigen Ideen kommt es demnach an.

Beinahe sprichwörtlich in diesem Zusammenhang ist der maoistische Voluntarismus und Aktionismus, der die Ungeduld operationalisiert und die Menschen aus ihrer „Versklavung" gegenüber der Wirklichkeit befreien will. Dieser übersteigerte Glaube an die Fähigkeit der organisierten Massen, mit jedem Feinde fertig zu werden, kennt nur ein Hindernis, nämlich das Fehlen eben dieses Willens. Für diesen „voluntaristischen Illuminismus" wird das Objektive letzten Endes zum Werkzeug des Subjektiven.

Wie sehr die marxistische Lehre im Begriff ist, sich in der Säure des Subjektivismus aufzulösen, ergibt sich noch aus anderen Gesichtspunkten: So hängt z. B. die Klassenposition des einzelnen nach maoistischen Vorstellungen nicht von seiner objektiven Herkunft, sondern vielmehr von der Gesinnung ab: Der Gesinnungsproletarier tritt an die Stelle des Abstammungsproletariers. Dementsprechend ist jeder Mensch erziehbar. Er braucht nicht, wie bei Stalin, physisch liquidiert zu werden; es genügt, seine falsche Einstellung auf kommunikativem Wege zu liquidieren und ihn „wie einen Patienten" zu heilen. Die Forderung, „sein eigenes Selbst zu bekämpfen und den Revisionismus zu kritisieren" ⁶⁾, gehört deshalb zu den häufigsten Formulierungen, die gerade während der Kulturrevolution aufgetaucht sind. Die Gefahren eines Rückfalls gehen ganz vom Denken der Menschen aus; auch die Revolution kann deshalb nichts anderes sein als ein im wesentlichen subjektiver Umschichtungsprozeß.

Auf derselben Linie liegt das Postulat, daß der Mensch wichtiger sei als Waffenbesitz, daß das politische Bewußtsein dem fachmännischen Können vorgehe und daß überhaupt ein Individuum ohne richtigen politischen Standpunkt wie ein Mensch ohne Seele sei.

Nicht zuletzt aber sind es die „Mao Tse-tung-Ideen", die seit der Kulturrevolution China wie ein magnetisches Feld beherrschen. Ihrer Wirkung erst ist es zuzuschreiben, daß aus

⁴⁾ Vgl. dazu „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Peking 1967, S. 298 f.

⁵⁾ Ebenda, S. 152 f.

⁶⁾ Vgl. z. B. VZ vom 15. 4. 1966, S. 6.

dem marxistischen Materialismus eine Art maoistischer Idealismus geworden ist. Kein Wunder, daß in einer politischen Kultur, bei der alles darauf ankommt, die Menschen richtig denken zu lehren, die MK zum Dreh- und Angelpunkt des politischen Gestaltungsprozesses wird. Propaganda und Überredung sind nach alledem wesentlich wichtiger als Ausübung von „Macht“, „wenngleich sie ohne die Macht im Hintergrund natürlich weit weniger wirkungsvoll wären“ 7).

Die besondere Motivationslage:

Nicht zuletzt deshalb auch ist MK in China von so einzigartiger Bedeutung, weil die beiden anderen Mobilisierungsmöglichkeiten, nämlich Strafe und materieller Anreiz, in China Mao Tse-tungs streng verpönt sind, zumindest seit der Kulturrevolution: Materielle Anreize, wie sie nach sowjetischem Vorbild in den fünfziger Jahren noch durchaus üblich waren, werden seit der Kulturrevolution unter dem negativ eingefärbten Schwort „Ökonomismus“ angeprangert. Kaum ein Gegenstand bietet heute mehr Anlaß zu klassenkämpferischen Auseinandersetzungen wie der weiterschwelende Wunsch nach materiellen Belohnungen.

Strafe gehört zu jenen Maßnahmen, die nur den „Feinden“ gegenüber angebracht sind.

Nach seinem bekannten Schema unterscheidet Mao Tse-tung ja deutlich zwischen „Widersprüchen im Volk“ und „Widersprüchen zwischen uns und dem Feinde“. Zur ersten Kategorie gehören solche Konflikte, die aus der Gleichartigkeit grundlegender Interessen erwachsen; sind doch trotz prinzipieller Gemeinsamkeiten „Kontroversen zwischen verschiedenen Ansichten unvermeidlich, notwendig und nützlich“ 8). „Widersprüche zwischen uns und dem Feind“ offenbaren sich umgekehrt in der Ablehnung gewisser Essentialia, wie etwa des sozialistischen Eigentumsbegriffs usw.

Nur den „Feinden“ gegenüber sind Maßnahmen der „Diktatur des Proletariats“ zulässig, u. a. Zwangsmaßnahmen durch Strafe. Zur „Lösung der Widersprüche im Volk“ dagegen können nur die sog. „demokratischen Methoden“ beitragen, die sich mit den Stichworten

„Argument, Werbung und Hilfe“ 9) wiedergeben lassen.

Die Erziehung zu einer komplexen kommunistischen Rollenidentifikation wird also nicht mit punitiven — auch nicht mit permissiven — Erziehungsmethoden erreicht, sondern mit Hilfe eines forciert „persuasiven“ Stils der Massenkommunikation.

Politische Auswirkungen der Kulturrevolution:

Neben den oben angeführten fünf ideologischen Gründen, die der MK einen besonderen Rang im politischen Leben der Volksrepublik China einräumen, kam während der Kulturrevolution ein besonderes politisches Phänomen hinzu, das dem Ruf nach einem effektiven Kommunikationssystem zusätzlich Nahrung gab:

Wie bereits erwähnt, waren die traditionellen Klammern, die das größte Volk der Erde zusammengehalten hatten, längst funktionslos geworden. Das Vakuum, das durch den Wegfall dieses traditionellen Bestandes aufgebrochen war, konnte zunächst durch die Aktivität des neuen Partei- und Regierungsapparates zum Teil überspielt und ausgefüllt werden.

Diese Organisationen wurden nun aber im Laufe der Kulturrevolution entweder aufgelöst oder so sehr angeschlagen, daß sie praktisch funktionslos waren. Das gesamte kommunistische Establishment hatte also seinerseits einem neuen Vakuum Platz gemacht.

Sollte das Land mit seinen 800 Millionen Einwohnern, seinen 29 Provinzen (und provinzgleichen Einheiten), seinen zahlreichen Fremdvölkern und seinen soziologisch wie wirtschaftlich ungleich entwickelten Großlandschaften nicht in lauter kleine „Königreiche“ zerfallen und damit wieder den „Warlordismus“ der zwanziger Jahre aufleben lassen, so galt es, unverzüglich das Kommunikationsnetz noch enger zu knüpfen und die totale Mobilisierung eines neuen Glaubens durchzuführen, des Glaubens an Mao Tse-tung und seine Linie.

2. Die Funktionen der Massenkommunikationsmittel

Die Massenkommunikationsmittel lassen sich in der VRCh hauptsächlich auf sechs Funktionen zurückführen: Agitation und Propaganda, Organisation, Erziehung, Information, Kritik und Selbstkritik sowie Kontrolle.

7) Harold Hinton, China, in: Major Governments of Asia, edited by George McTurman Cahin, New York 1963², S. 95.

8) Vgl. hierzu den 16-Punkte-Beschluß vom 8. August 1966, § 6, abgedruckt in: Peking Rundschau 1966 Nr. 33, S. 5.

9) Mao Tse-tung, Rede auf der Landeskonferenz für Propagandaarbeit, vom 12. 3. 1957, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1965 S. 29, 7, 11.

Da wie in der Sowjetunion und in der DDR ¹⁰⁾ die MK-Mittel als Werkzeuge des Klassenkampfes zu dienen haben, herrscht nicht Information, sondern Wertung im Sinne der Klassenbezogenheit vor. Strikte Schwarz-Weiß-Malerei sorgt dafür, daß die Verhältnisse entweder idealisiert oder unmöglich gemacht werden. Engagement und totale Beteiligung werden gefordert und allen Halbherzigkeiten der Kampf angesagt. Eine Welt der Dichotomien tut sich auf: richtig — falsch; „rot“ (= gut) — „schwarz“ (= böse); strahlende Zukunft des Sozialismus — unaufhaltsam verfallender Kapitalismus. Es entspricht dieser Grundeinstellung, daß die Polemik gegen die „mittleren Charaktere“ zu einer Angelegenheit wurde, die zu Beginn der Kulturrevolution im Mittelpunkt der Diskussion stand ¹¹⁾. Insofern jemand nicht für „Maos Linie“ ist, ist er füglich gegen sie.

Missionsbewußtsein, Einsatzbereitschaft und Überzeugung, einer erhabenen und gerechten Aufgabe zu dienen, sollen damit ebenso genährt werden wie feindliche Gefühle gegenüber wirklichen oder potentiellen Gegnern.

Gleicht das chinesische MK-Wesen insoweit den Praktiken anderer kommunistischer Staaten, so besteht ein wichtiger Unterschied doch darin, daß das leninistische Begriffspaar Propaganda-Agitation nicht so recht auf die VRCh passen will, obwohl die mit ihm verquickten Techniken und Inhalte volle Anwendung finden. Dieser Punkt ist so bezeichnend, daß es sich lohnt, nähere Betrachtungen anzustellen.

Agitation und Propaganda weisen nach der sowjetischen Lehre eine Anzahl von Gemeinsamkeiten auf, vor allem in ihren Funktionen:

Beide stehen im Dienste der inneren Festigung der Partei und der Massenorganisationen sowie der Forderung des Zusammenhalts, der Aktivität und Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder. Sie sollen das Missionsbewußtsein stärken und die Massen mobilisieren.

Sie dienen der Rechtfertigung des politischen Kurses.

¹⁰⁾ Zur DDR vgl. Hans Schimanski, Leitgedanken und Methoden der kommunistischen Indoktrination, Bonn und Berlin 1965; für die Sowjetunion Bruno Kalnins, Der sowjetische Propagandastaat, Stockholm 1956, sowie Ernst Richard, Carola Stern und Peter Dietrich, Agitation und Propaganda, Berlin und Frankfurt/M. 1958.

¹¹⁾ Zu den „mittleren Charakteren“ vgl. The Great Proletarian Cultural Revolution in China, compiled and edited by the Asia Research Centre, Rutland/Vermont and Tokyo/Japan 1968, S. 10 ff.

Sie sollen ferner sicherstellen, daß die Adressaten den Handlungsrahmen fest in den Griff bekommen, um innerhalb des festgelegten Kurses eigene Initiative entfalten zu können. Die extreme „Entinstitutionalisierung“ und „Spiritualisierung“ aller Kontrollfunktionen, wie sie unten noch näher zu beschreiben ist, bringt es mit sich, daß die Überwachung — ganz nach Partisanenart — nur in großen Linien erfolgt, während hoheitliche Abstinenz geübt wird, soweit es um die konkrete Ausführung an Ort und Stelle sowie um organisatorische Gestaltungen geht.

Gemeinsam ist ihnen ferner, daß sie den Informationsfluß auf bestimmte Nachrichtmengen einschränken und störende Einflüsse ausschalten.

Nicht zuletzt aber haben sie der Erziehung der Volksmassen zu einem sozialistischen Bewußtsein zu verhelfen ¹²⁾.

Neben solchen Gemeinsamkeiten gibt es aber auch eine Anzahl unterscheidender Merkmale, die seit Plechanow und Lenin zum festen Bestandteil der Massenkommunikation der Sowjetunion gehören. Stichwortartig lassen sie sich folgendermaßen verdeutlichen:

<i>Agitation</i>	<i>Propaganda</i>
Ziel	
kurzfristige Beeinflussung	langfristige Beeinflussung
Schaffung von Emotionen und spontanen Reaktionen („aufputschen“; Protest und Empörung gegen die Uebel des Kapitalismus; Freude und Begeisterung für die sozialistische Sache)	Schaffung oder Hebung von Bewußtsein und Überzeugung („aufklären“)
soll aufmerksam machen und mitreißen	soll erklären (z. B. die tieferen Ursachen einer Erscheinung)
Die Agitation soll den Boden auflockern, damit die Propaganda tiefpflügen kann
Adressat	
Soziologisch: die „breiten Massen“; Geführte	Soziologisch: mehr überschaubarer politisch aktiver Personenkreis (Elite, „Führer“: kommandierende Kader und Intelligenz)
Psychologisch: hauptsächlich Gefühl	Psychologisch: hauptsächlich Verstand

¹²⁾ Näheres bei Schimanski, a. a. O., S. 45 ff.

Mittel

Konkrete Situation als Anlaß (z. B. ein Gutsbesitzer)	Situationsunabhängig (z. B. Stereotypen, negative und positive Modelle)
möglichst wenige und einfache Ideen	möglichst viele und komplexe Ideen
leicht faßbar und konkret (z. B. im Falle der Arbeitslosigkeit: das bekannteste und krasseste Beispiel herausgreifen, etwa den Hungertod einer Arbeiterfamilie)	relativ abstrakt und systematisch („allseitig“) (z. B. im Falle der Arbeitslosigkeit: die Natur der kapitalistischen Krise erklären, die Ursachen ihrer Unvermeidlichkeit aufzeigen und die Notwendigkeit einer Umwandlung dieser Gesellschaft in eine sozialistische darlegen)

Beispiele

Kampagnen „Versammlungen zur Kritik und Verurteilung“ lehrhafte Geschichten Kurzkomentare	„Mao Tse-tung Studienkurse“ Wiedergabe fremder Ansichten (z. B. „die albanischen Genossen meinen ...“) ¹³⁾
--	--

Alle diese Kriterien ließen sich ohne weiteres auf die VRCh übertragen — bis auf einen, allerdings ganz grundlegenden Tatbestand: Die Unterscheidung nämlich, daß sich Propaganda nur an die „Führenden“, Agitation dagegen an die „Geführten“ wendet, ist in China undenkbar. Die ganze Sozialphilosophie Mao Tse-tungs ist ja gerade auf der Forderung aufgebaut, daß zwischen Führenden und Geführten kein Unterschied besteht. Daraus ergibt sich, daß die Einteilung in Agitation und Propaganda bei den Chinesen nie besonders beliebt war und eigentlich auch nie systematisch rezipiert wurde. Obwohl die Termini vorhanden sind, werden sie z. B. nicht einmal in einem so grundlegenden Dokument wie der Rede Mao Tse-tungs auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit erwähnt. Trotzdem wurde da und dort in der Wissenschaft versucht, das sowjetische Agitprop-Modell auf die VRCh zu übertragen ¹⁴⁾. Von der Sache her muß dieser Versuch scheitern, es sei denn, daß man einem ganz neuen Agitprop-Begriff das Wort redet. Von der Methode her freilich ist das Begriffspaar von

nicht unerheblichem heuristischen Wert; lassen sich doch mit seiner Hilfe gewisse fundamentale Unterschiede zwischen sowjetischer und chinesischer MK-Technik klar hervorheben. Zwei Hauptdifferenzen fallen vor allem ins Auge:

„Agitation“ und „Propaganda“ wenden sich, wie bereits oben ausgeführt, sowohl an die Massen als auch an die Funktionäre!

In der VRCh besteht ferner eine Tendenz, die Agitation auf Kosten der Propaganda zu bevorzugen. Besonders die sogenannten „Vier Großen“ („großes Singen und großes Blühen“, „großes Diskutieren“ und „große Wandzeitungen“), die so recht eigentlich den Gehalt der „großen Demokratie“ ¹⁵⁾ ausmachen, gehörten immer dann zu den beliebtesten Formen der Kommunikation, wenn Maos Macht besonders fühlbar geworden war (z. B. zur Zeit der „Hundert Blumen“, Anfang der Kulturrevolution) ¹⁶⁾. Neben diesen Formen des Meinungsaustauschs sind es vor allem noch die „kleinen Zeitungen“, die „Kurzkritiken“, die „Mao Tse-tung-Studienkurse“ und die altbewährten „Kampfversammlungen“, die zu den spezifischen Taktiken der Selbsterziehung des Volkes im Geiste der immer wieder beschworenen klassischen „Pariser Kommune“ geworden sind.

Formale Kommunikationsmittel, die vor allem im Dienste der „Propaganda“ stehen, treten demgegenüber zurück. Nur zu Zeiten, in denen der maoistische Einfluß stärker zurückgedrängt war, rangierte beispielsweise das Pressewesen an der Spitze der Kommunikationsskala (vor allem in der ersten Hälfte der sechziger Jahre!). Nicht zuletzt hängen solche Entwicklungen mit der jeweils mehr oder weniger starken Realisierung des Konzepts der Massenlinie und des Geistes von Yenan zusammen.

Organisation

Angesichts der organisatorischen „Spiritualisierung“, von der noch die Rede sein wird, kommt es darauf an, neue Klammern zu finden, die für den Zusammenhalt einer Gesellschaft von 800 Millionen Menschen erhalten können. Seit der Kulturrevolution sind es die „Mao Tse-tung-Ideen“, die die charismatische Rolle einer einheitstiftenden Kraft übernehmen und das Handeln der unübersehbaren Massen auf einen einzigen Nenner bringen sollen. „Einheitliche Auffassungen, einheit-

¹³⁾ Im einzelnen vgl. dazu Kalnins, a. a. O., S. 21 ff., Schimanski, a. a. O., S. 42 ff., und Richard, a. a. O., S. 2 ff.

¹⁴⁾ Vgl. etwa Alan P. Liu, *The Press and Journals in Communist China*, Cambridge, Mass., 1966, S. 72 ff., und Franz Schurman, *Ideology and Organization in Communist China*, Berkeley and Los Angeles 1968, S. 62—68.

¹⁵⁾ Vgl. dazu etwa Lin Piaos Rede vom 3. 11. 1966, *China Quarterly* Nr. 29, S. 186.

¹⁶⁾ Zur Kulturrevolution vgl. § 4 des 16-Punkte-Beschlusses, a. a. O., S. 5.

liche Politik, einheitliche Pläne, ein einheitliches Kommando und einheitliche Aktionen¹⁷⁾ sind die „fünf Ergebnisse“, die sich als Konsequenz „richtigen“ Handelns im Geiste Mao Tse-tungs einstellen. Im Dienste dieser Aufgabe stand zuletzt die große Diskussion um Fragen der „proletarischen Disziplin“ im August 1969. Jede Klasse habe ihre eigene klassenspezifische Disziplin. Die „proletarische Disziplin“ diene der Durchführung der Linie Mao Tse-tungs und der Stärkung des Proletariats. Mit dieser proletarischen Disziplin verträge sich die proletarische Rebellion, die gegen Imperialismus, Revisionismus und Bürgertum gerichtet sei. Sie habe nichts zu tun mit „anarchistischer Rebellion“, die sich gegen den Sozialismus, den Marxismus-Leninismus und gegen die Mao Tse-tung-Ideen richtet¹⁸⁾. Aufgabe der MK-Mittel ist es, diesen Geist der Einheit, der Disziplin und der revolutionären Rebellion wachzurufen: Alle sollen „sich vereinigen, um noch größere Siege zu erringen“¹⁹⁾ und wie ein „Schachbrett“ für die taktischen und strategischen Züge zur Verfügung zu stehen.

Erziehung

Soweit es darum geht, etwa Erfahrungen auf landwirtschaftlichem oder schulischem Gebiet zu popularisieren und Verhaltensmuster zu vermitteln, kann von einer erziehenden Funktion der MK die Rede sein.

Eine besonders wichtige Rolle spielen hierbei in China die sogenannten „Modelle“. Da gibt es etwa den Modellbauer, den Modellkader, den Modellarbeiter. Noch aktueller sind Modellorganisationen. So hat z. B. die „Industrie von den Ta-Ch'ing-Erdölfeldern, die Landwirtschaft von der Ta-Chai-Produktionsbrigade und das ganze Land von der Volksbefreiungsarmee zu lernen“²⁰⁾. Neben diesen drei Kollektiven sind in letzter Zeit die von der berühmten Armee-Einheit-Nr. 8341 kontrollierten „sechs Fabriken und zwei Schulen von Peking“ wegen ihres vorbildlichen Klassenkampfverhaltens pausenlos in der Presse herausgestellt worden. Zum gesamt-nationalen Vorbild kann auch eine Mustersatzung werden, wie die Fünf-Punkte-Konstitution von Anshan²¹⁾. Einigen Wirbel haben auch die acht Musteropern der Mao-Gattin Chiang Ch'ing und einige Mo-

dellgemälde ausgelöst. Nicht weniger häufig werden schließlich modellhafte Handelsketten im bäuerlichen Bereich, medizinische Mustertrupps und „rote Kompanien“ herausgestrichen. Zu einem eigenen Kult schließlich ist die Verehrung gewisser „Helden“ der Volksbefreiungsarmee geworden²²⁾.

Auch „negative Modelle“ ließen sich in Fülle nachweisen. Liu Shao-ch'i etwa ist mit so vielen abzulehnenden Eigenschaften versehen worden, daß er eigentlich gar nicht mehr als physisches Wesen, sondern als Allegorie und Inbegriff des Negativen schlechthin erscheint. In diesem gerade während der Kulturrevolution besonders stark angewachsenen Arsenal von Modellen kommt die Sorge zum Ausdruck, den ohnehin mit abstrakten Allerweltsformen überfütterten Befehlsadressaten anschauliche Elemente an die Hand zu geben, die ihnen konkrete Vorstellungen von den Intentionen der Führung zu geben vermöchten. Ohnehin vermag der noch weitgehend in überkommenen Denkvorstellungen verhaftete Durchschnittschinese mit allzu abstrakt gehaltenen Anweisungen wenig anzufangen. Nicht zuletzt aber wirkt hier auch die konfuzianische Tradition weiter, deren pädagogische Bemühungen so nachhaltig vom permanenten Entwurf ethischer Vorbilder absorbiert waren, daß Strafe und Reglementierung weitgehend zurücktraten.

Information

Informationen ergehen im allgemeinen nicht im „Nachrichtenstil“²³⁾, sondern als werbende Ermahnung oder in Form einer Gewehrsalve. Gerade Lin Piao hat betont, daß der „Gewehr- und der „Schreibfederlauf“²⁴⁾ die eigentlichen Werkzeuge für die Machteroberung seien; das heißt eine Information ist nur insofern mitteilenswert, als sie Modell- oder Abschreckungsfunktionen erfüllt und insoweit sie die Massen mobilisiert. Neutrale Meldungen sind unerwünscht. (Im Einklang mit dieser Politik steht auch die Tatsache, daß seit 1960 keine Statistiken mehr veröffentlicht werden.)

Der Informationsfluß läßt sich übrigens durch Auslassungen ebenso steuern wie mit wertenden Eingriffen. Eine solche Manipulation vom Klassenstandpunkt her liegt z. B. vor, wenn die Berichterstattung über die westliche Welt nur „revolutionäre“ Aktivitäten und Unruhe-

¹⁷⁾ Peking Rundschau 1969 Nr. 1, S. 8.

¹⁸⁾ VZ vom 15. 7. 1969 und vom 6. 8. 69, ferner Kuang-Ming-Zeitung vom 13. 8. 1969.

¹⁹⁾ New China News Agency vom 10. 6. 1969, S. 11.

²⁰⁾ VZ vom 14. 8. 1966, S. 1.

²¹⁾ VZ vom 23. 3. 1970, Peking Rundschau 1970 Nr. 16, S. 3 ff.

²²⁾ Zur Heldenverehrung vgl. Mary Sheridan, The Emulation of Heroes, China Quarterly Nr. 30, S. 47 ff.

²³⁾ Vgl. dazu Emil Dovifat, Zeitungslehre, 1. Bd. Berlin 1962, S. 120.

²⁴⁾ Rote Fahne 1967 Nr. 2.

herde herausstreicht oder aber Persönlichkeiten in den Mittelpunkt stellt, die jedoch in ihrem Land nur eine Marginalrolle spielen²⁵⁾. Bei dieser prinzipiellen Selektion des Negativen muß die gesamte westliche Welt dem chinesischen Leser als brodelnder Unruheherd erscheinen, dessen kritischer Zustand fortwährend die alten leninistischen Fäulnistheorien bestätigt.

In Einzelfällen allerdings hält sich auch das chinesische MK-Wesen in gewissen Grenzen an den „Nachrichtenstil“: vor allem wenn es gilt, Erfolgsmeldungen mitzuteilen (z. B. Produktionserhöhungen in Landwirtschaft und Industrie, neue technische Erfindungen, Erdsatelliten usw.). Die bemerkenswertesten — und auch für den „China-Watcher“ dankbarsten — Informationsquellen sind jedoch die sogenannten „Untersuchungsberichte“, die das Ergebnis einer Art Feldforschung sind und deshalb nüchternes Tatsachenmaterial zum Zwecke des „Erfahrungsaustauschs“ ausbreiten. Die wohl berühmteste Arbeit dieser Art ist Maos „Untersuchungs-Bericht über die Bauernbewegung in Hunan“ vom März 1927.

Kritik und Selbstkritik

Kritik und Selbstkritik spielen sich meist in den eigens dazu etablierten „Versammlungen zur Kritik und Verurteilung“, in „Mao Tse-tung-Studienkursen“ sowie überhaupt in allen Kampfversammlungen ab. Eine nicht unerhebliche Rolle in diesem Zusammenhang spielen Briefe und Sprechstunden.

In den fünfziger Jahren kamen Briefe vor allem in den Zeitungen groß heraus. Dies hat sich im Laufe der Zeit geändert. Seit der Kulturrevolution sind es vor allem die Revolutionskomitees, denen das Korrespondenzwesen aufgebürdet wurde. Vor allem die „Massenvertreter“ in den nach dem Dreier-Allianz-Prinzip aufgebauten Revolutionskomitees werden für Sprechstunden eingeteilt, beraten Hilfesuchende und beantworten Leserbriefe. Vom rein Quantitativen her scheint dies eine Sisyphusarbeit zu sein. Das RK der Provinz Kiangsu erhielt vom November 1967 bis Mitte März 1968 beispielsweise nicht weniger als 12 500 Briefe, wovon es bis Anfang April angeblich 95 % beantworten konnte. Ich gleichen Zeitraum gab es Audienzen für 9000 Besucher. Selbst wenn man unterstellt, daß diese Zahlen etwas überhöht sind, ist die vom RK geleistete Öffentlichkeitsarbeit staunenswert. Dieser Arbeitsaufwand läßt sich nicht zuletzt damit er-

klären, daß die Politik der Massenlinie es gebietet, keine Fragen aus dem Volk unbeantwortet zu lassen. Auf diese Weise werden die „Empfangsstationen für die Massen“ zu einer Art Umschlagplatz für Fragen, Antworten und gegenseitige Anregungen²⁶⁾.

Kontrolle

Daß mit den MK-Mitteln auch eine Kontrollfunktion verbunden ist, wird nicht weiter verwundern, wenn man bedenkt, daß Kontrolle nicht — wie in der Sowjetunion — durch einen institutionalisierten Überwachungsapparat ausgeübt wird („äußere Kontrolle“), sondern durch Methoden „innerer Kontrolle“²⁷⁾, die ganz an organisationsimmanente Selbstreinigungselemente anknüpft.

Kritik und Selbstkritik, Plakat- und Briefaktionen, Kampfversammlungen und intensive Kleingruppenarbeit sollen — ganz im Sinne der bürokratiefeindlichen Massenlinie — die Institution eines speziellen Kontrollapparates überflüssig machen und an seine Stelle eine Art prophylaktischer Kontrolle durch permanente Indoktrination setzen. Demzufolge kommt es weniger darauf an, das *äußere* Handeln mit dem Scheinwerfer der Kontrolle abzutasten, als vielmehr den *inneren* Menschen zurechtzurücken und ihn in seinem politischen Denken zu bestimmen. Auch insofern kommt also der Massenkommunikation eine übertragende Funktion zu.

3. Kontrolle der Massenkommunikationsmittel

„*Äußere*“ Kontrolle: Vor der Kulturrevolution unterstanden sämtliche propagandistischen Äußerungen der Parteikontrolle, die mit einem Netz von Propagandastellen das Land überzog. Die Endfäden dieses Netzes liefen bei der Propagandaabteilung des ZK zusammen, das vor allem über drei Kanäle arbeitete²⁸⁾: über die Propagandaabteilungen, die den Parteiaus-schüssen auf sämtlichen Ebenen zugeordnet waren, über die politischen Departments in den Streitkräften sowie in den Verwaltungsapparaten und über die Massenorganisationen.

Die zentrale Parteistelle übte nicht nur Kontrolle aus, sondern erarbeitete auch Handbücher sowie periodisch erscheinende Propa-

²⁶⁾ Dazu vgl. Oskar Weggel, Die chinesischen Revolutionskomitees, Hamburg 1968, Bd. 25 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, S. 32 f. mit Nachweisen.

²⁷⁾ Zu den beiden Kontrollbegriffen vgl. Schurman, a. a. O., S. 313 u. 339 ff.

²⁸⁾ Vgl. hierzu Frederick T. C. Yu, Mass Persuasion in Communist China, London and Dunmow 1964, S. 70.

²⁵⁾ Bemerkenswert sind z. B. die zahlreichen Berichte über die kommunistischen Führer von Australien und Neuseeland Hill und Wilcox.

gandaschriften und übernahm seit 1951 überdies auch noch die Führung eines nach ZK-Richtlinien aufgebauten institutionalisierten „Propagandanezwerkes“.

Die Kulturrevolution brachte dieses System an den Rand des Zusammenbruchs. Sämtliche mit Kultur und Propaganda befaßten Zentralorgane²⁹⁾ kamen nach gründlicher Säuberung unter die direkte Leitung der am 16. Mai 1966 gebildeten „Kulturrevolutionsgruppe beim ZK“, die eine Neugliederung in drei Abteilungen (Propaganda und Publizistik; Kunst und Film; Erziehung) vornahm³⁰⁾. Die Sektion für Propaganda existiert freilich — gleich den anderen neu geschaffenen Organen — nur noch dem Namen nach, seitdem die ZK-Kulturrevolutionsgruppe personell bis auf wenige Mitglieder zusammengeschmolzen ist. So kommt es, daß die Kontrolle über Massenkommunikationsmittel aller Art „dezentralisiert“ wurde und nun fast ganz auf die Revolutionskomitees der verschiedenen Ebenen übergegangen ist, die ja in der Regel mit einer „Politischen Abteilung“ ausgestattet und für die „öffentliche Meinung verantwortlich sind.

Auch die im August 1968 neu geschaffenen Arbeiter-Propagandatrupps treten als eine Art Kontrollorgan auf. Mit dem Wiederaufbau der Neo-KPCh wird vermutlich auf lange Sicht der Status quo ante wiederhergestellt.

„Innere“ Kontrolle: Wichtiger freilich als diese „äußere“ Kontrolle der Kommunikationsmittel ist die „innere“ Kontrolle der Journalisten durch permanente Erziehung und Indoktrination, wie sie seit dem 8. Parteitag (1956) in sämtlichen Bereichen des Überbaus üblich geworden ist. Kritik und Selbstkritik, Mao Tse-tung-Studienkurse, intensive Kleingruppenarbeit, vor allem aber „Hinunterschicken“ zur Mitarbeit in Industrie und Landwirtschaft gelten als die besten Mittel, um eine richtige ideologische Ausrichtung zu gewährleisten und die Verbindung mit den Massen wiederherzustellen.

Die Kulturrevolution hat Tendenzen dieser Art noch verstärkt, vor allem, nachdem Zeitungen (und Rundfunkstationen) direkt den örtlichen Revolutionskomitees unterstellt und mehr Bauern, Arbeiter und Soldaten in die Redaktionen hinein verpflichtet wurden.

II. Die einzelnen Massenkommunikationsmittel

1. Herkömmliche MK-Mittel

Die Agentur „Neues China“ (Hsinhua)

Die Agentur Hsinhua ist das Nadelöhr, durch das die Informationen zu laufen haben, ehe sie offiziellen Charakter annehmen. Zugleich bildet ihr Korrespondentennetz den einzigen Kanal, über den Nachrichten von der Außenwelt durch den Bambusvorhang gelangen können. Da seit 1950 praktisch sämtliche Informationen über die Agentur laufen, ist „Neues China“ die erste Schaltstelle in der Bewußtseinsindustrie Chinas. Mit gutem Recht läßt sie sich deshalb als „Auge, Ohr und Mund“ der Volksrepublik bezeichnen.

Hsinhua ist eine regierungseigene Organisation, die dem Staatsrat direkt unterstellt ist und gleichzeitig der zentralen Parteikontrolle unterworfen ist. Sie unterhält in der Volksrepublik China selbst etwa 30 Unterbüros und hat ihre Auslandskorrespondenten in rund 50 Ländern etabliert, u. a. in der Bundesrepublik. Da die Agentur nicht nur Nachrichten umschlägt, sondern gleichzeitig als eine Art

„Intelligence Service“ sowie als Verbindungsglied zu linksgerichteten Gruppen in anderen Ländern fungiert, kamen verschiedene Hsinhua-Büros bereits in Konflikt mit ihren Gastländern. Einzelne Agenturen mußten geschlossen werden, verschiedene Korrespondenten wurden ausgewiesen.

Presse

Chinas Presse läßt sich hierarchisch gliedern in überregionale Zeitungen, Provinzzeitungen, städtische Zeitungen und Kreiszeitungen. Neuerdings ist das „Kurzkritik“-Journal hinzugekommen, das eine Art Betriebszeitung vor allem im ländlichen Bereich verkörpert.

— Die überregionale Presse:

Bis zur Kulturrevolution war die überregionale Presse durch eine Anzahl maßgebender Blätter vertreten, die zumeist funktional orientiert waren. So hatten z. B. die Arbeiterschaft („Arbeiterzeitung“), die Intelligenz (Kuang-ming-Zeitung), die Armee („Zeitung der Volksbefreiungsarmee“), die Jugend („Jugendzeitung“) und die nationale „Bourgeoisie“ (Takung-Zeitung) jeweils ihr eigenes Blatt. Auch die Bauern erhielten in der Nan-fang-Zeitung (= „südliche Zeitung“), die unsprünglich nur als Lokalzeitung in der Provinz Kuangtung

²⁹⁾ Kultusministerium, ZK-Propaganda-Abteilung, Ministerium für Erziehung, Hsinhua-Agentur.

³⁰⁾ Vgl. dazu „Communist China 1967 II“, Hong Kong 1968, S. 156 mit Nachweisen.

verbreitet war, nach und nach ihr spezifisches, überregionales Presseorgan. Die alles übertragende Zeitung aber, die an sämtliche Schichten der Bevölkerung adressiert war und auch — neben der Kuang-ming-Zeitung — regelmäßig über den Bambusvorhang hinaus die offizielle Stimme Pekings verkörperte, war die Volkszeitung. Was dies Blatt brachte war Gesetz, zumal es nicht nur, wie die Prawda in der Sowjetunion, die Partei vertrat, sondern obendrein als Sprachrohr der Zentralregierung diente, also sozusagen auch noch die Funktion der Istwestija wahrnahm.

— Provinzpresse und städtisches Zeitungswesen:

China besteht aus 29 Provinzen bzw. provinziellen Einheiten (21 Provinzen, 5 autonome Regionen, 3 unmittelbar unterstellte Städte). Jede dieser Einheiten besitzt ihr eigenes Presseorgan. Im großen und ganzen ist die Provinzpresse lediglich ein Echo der Volkszeitung. Die Lokalzeitungen fungieren damit sozusagen als „Volkszeitung“ ihrer jeweiligen Region.

Am Verteilungsbild der Provinzzeitungen hat sich äußerlich durch die Kulturrevolution nicht viel geändert. Die meisten Redaktionen mußten allerdings „Besetzungen“ über sich ergehen lassen, Machtkämpfe ausfechten, führende Mitglieder absetzen, ein Revolutionskomitee aufbauen und — in wenigen Fällen — den Namen ihres Presseorgans ändern. Anders war das Bild bei den städtischen Zeitungen, die erhebliche Einbußen hinnehmen mußten.

Von diesen fest institutionalisierten Lokalzeitungen abgesehen, hat das chinesische Pressewesen durch die Kulturrevolution jedoch schwere Schäden erlitten: Waren beim Postamt der Stadt Peking im Jahre 1966 noch 648 Zeitungen und Zeitschriften verzeichnet, so sank die Zahl 1967 auf 132 und 1968 auf 58. Vor allem das Zeitschriftenwesen hatte zu leiden: Kein Wunder, denn es war ganz urban orientiert und für das Landvolk praktisch ohne Bedeutung.

— Die Kreispresse

Von den 2003 Kreisen der VRCh hatten vor der Kulturrevolution nahezu alle ihr eigenes, den lokalen Gegebenheiten angepaßtes Blatt. Über das Schicksal dieser „ländlichen“ Presse während der Kulturrevolution läßt sich wenig ausmachen. Im großen und ganzen dürfte sie genauso untergegangen sein wie die zahllosen Parteiausschüsse auf unterster Ebene. Allgemein beginnt sich heute ein neues Bild abzuzeichnen, das vom „Volksjournalismus“ geprägt ist, also von jenen „Arbeiter-, Bauern-

und Soldatenkorrespondenten“ bestimmt wird, die ihre Schreibearbeit nicht nach Art der „bourgeois“ Intellektuellen „hauptberuflich“ betreiben, sondern nebenher in ihrer Freizeit erledigen. Die journalistische Arbeit spielt sich nun nicht mehr nur auf Kreisebene ab, sondern wurde noch weiter dezentralisiert und zu den Volkskommunen und Produktionsbrigaden „hinuntergeschickt“.

Dies entspricht ganz maoistischen Vorstellungen; denn nach der von den Kommunisten propagierten „Massenlinie“ sind die Massenmedien ja für das Volk da und müssen deshalb auch volksnah gestaltet werden.

— Kurzkomentare:

Das Schlüsselwort für die neue Methode des Volksjournalismus heißt „Kurzkritik“: Konkrete Fälle werden an Ort und Stelle aufgegriffen und in volksnaher Diktion ohne großen Zeitverlust zur Diskussion gestellt. Journalisten können sich von nun an nicht mehr „hinter Polstertüren verschanzen“; vielmehr haben sie „frische Luft zu schöpfen“, bei den Massen „in die Lehre zu gehen“, „die Ärmel hochzukrempeln“ und turnusweise an der Massenarbeit teilzunehmen³¹⁾. Massenkommunikation wird, in diesem Sinne aufgefaßt, zu einer grundlegenden Führungsmethode: „Die Meinungen der Massen sammeln und konzentrieren, sie wieder in die Massen tragen, damit sie konsequent verwirklicht werden — das ist eine grundlegende Führungsmethode!“³²⁾

Die chinesischen Kommunisten haben aber nicht nur vom Schreiben, sondern auch vom Lesen einer Zeitung genaue Vorstellungen. Sie wissen, daß Zeitungen ohne präzise „reading patterns“ Makulatur blieben. War doch die Lektüre sino-kommunistischer Zeitungen noch nie ein angenehmes Geschäft. Keine Unterhaltung, kein Roman, natürlich auch keine anekdotische Plauderei, keine Reklame, nicht einmal Sport lockert die spröde Materie auf. Was Fernand Gigon über die Volkszeitung bemerkt, gilt eigentlich für die gesamte chinesische Presse: „Nirgendwo ein Lächeln, nirgends eine Spur gelöster Heiterkeit in ihren Spalten . . .“³³⁾. Hinzu kommt die Länge der Artikel, die keine Rücksicht auf den Leser nimmt. Jede Erwägung, sei sie auch noch so nebensächlich, wird angeführt, um den Gedanken-

³¹⁾ Vgl. hierzu Peking Rundschau 1968 Nr. 37, S. 30, und Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke Bd. IV, S. 259, 267, 260.

³²⁾ Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, a. a. O., S. 152.

³³⁾ Heinz Dietrich Fischer, Die großen Zeitungen, Porträts der Weltpresse, München 1966, S. 229.

gang des Schreibers bis zur letzten Verästelung freizulegen. Daher sind Reden und Dokumente auch meist in ihrer ganzen Länge abgedruckt.

Um die Ermüdungserscheinungen einzudämmen, die bei ständiger Konfrontation mit so asketisch strengen Lesestoffen zu Abwehrlösungen führen könnten, hat die chinesische Führung eine weitverzweigte Volkskorrespondentenbewegung organisiert, die dafür sorgen sollte, daß die Zeitungen nicht nur gelesen, sondern „eingatmet“ würden³⁴⁾. Seit 1952 wuchsen Zehntausende von „Zeitungslesegruppen“ aus dem Boden, die für fixierte Lesestunden sorgten und Analphabeten gegenüber als „Zeitungserzähler“ auftraten. Seit der Kulturrevolution haben diese Gruppen weitgehend den „Mao Tse-tung-Studienklassen“ weichen müssen. Daneben gibt es noch ein ganzes Mosaik von weiteren Organisationen, die für eine angemessene Institutionalisierung der Lesebereitschaft zu sorgen haben, wie z. B. „reisende Diskussionsgruppen“, „Berichtsgruppen“ und „Erzählergruppen“.

Die militante und klassenkämpferische Aufgabenstellung der Presse wurde vor allem während der Kulturrevolution deutlich. Nach § 11 des grundlegenden „16-Punkte-Beschlusses“ vom 8. August 1966 hat die Presse vor allem die „reaktionären Ansichten ... von Vertretern der Bourgeoise ... in Philosophie, in Geschichte, in politischer Ökonomie und im Erziehungswesen, in Literatur und Kunstwerken usw. zu kritisieren ... und diese Kritik mit der Verbreitung ... der Lehre Mao Tse-tungs zu verknüpfen“. — Da zahlreiche Zeitungen diesen Anforderungen nicht genügten, mußten sie ihren Betrieb einstellen. Die meisten Redaktionen kamen überdies unter Militärkontrolle und erhielten später ihre Revolutionskomitees, die wiederum mit Vertretern der Streitkräfte durchsetzt waren.

Sogar die zwei wichtigsten Presseorgane der Volksrepublik China, die Pekinger Volkszeitung und die Rote Fahne, gerieten in den Sog dieser Ereignisse. Kein Wunder, denn beide Organe hatten ja lange Zeit unter dem direkten Einfluß von Gegnern Maos gestanden und kamen als Sprachrohre für die Kulturrevolution deshalb nicht in Betracht. Der Parteivorsitzende hatte sich an ihrer Stelle der Shanghaier Wen-hui-Zeitung sowie der Armee-Zeitung versichert, die der Volkszeitung, dem großen Schrittmacher seit 18 Jahren, von nun

an (Mai 1966) das Nachsehen gaben³⁵⁾ und sie zur Neuorganisation ihres Stabes zwangen.

Die Volkszeitung hat sich von diesem Schlag nie ganz erholt. Immer mehr ging die Volkszeitung dazu über, Artikel aus anderen Blättern, insbesondere aus der Armee-Zeitung, nachzudrucken. Von Juli 1965 bis Juli 1968 übernahm sie z. B. 368 Leitartikel, davon allein 124 aus der Armee-Zeitung. Daneben publizierte sie zusammen mit der Armee-Zeitung und der Roten Fahne 19 Artikel. Im übrigen beschränkte sie sich auf Spezialabhandlungen, Untersuchungsberichte u. dgl. Diese Bilanz zeigt deutlich, daß die Armee-Zeitung im Pressewesen Chinas immer mehr zur grauen Eminenz, die Volkszeitung dagegen zu einem Papiertiger wurde.

Ein noch merkwürdigeres Schicksal als die Volkszeitung hatte die halbmonatlich erscheinende Rote Fahne, die — ganz ohne Bilder und in asketisch strenger Gedankenführung — seit 1958 so etwas wie den ideologischen Gralshüter des ZK der KPCh spielen konnte. Da die Rote Fahne zu einem Repräsentanten der Linksradiكالen wurde und in ihren Attacken gegen die Armee-Führung zu weit ging, hatte sie im November 1967 ihr Erscheinen einzustellen. Als wäre nichts geschehen, erschien sie jedoch sieben Monate später wieder mit dem schlichten Aufdruck „1968, 1. Ausgabe“ und kommt seitdem alle ein bis zwei Monate heraus. Nur noch selten bringt die Rote Fahne freilich eigene Leitartikel. Dagegen ist sie so etwas wie der Fackelträger auf dem Gebiet des Opern- und Literaturschaffens geworden. Diese Aktivitäten tragen die Handschrift Chiang Ch'ings, der Ehefrau Mao Tse-tungs.

Gerieten schon so angesehene Organe wie die Volkszeitung und die Rote Fahne an den Rand einer Katastrophe, so waren es erst recht fachlich-professionell ausgerichtete Blätter, die der kulturrevolutionären Kritik („Politik vor Expertentum“) weichen mußten. Zeitschriften philosophischen, medizinischen oder juristischen Inhalts hatten ihr Erscheinen einzustellen.

An überregionalen Zeitungen sind heute nur noch vier zu nennen: die Volkszeitung, die Armee-Zeitung, die Kuang-Ming-Zeitung und die vom Shanghaier Lokalblatt zu einem überall gelesenen Organ aufgerückte Wen-hui-Zeitung. Die Funktionalzeitungen haben, soweit sie noch existieren, aufgehört, spezifischen Lesergruppen zu dienen. Der Egalisie-

³⁴⁾ Vgl. dazu Hansjürgen Koschwitz, Die kommunistische Presse Chinas, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1970 Nr. 2, S. 100.

³⁵⁾ Vgl. zum ganzen Komplex Chang Man, The People's Daily and the Red Flag Magazine during the Cultural Revolution, Hong Kong URS 1969.

rungsprozeß hat somit auch im Pressewesen um sich gegriffen. Diese Tendenz entspricht der Forderung, daß politische Gesinnung wichtiger ist als fachliches Können. Nicht der Experte oder Vertreter einer speziellen Gesellschaftsschicht wird also angesprochen, sondern das Volk als politisch-ideologische Einheit.

Die Provinzpresse blieb demgegenüber im wesentlichen erhalten. Nur die Stadtzeitungen, vor allem die von Peking und Kanton, erlitten stärkere Einbrüche, während die linke Presse Shanghais aus den revolutionären Ereignissen gestärkt hervorging.

Besonders kräftig begann die Presse unterhalb der Kreisebene zu florieren. Hier entstanden die vielleicht zukunftsträchtigsten Ansätze eines neuen Kommunikationswesens.

Alles in allem wurde der Kopf zugunsten der Füße verkleinert. Die von der Kulturrevolution ausgehenden Impulse zu einer nachdrücklichen *Dezentralisierung* und *Entstaatlichung* aller Funktionen hat sich also auch im Pressewesen ausgewirkt. Zu welchem Ziel die Zeitungsrevolution führen soll, wurde in einem Artikel der Volkszeitung mit dem Titel „Führt die Große Proletarische Kulturrevolution an der journalistischen Front bis zu ihrem Ende durch!“ prägnant zusammengefaßt³⁶⁾. Die Träger des „roten Journalismus“ sollen danach für die Veränderung der chinesischen Gesellschaft im Sinne der Mao Tse-tung-Ideen eintreten, reaktionäre Erscheinungen kritisieren, die Massen mobilisieren und unermüdlich kämpfen. Der „Gewehrlauf“ und der „Lauf der Feder“ sind nur verschiedene Aspekte einer Kampftätigkeit. Ganz auf dieser Linie liegt das Postulat extremer Parteilichkeit: Was das Volk haßt, ist als hassenswert zu interpretieren, und was es liebt, als positiv herauszuarbeiten. Eine objektive Berichterstattung, die über den Klassen steht, gibt es nicht. Jede Journalistik hat eine Klassenfunktion und dient in klassenbezogener Weise der „Politik“.

Rundfunk

Anders als in der Sowjetunion, wo das Pressewesen vorherrscht, steht in China unter den formalen Kommunikationsmedien der Rundfunk an erster Stelle. Angesichts verschiedener chinesischer Besonderheiten ist diese Entwicklung nicht weiter verwunderlich: Zahlreiche Dörfer im Hinterland sind immer noch vom Verkehr abgeschnitten und können deshalb nicht ausreichend mit Zeitungen beliefert werden. Neben diesen geographischen Hindernissen gibt es auch noch die Barriere des An-

alphabetismus. Hinzu kommt das Minoritätenproblem: 50—60 % des chinesischen Staatsgebietes werden von nicht weniger als 60 Minderheitenvölkern besiedelt, die immerhin 40 Millionen Menschen ausmachen und in ein buntes Mosaik verschiedenster Sprachen und Dialekte aufgesplittert sind. Viele von ihnen wohnen obendrein in so kritischen Grenzgebieten wie Sinkiang, Tibet und der Inneren Mongolei — also im Sendebereich feindlicher Staaten —, und müssen schon deshalb durch chinesische Gegenpropaganda besonders nachhaltig beeinflusst werden.

Welchen Zwecken der Rundfunk zu dienen hat, läßt sich — besser als mit Worten — durch Wiedergabe des Ersten und Zweiten Sommerprogramms der Rundfunksendungen im Jahre 1968 illustrieren [vgl. Anhang³⁷⁾].

Dient der Rundfunk — wie sich der Programmaufstellung entnehmen läßt — als Erziehungsinstrument für die Massen und als bedeutende Waffe im Klassenkampf³⁸⁾, so ist es nur konsequent, wenn mit dem Programm auch der spürbare Zwang einhergeht, daran teilzunehmen. Sogenannte „Radio-Massenversammlungen“ und Diskussionen über den Sendehalt sind nach wie vor an der Tagesordnung. „Kommunikationsgruppen“ und „Rundfunkhörergruppen“ sind überdies ein probates Mittel, um herauszufinden, ob die Aufmerksamkeit der Hörer den Erwartungen entsprochen hat.

Die Funkhoheit liegt, wie nicht anders zu erwarten ist, beim Staat bzw. bei der Partei. Organisatorisch wird die Aufsicht über die „Rundfunkfront“ von einem der 22 „Ämter“ des Staatsrats wahrgenommen, nämlich dem „Amt für Rundfunkangelegenheiten“, dem der „Zentrale Volksrundfunk“ direkt unterstellt ist. Das Inlandsprogramm wurde bis zur Kulturrevolution von 28 Provinzsendern und 113 städtischen Sendern übernommen und teils direkt weiter ausgestrahlt, teils durch lokale Meldungen ergänzt.

Die Kulturrevolution hat einschneidende Änderungen mit sich gebracht: Im Zuge der allgemeinen Dezentralisierung nahm die Zahl der Sendeanstalten lawinenartig zu. Sogar Kreise und Volkskommunen unterhalten nun eigene „Rundfunkstationen“, die zum größten Teil das Pekinger Programm wörtlich übernehmen, manchmal jedoch auch den ursprünglichen Sendetext „dezentralisieren“ und ihn

³⁶⁾ VZ 1. 9. 1968.

³⁷⁾ VZ 20. 5. 1968. Zum Sommer- und Herbstprogramm für das Jahr 1970 vgl. Summary of World Broadcasts, Part III, The Far East, Reading, England, hrsg. von BBC London Nr. 3371 C 2, S. 1, und Nr. 3230 C.

³⁸⁾ VZ 9. 12. 1965.

durch lokale Berichte über Wetter und exemplarische Arbeitsleistungen anreichern. Auch hat sich das Rundfunkdrahtnetz besonders stark ausgedehnt. Gegenüber dem drahtlosen Rundfunk hat der Lautsprecherbetrieb den Vorteil, daß er billiger ist und daß überdies keine Feindsender abgehört werden können. Außerdem wird auf diese Weise das kollektive Radiohören gefördert. Alle diese Verbesserungen fallen den lokalen Einheiten zur Last, die im Wege der Massenmobilisierung „barfüßige Techniker“ auszubilden und die nötigen Geldmittel selbst aufzubringen haben.

2. Spezifisch „chinesische“ Massenkommunikationsinstrumente

Wandzeitungen:

Wandzeitungen (ta-tzu-pao) sind seit langem, vor allem aber seit Beginn der Kulturrevolution, ein ungewöhnlich brauchbares Werkzeug im Kampf um die öffentliche Meinung. Jeder einigermaßen couragierte und mit ein paar Schriftzeichen vertraute Aktivist kann sich ihrer bedienen, zumal sie billig sind und ihre Grenze eigentlich nur vor Papier- und Tusche-Engpässen finden. Wandzeitungen wirken zupackend frisch und heben sich angenehm von dem ermüdenden und sattsam bekannten Einerlei der offiziösen Zeitungen ab. Sie beschränken sich im allgemeinen auf ein spezifisches, leicht überschaubares Problem und sprechen den Gegner mit einer Unzweideutigkeit an, die für eine Zeitung mit unüberschaubarem Leserkreis sich ganz von selbst verbietet. Da die Angriffe so direkt sind und die Dinge beim Namen nennen, kann der Angegriffene schwerlich auf eine Stellungnahme verzichten.

Ein einheitlicher Stil hat sich für die Wandzeitungen trotz ausgiebigen Gebrauchs nicht eingebürgert. Manche ta-tzu-pao sind so flüchtig, daß sie ganze Hauswände überziehen; andere wiederum begnügen sich mit ein paar bescheidenen Zeichen auf Buchformat. Alle aber enthalten sie Schlagworte, satirische Glossen, Anklagen, Hochrufe auf Mao, Wiedergaben von Dokumenten, Verhandlungsprotokolle, Karikaturen und Gedichte.

Die Plakate sind meist weniger langlebig als die Ambitionen ihrer Schreiber. Oft wird ein Plakat vom Wind weggerissen, vom Regen ausgewaschen oder schon wenige Minuten nach seinem Erscheinen durch einen „Gegenschriftsatz“ überklebt. Der Leser hat sich daher mit der Lektüre zu beeilen, so daß sich oft Menschentrauben vor einem neuen Plakat bilden.

Zweifellos vermag ein solcher „Krieg der Worte“ die Aufmerksamkeit des Lesers wachzuhalten und so am besten dem alten maoistischen Grundsatz zu dienen, daß man „den Massen vertrauen, sich auf sie stützen und sie aufwecken soll“.

Zu Beginn der Kulturrevolution verwandelten sich die Städte in riesige Papiermontagen. Pinsel und Farbe änderten das Antlitz der Nation. Löwenfiguren, Straßenlaternen, Pfosten und Straßenbäume mußten als Plakatsäulen erhalten. Manchmal lagen die „Wandzeitungen“ mit ein paar Steinen beschwert auch auf dem Straßenpflaster³⁹⁾. Wo kein Platz mehr blieb, flatterten die ta-tzu-pao, wie Wäsche zum Trocknen, an Leinen und Schnüren. Viel schmutzige Wäsche wurde dabei, um im Bild zu bleiben, vor der Öffentlichkeit gewaschen. Plakate enthüllten u. a. Einzelheiten aus dem Parteileben, die bis dahin unter einer Glocke strenger Geheimhaltung verborgen gewesen waren. Sie griffen die Korruptheit von Parteifunktionären auf und arteten zuweilen zu Werkzeugen handfester Sykophantie aus.

Lange Zeit waren zu Beginn der Kulturrevolution wichtige politische Informationen nur durch das Medium der Wandzeitungen zu erfahren. Die Säuberung des früheren Bürgermeisters von Peking, P'eng Chen, und die Selbstkritik des Präsidenten Liu Shao-ch'i wurden beispielsweise auf dem Wege über ta-tzu-pao bekannt.

Diese ganz im Zeichen des „Bürgerkriegs“ stehende Methode des Plakatierens mußte der Regierung vor allem deshalb besonders willkommen sein, weil sie ganz der „Massenlinie“ entspricht, die auf spontane Äußerungen der Volksmeinung Wert legt. Überdies sorgten gerade die Wandzeitungen dafür, daß der Eindruck entstehen konnte, die Säuberungen des Regimes seien nur eine Antwort auf die Forderung der Massen. Nicht ganz zu Unrecht vergleicht ein Parteifunktionär die Wirkungen der Wandzeitungen mit denen der Artillerie: „Dufeuerst ein oder zwei Salven ab, und die Probleme kommen zum Vorschein. Dann zerlegst Du, was da auftaucht, und Du hast alle Nachrichten, die Du brauchst.“⁴⁰⁾

Die „kleinen Zeitungen“:

Neben den Wandzeitungen machten sich während der Kulturrevolution besonders die Rot-

³⁹⁾ Vgl. dazu Tadashi Nogami, Significance of Wall Papers Astounds World Journalism, in: The Enigma of China, Tokyo 1967, S. 17 f., ferner Current Scene 1967 Nr. 9.

⁴⁰⁾ Zitiert nach Current Scene, a. a. O., S. 4.

gardisten-Zeitungen — auch „kleine Zeitungen“ (hsiao pao) genannt — bemerkbar, die nur Pfennige kosteten und die darauf abzielten, Mao Tse-tungs Gedanken zu verbreiten sowie über das Tun und Treiben der Rotgardisten zu berichten.

Diese inoffiziellen „kleinen Zeitungen“, die seit Anfang September 1966 als Nachfolger der amtlichen „Chinesischen Jugendzeitung“ erschienen, waren teils gedruckt, teils hektographiert; einige hielten auf Originalität, andere lebten vom Plagiat. Ihnen allen aber war eine frische unkonventionelle Art eigen, die sich von der trockenen Schreibweise der etablierten Presse genau so unterschied, wie etwa eine Wandzeitung vom Stil administrativer Weisungen.

Während der Zeitungsvertrieb sonst über die Post erfolgte, wurden die „kleinen Zeitungen“ von den Rotgardisten selbst auf der Straße verteilt oder von einem durchfahrenden LKW herunter ausgestreut. Die hsiao-pao brachten neues Leben in den grauen Blätterwald der offiziellen Zeitungen, freilich nicht für lange Zeit. Ihre Zahl schrumpfte nach einem beinahe inflationären Beginn in dem Maße, wie die Rotgardisten verschwanden. Vor allem im Herbst 1968 setzte ein großes Zeitungssterben die eigentliche Zäsur.

Kampfversammlungen:

Das schriftliche Gefecht der Wandzeitungen findet sein mündliches Gegenstück in den „Versammlungen zur Kritik und Verurteilung“, deren Kurswert während der Kulturrevolution wieder hoch nach oben geschneit ist. Der äußere Rahmen solcher Versammlungen ist ziemlich elastisch, umfaßt er doch nicht nur kleine fabrik- und schulinterne Gruppen, sondern manchmal riesige Massen von bis zu 1^{1/2} Millionen Menschen ⁴¹⁾.

Die Technik der Kampfversammlungen hat eine lange Geschichte und läßt sich bis auf den berühmten Bericht Maos über die Bauernaufstände in Hunan (1927) zurückführen. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme schildert er dort die Methoden, mit denen aufgebrachte Bauern die Grundherren demütigten und sie zu den gewünschten Konzessionen zwangen. Vielleicht sind es diese Erlebnisse, die Mao zu dem Schluß kommen ließen, seine Gegner nicht — wie Stalin — physisch zu liquidieren, sondern sie durch eine Strategie des Gesichtsverlustes umzuerziehen. Voraussetzung für ein

solches Unternehmen war freilich starkes Vertrauen auf die Massen und die Kontrollierbarkeit emotional getragener Massenaktionen. Hier nun lag die eigentliche Stärke Maos: Kaum ein Staatsmann Chinas hatte es bisher gewagt, die bäuerliche Bevölkerung aus ihrer politischen Apathie herauszulocken. Die Angst vor unkontrollierbaren Emotionen war stets größer gewesen als der Wunsch, sich mit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zusammenzutun.

An *Angriffszielen* ist kein Mangel. Kampfversammlungen können sich gegen eine bestimmte Person oder zusammengefaßte Personengruppen, gegen eine Personifizierung (Liu Shao-ch'i und Chruschtschow als Allegorisierungen alles Ablehnenswerten) oder gegen gewisse Erscheinungen im politischen Leben richten (z. B. Korruption, Rassendiskriminierung usw.), die bisweilen höchst abstrakter Natur sein können (z. B. Kampf gegen eine bestimmte „revisionistische Linie“).

Ganz allgemein gesprochen verlaufen Kampfversammlungen in vier Etappen (Vorbereitung, Mobilisierung der Massen, Durchführung, Zusammenfassung).

a) Zuständig für die *Vorbereitung* und den Ablauf einer Kampfversammlung ist das Partei- bzw. das Revolutionskomitee der betreffenden Einheit — einer Schule, einer Fabrik, einer Volkskommune oder eines Verwaltungsorgans. Der zuständigen Behörde obliegt es insbesondere, den Kundgebungsplan auszuarbeiten, der nach einem komplizierten Genehmigungsverfahren an die Parteiausschüsse bzw. Revolutionskomitees der Provinzen versandt wird.

Soll eine Massenkampagne im gesamt-nationalen Rahmen ablaufen, so übernimmt Peking die Regie. Für die nähere organisatorische Zuständigkeit kommt es auf die Natur der geplanten Massenversammlung an. Soll beispielsweise der Kampf gegen kriminelle Delikte aufgenommen werden, so ist hauptsächlich das Sicherheitsministerium federführend. Gilt es dagegen eine außenpolitische Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne zu beeinflussen und zu unterstützen, so rückt das Außenministerium in den Vordergrund — allerdings nur insoweit, als die geplante Versammlung den Resonanzboden für Akte der klassischen Diplomatie abgeben soll (z. B. beim Empfang eines fremden Staatsoberhauptes). Will sich Peking dagegen nicht der konventionellen diplomatischen Kanäle bedienen, sondern „Diplomatie von Volk zu Volk“ betreiben, so übernimmt das ZK, also eine Parteiorganisation, die Durchführung. Ist eine Sym-

⁴¹⁾ Z. B. die Rotgardistenversammlungen am „Tor des Himmlischen Friedens“ in Peking im August 1966.

pathiekundgebung, z. B. für die streikenden Arbeiter in Frankreich, oder eine Veranstaltung gegen die Diskriminierung der Farbigen in den USA erwünscht, so läuft die Parteiorganisationsmaschine an, während die Regierungsorgane sozusagen „zur Seite blicken“.

b) *Mobilisierung*: Sobald die Kundgebungspläne verteilt sind, beginnen die lokalen Parteiorganisationen bzw. Revolutionskomitees mit der Einladung der Gäste. Rechtzeitig fordern sie über die verschiedenen Massenorganisationen eine bestimmte Anzahl von Personen an. Oft genügt ein bloßer Telefonanruf. Die „Aktivisten“, „Arbeiter-Propagandatrups“ und andere Propagandisten, die für die Ausrichtung der Kampagne verantwortlich sind, beginnen gleichzeitig mit einem gründlichen Vorbereitungskurs.

Die Aufgabe der Aktivisten ist es vor allem, das Versammlungsthema so weit zu aktualisieren, daß eine gewisse Spannung gesichert ist. Besondere Schulungskurse, bei denen jeder Teilnehmer wenigstens einmal zu Wort kommt und durch die Verbalisierung „seiner“ Meinung „seinen“ Standpunkt fixiert, vermögen diesem Zweck zu dienen. Leserbriefaktionen, Wandzeitungen und Aufrufe runden diese Vorbereitungstätigkeit ab.

c) *Durchführung*: Bei Großveranstaltungen ist vor allem der fast uhrwerkartige Verlauf des Kundgebungsmechanismus bemerkenswert. Der Aufmarsch riesiger Menschenmassen erfordert planerische Millimeterarbeit. Ein Kundgebungsleiter eröffnet die Versammlung mit einem kurzen Prolog und erteilt sodann verschiedenen Rednern nacheinander das Wort. Manchmal wird die Versammlung auch durch Singen eines der gängigen Revolutionslieder eröffnet und abgeschlossen. Kaum jemals versäumen es die Verantwortlichen, die „Massen“ um ihre Zustimmung zu bitten. Beliebte ist auch die Frage, ob jemand gegenteiliger Ansicht sei.

Meist soll eine Veranstaltung dieser Art den Resonanzboden für eine neue Kampagne abgeben. Die größte Massenbewegung seit Gründung der Volksrepublik ging z. B. im Anschluß an den Aufruf Mao Tse-tungs zum Kampf gegen den US-Imperialismus (20. 5. 1970) über die Bühne⁴²⁾. Aber auch Aufrufe im Dienste des Gesundheitswesens, der Produktion, der „Verbrüderung zwischen Armee und Volk“ sowie zur Feier eines der zahlreichen Jahrestage können Gegenstand solcher Veranstaltungen sein. Wichtig sind auch sogenannte

„Versprechenskundgebungen“, bei denen die versammelte Menge sich feierlich zu bestimmten Leistungen verpflichtet. Besonders dramatische Formen nehmen häufig Gerichtsversammlungen an, bei denen es auch zu Todesurteilen kommen kann⁴³⁾.

Für Kampfversammlungen im kleineren Rahmen hat sich ein Bestand von Techniken entwickelt, die sich auf die jeweiligen Bedürfnisse abstimmen lassen. In einem geistig anspruchsvolleren Milieu (z. B. in einem Ministerium oder einer Parteibehörde) kann eine Kampfversammlung, die dort in periodischen Abständen stattfindet, nach folgendem Vierer-Rhythmus ablaufen:

— gegenseitige Kritik der Anwesenden, wobei bestimmte Fehler konkretisiert werden;

— Selbstkritik jedes einzelnen, wobei jeder Kritisierte „laut zu denken“ hat;

— je nach Lage der Dinge, kann es sich als nötig oder opportun erweisen, die Kritik nur auf wenige Teilnehmer oder gar nur auf eine einzige Person zu konzentrieren. In einem solchen Fall kann der Ton der Versammlung plötzlich umschlagen und dramatische Schärfe annehmen, da ja der Angegriffene mit unangenehmen Konsequenzen (z. B. Landverschickung) rechnen muß.

— Beim vierten Schritt kommt es zur Zusammenfassung, in der dem Angriffsgegenstand seine Vergehen vorgeworfen werden.

In einer geistig etwas einfacheren Umgebung entwickelt sich der Kampf weniger eloquent und in anschaulicheren Formen.

Besonders beliebt ist hier der Vergleich zwischen „gegenwärtigem Glück und vergangenem Elend“, der von älteren Bauern oder Arbeitern angestellt wird und als eine der probatesten Methoden zur Klassenerziehung gilt. Beliebte, weil handfest, ist darüber hinaus die Verbrennung sogenannter „schwarzer Materialien“⁴⁴⁾.

Ferner spielt selbstverständlich auch die Selbstkritik eine bedeutende Rolle. Schlichtes Eingeständnis und „Verzeihung durch die Massen“ sind hier die Regel.

Dauer und Häufigkeit der Kampfversammlungen hängen von den konkreten Umständen ab. Sie können sich in einer einzigen Sitzung erschöpfen, ziehen sich bisweilen aber auch — mit kurzen Unterbrechungen — über Mo-

⁴²⁾ Im einzelnen vgl. dazu SWB 3387 B 7, B II, S. 1—10, 3394 B II, S. 9—15, 3396 B II, S. 9 ff., 3397 B II, S. 5 ff.

⁴³⁾ Näheres mit Nachweisen bei Weggel, a. a. O., S. 79 f.

⁴⁴⁾ Vgl. dazu Joint Publications Research Service, edited by US Department of Commerce, Washington D. C. vom 19. 8. 1968, S. 1 ff.

nate hin. Eine Kampagne zur Popularisierung der „sozialistischen Erziehung auf dem Lande“ dauerte z. B. in einem kantonesischen Dorf im Jahre 1964 ungefähr drei Monate. Einzelne Dorfbewohner hatten während dieser Zeit an über 100 Versammlungen teilzunehmen, die den ganzen Tag dauerten und sich manchmal bis über Mitternacht hinauszogen⁴⁵⁾.

d) Die *Zusammenfassung* spielt besonders seit der Kulturrevolution wieder eine besondere Rolle. In den „Studienklassen“ muß vor allem die Frage nach der Zweckmäßigkeit der eingesetzten Mittel, nach dem erreichten Bewußtseinsstand sowie nach den immer noch verbliebenen Feinden über Monate hin als Ausgangspunkt der Diskussion erhalten. Ein nicht unwichtiges Ergebnis ist die Entdeckung neuer Aktivisten, die sich bei der Kampagne besonders hervorgetan hatten und nun entsprechend herausgestellt werden.

Die maoistischen Sozialisierungstaktiken kulminieren in den Kampfversammlungen. Man könnte insofern von einer Politik der *Integration* durch *Konflikt* sprechen.

Da hier ein Punkt erreicht ist, der besonders beachtet sein will, seien noch zwei Gedankenkomplexe angefügt, die das maoistische Postulat nach permanentem Kampf einerseits von der Motivation her beleuchten und ihm andererseits einen systematischen Standort in der modernen Organisationssoziologie zuzuweisen.

Die wichtigste Rolle im Dynamisierungsprozeß spielt, wie insbesondere Lucian Pye nachgewiesen hat⁴⁶⁾, der Haß, dessen Erscheinungsformen positiv bewertet werden und der sich vor allem in den revolutionären Musteroperen, in den Lebensläufen vorbildlicher Helden, aber auch in Kampagnen, wie der Landreformbewegung, der „Haß-Amerika-Kampagne“ und zuletzt wieder während des propagandistischen Feldzugs gegen die Sowjetunion anlässlich der Grenzzwischenfälle, Bahn bricht.

Die Ursache für diese systematische Mobilisierung des Hasses lag zunächst im außenpolitischen Bereich, wo die Phänomene der Erniedrigung des chinesischen Volkes besonders fühlbar waren. Daneben hat aber auch die innere Situation Chinas Anlaß zur Kultivierung des Hasses gegeben. Das Versagen der bisher so stabilen chinesischen Gesellschaft durch die

nagenden Zweifel an der traditionsverankerten Autoritätsstruktur, insbesondere im Rahmen der Familie, führten zu erheblichen Frustrationen, deren Folgen sich merkwürdigerweise nicht gegen den unmittelbaren Träger der Autorität, nämlich den Familienvater mit seiner formalisierten Stellung richteten, sondern vielmehr gegen die gesamte gesellschaftliche Infrastruktur, von deren Integrität die Autorität des Vaters ja letztlich abhing. Nicht zufällig haben z. B. die meisten chinesischen Revolutionäre, allen voran Mao Tse-tung, ihre revolutionäre Karriere mit innerfamiliären Konflikten begonnen. Ist es unter solchen Umständen spekulativ, zu behaupten, daß Mao auf der Suche nach einer Rechtfertigung seiner innerfamiliären Revolte (im alten China ein todeswürdiges Verbrechen!) schließlich sein Kalkül von der sozialen Schädlichkeit des „reichen Bauern“ erfand, das sich zunächst indirekt nur gegen den eigenen Vater wenden sollte, später aber gegen diesen Bauertyp schlechthin ins Feld geführt wurde?

Von welch nützlichen Nebenerscheinungen übrigens solche Haßkampagnen begleitet sein können, haben erst vor kurzer Zeit wieder die Rotgardistenbewegung und die Kampagnen gegen die Sowjetunion und die USA bewiesen. Bei all diesen Massenbewegungen waren die Teilnehmer aufgefordert, ihrem Haß durch Produktionssteigerungen Luft zu machen⁴⁷⁾.

In den Kampfversammlungen offenbart sich aber nicht nur eine ausgeklügelte Manipulation von Haßgefühlen, sondern auch ein gewisses Fingerspitzengefühl für die Möglichkeiten sozialer Integration. Die moderne „human relations“-Schule, die mit punitiven, permissiven und persuasiven Modellen experimentierte, kam zu dem Ergebnis, daß am intensivsten jene Gruppen mitarbeiten, die voll an den Informations-, Einarbeitungs- und Planungsprogrammen teilgenommen hatten. Kurz angebundener autoritärer Stil oder — am anderen Ende der Skala — eine „laissez faire“-Haltung werden von den Befehlsadressaten demgegenüber nur halbherzig akzeptiert⁴⁸⁾.

⁴⁵⁾ Dieses „Umsetzen von Haß in konkrete Aktionen“ wurde auch nach dem Aufruf gegen den US-Imperialismus am 20. Mai 1970 besonders manifest. Die Dockarbeiter im Hafen von Tsingtao versprachen beispielsweise bei einer Massenkundgebung, „den Kampf der Weltvölker gegen den US-Imperialismus durch die konkrete Aktion schnelleren Beladens und Entladens der Schiffe zu unterstützen“. Gleichzeitig versprachen die Bauern in der Gegend von Tsingtao dem Aufruf Mao Tse-tungs gegen den US-Imperialismus „durch Kampf für bessere Ernte“ zu befolgen. Zum Ganzen vgl. SWB 3396 B II, S. 10.

⁴⁸⁾ Amitai Etzioni, *Soziologie der Organisation*, München 1967, S. 62.

⁴⁵⁾ Vgl. dazu Frederick Yu, *With Banners and Drums*, Current Scene 1966 Nr. 9, S. 8.

⁴⁶⁾ Vgl. dazu Lucian W. Pye, *The Spirit of Chinese Politics. A Psycho-Cultural Study of the Authority Crisis in Political Development*, Cambridge, Mass. and London, England, 1968, S. 67 ff.; ders. in: *Problems of Communism*, May-June 1968, S. 10 ff.: „Hostility and Authority in Chinese Politics“.

Im Endergebnis dürfte das geschickte „social engineering“, das in den emotionsgeladenen Kampfversammlungen zutage tritt, ähnlich integrierende Wirkungen zeitigen; denn als einigendes Band wirkt letzten Endes die emotionale Einbeziehung des einzelnen in seiner Eigenschaft als „Gruppenmitglied“⁴⁹⁾.

Mao Tse-tung-Studienkurse (einschließlich der „Aktivistenkongresse“ und „4-5-Gut-Kongresse“):

Da die Kulturrevolution im Zuge einer umfassenden Wiederbelebung der Ideologie ausgelöst worden ist, wird es kaum verwundern, daß das ideologische Selbstverständnis der Massen durch verschärfte ideologische Schulungsarbeit vertieft werden soll. Ganz in diesem Sinne ordnete Mao mit seiner Direktive vom 7. Mai 1966 an, daß jeder Beruf und jeder Betrieb in die Rolle einer „Roten Schule“ hineinwachsen solle. Inhalt dieser Schulungsarbeit ist selbstverständlich das „Denken Mao Tse-tungs“. Ideologische Schulung in diesem Sinn ist das „zentrale Kettenglied“, ohne dessen Verbindungsfunktion „keine einzige der politischen Aufgaben erfüllt werden kann“⁵⁰⁾. Träger dieser Kurse sind neben der „Volksbefreiungsarmee“ vor allem die „Arbeiter-Propagandatrupps“ und die Revolutionskomitees. Die Zahl der Kurse, die meist mehrere Unterrichtsstunden umfassen und in denen Revolution weniger theoretisch gelehrt als vielmehr — durch Kritik und Selbstkritik — praktiziert wird, stieg in die Millionen.

Besonders hervorragende Kursteilnehmer wurden zu „Aktivisten im lebendigen Studium und in der lebendigen Anwendung der Mao Tse-tung-Ideen“ ernannt. Aktivisten sind Verbindungsglieder zwischen Führung und Massen — gehören also (noch) nicht der Partei an — und fungieren als Leiter von Massenbewegungen. Sie sind wegen ihrer Kenntnis der lokalen Verhältnisse unentbehrlich und zeigen eine von „heroischen Modellen“ vorgelebte Bereitschaft, im Dienste an der Partei, vor allem aber auch an Mao Tse-tung, sich kämpfend einzusetzen und ihre eigenen Belange dabei ganz in den Hintergrund zu stellen, wobei es ihnen vor allem darauf ankommt, sich als „würdige revolutionäre Nachfolger“ zu erweisen.

Aktivisten treffen sich im Rahmen besonderer „Aktivistenkongresse zur lebendigen Anwendung und zum lebendigen Studium der Mao Tse-tung-Ideen“ auf den verschiedenen Ebenen (seit Januar 1968 sogar auf Provinzebene), um

ihre „revolutionären Erfahrungen“ auszutauschen.

Seit Anfang 1969 traten neben die Aktivistenkongresse die sogenannten „4-5-Gut-Kongresse“, denen es besonders darum geht, einen spezifisch militärischen Tugendkatalog Lin Piaos zu verwirklichen. Wie die Aktivistenkongresse sind auch die 4-5-Gut-Versammlungen auf allen Verwaltungsebenen angesiedelt.

Beide Kongresse waren ursprünglich militärische Einrichtungen, griffen aber dann — im Zuge der Militarisierung der Nation — auf den zivilen Sektor über. Beide zielen sie — nebeneinander! — auf eine Mobilisierung der Massen ab und stehen nicht etwa — wie La Dany es behauptet⁵¹⁾ — in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Beide Kongresse entsprechen dem alten sinokommunistischen Grundsatz, so viele Mobilisierungsinstrumente wie nur möglich bereitzustellen.

Das Personalaufgebot bei solchen Kongressen ist nicht unerheblich: Allein in der Provinz Kuangtung nahmen z. B. im Jahre 1969 nicht weniger als 373 000 Repräsentanten verschiedenster Organisationen an den „Mao Tse-tung-Aktivistenkongressen“ auf Stadt- und Kreisebene teil. 35 000 erschienen überdies bei den Aktivistenkongressen der Sonderdistrikte und über 7000 bei der Provinzveranstaltung⁵²⁾. Auch die 4-5-Gut-Kongresse weisen hohe Teilnehmerzahlen auf: Bei der Provinzveranstaltung im Februar 1970 in Kianghsi waren es z. B. 15 000⁵³⁾.

Arbeiter-Propagandatrupps (APTs):

In engem Zusammenhang mit den „Mao Tse-tung-Studienkursen“ stehen die „Arbeiter-Propagandatrupps“, die Ende Juli 1968 erstmals an die Öffentlichkeit traten, und zwar als eine Art Feuerwehr gegen die überhitzten Umtriebe und schwelenden Streitigkeiten der Rotgardisten an einigen Pekinger Hochschulen. Was niemand erwartet hatte, gelang damals in wenigen Tagen: Sämtliche „Fraktionen“ und Splittergruppen waren nämlich binnen kurzem zu einer „Großen Allianz“ vereinigt.

Zusammensetzung und Aufgabenstellung wurden durch folgende Direktive Mao Tse-tungs vorgeschrieben: „Bei der Durchführung der Großen Proletarischen Kulturrevolution im Erziehungswesen muß die Arbeiterklasse die Führung innehaben. Mitwirkende sind hier-

⁴⁹⁾ Ebenda.

⁵⁰⁾ Peking Rundschau 1968 Nr. 15, S. 8.

⁵¹⁾ China News Analysis Hong Kong Nr. 797, S. 2 ff., und zuletzt wieder in CNA Nr. 813 und 814.

⁵²⁾ SWB 3192 B II 13.

⁵³⁾ CNA Nr. 796, S. 5.

bei Kämpfer der Befreiungsarmee sowie Aktivist unter den Schülern und Studenten, Lehrern und Arbeitern in den einzelnen Lehranstalten, soweit sie entschlossen sind, die proletarische Revolution im Erziehungswesen zu Ende zu führen und die revolutionäre Dreierverbindung zu schaffen. Die APTs sollen lange Zeit in den Lehranstalten verbleiben, sie sollen sich an allen Aufgaben im Rahmen von Kampf-Kritik-Umgestaltung beteiligen und für immer die Lehranstalten leiten.“⁵⁴⁾

Innerhalb dieses Rahmenwerks läßt sich das Porträt der APTs in folgenden vier Zügen verdeutlichen:

Organisatorisch sind sie wie Militäreinheiten in Züge, Kompanien, Bataillone usw. eingeteilt. Die Mitglieder der APTs rekrutieren sich aus militärischen „Einheiten zur Unterstützung der Linken“, ferner aus Arbeitern, vor allem aber auch aus revolutionären Studenten und Lehrern, sowie aus Bauern, wenn es um ländliche Einsätze geht.

Ihr *Einsatzbereich* liegt überall dort, wo normalerweise „Intellektuelle“ zu Hause sind, also in Schulen, Akademien sowie in Institutionen für Kunst und Literatur.

Zu den *Aufgaben* der APTs gehört es, in den Schulen die Leitung zu übernehmen, für die Einhaltung der politischen Richtlinien zu sorgen, über die ideologische Reinheit des Lehrpersonals zu wachen und regelmäßig Lehrer sowie Schüler an die Produktionsstätten zu führen, um sie dort an ein Zusammenleben mit Arbeitern und Bauern zu gewöhnen. Insbesondere sollen sie auch dafür sorgen, daß Theorie und Praxis nicht voneinander gelöst werden.

Als *Mittel* für die Durchsetzung dieser Aufgaben benutzen die APTs Rundfunk, Wandzeitungen, Mao Tse-tung-Studienkurse und vor allem Einzelgespräche. An der Ch'ing-hua-Universität in Peking z. B. formierten sie sich zu rd. 100 Gruppen, die über die ganze Hochschule ausschwärmten und in Vortragssälen und Wohnheimen erschienen, um dort, wie es heißt, tiefgehende Propaganda- und Erziehungsarbeit zu leisten⁵⁵⁾.

Nach zwei Jahren praktischen Einsatzes haben die APTs viel von ihren Vorschußlorbeeren verspielt. Vor allem müssen sie ihre in den Schulen fast monopolartige Stellung mit immer mehr Konkurrenzgruppen und -organisationen teilen: In jeder einigermaßen bedeutenden Schule gibt es neben den APTs ein Revolu-

tionskomitee, eine Parteikerngruppe, einen Ausschuß der sich langsam wieder revitalisierenden Kommunistischen Jugendliga oder — je nach Alter — Gruppen „kleiner roter Soldaten“, die wiederum über eigene Propagandatrupps verfügen. Vor allem aber sind es die rein „militärischen Propagandatrupps“, die den 1968 erstmals entsandten APTs an Volks- und Mittelschulen, vor allem aber an Universitäten und Hochschulen immer mehr den Rang abläufen und zum eigentlichen Disziplinierungsinstrument für die schwierigen Intellektuellen geworden sind.

Familien-Studienkurse:

Die alte Drei-Generationen-Formel, die ja schon im alten China den Idealzustand einer Bauernfamilie umschrieben hatte, taucht seit einiger Zeit im neuen Gewande wieder auf. Bezeichnenderweise geht es der Pekinger Führung Anfang der siebziger Jahre nicht mehr darum, die Familie als solche zu zerstören. Ihre vorgegebene Form soll vielmehr mit neuen Inhalten gefüllt werden, wobei an die Stelle der als „feudalistisch“ abqualifizierten Autorität und der auf „Pietät“ basierenden Loyalitätsstruktur neue „sozialistische“ Haltungen treten sollen. „Im Ergebnis ... soll sich jede Familie ... in einen Lehrsaal der Mao Tse-tung-Ideen verwandeln ...“⁵⁶⁾.

Die „revolutionierte“ und „rot gewordene“ Familie hält regelmäßig Studienkurse im Denken Mao Tse-tungs ab. Dabei führt vor allem die jüngere Generation das Wort. Innerfamiliäre „Kampf-Kritik-Änderungs“-Treffen sind weitere Errungenschaften eines „revolutionären Familienlebens“. Die einzelnen Mitglieder sollen sich gegenseitig beobachten und die immer wieder zutage tretenden Fehler kritisieren. Wer nur die Familie im Sinne hat, nicht aber nach Mao Tse-tungs Anweisungen handelt, muß sich Belehrungen gefallen lassen.

Das Buch, die „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung“:

Die Volksrepublik China ist der größte Buchproduzent der Welt — nicht der Titelzahl nach, wohl aber vom Ausstoß her gesehen.

Von 1966 bis Ende November 1968 verteilten die betrauten Stellen im Inland nicht weniger als 150 Millionen Drei-Band-Sätze der „Ausgewählten Werke“ Mao Tse-tungs. Von den „Ausgewählten Lesestücken aus den Werken des Vorsitzenden Mao Tse-tung“ erschienen 140 Millionen, von den „Worten“ gar 740 Millionen. Selbst die lyrischen Gedichte Maos

⁵⁴⁾ Peking Rundschau 1968 Nr. 43, S. 2.

⁵⁵⁾ Peking Rundschau 1968 Nr. 43, S. 10.

⁵⁶⁾ VZ 31. 3. 1970.

erreichten noch die für einen Lyrik-Band in der Weltliteratur einzig dastehende Auflagenhöhe von 96 Millionen Stück.

Bei einem Ausstoß von 740 Millionen Exemplaren der „Worte“ sollte die Sättigungsgrenze bei einer Bevölkerung von 800 Millionen eigentlich längst erreicht sein. Wenn die Presse trotzdem auf Hochtouren weiterläuft, so kommt dies mehr einem Ritual gleich, das seinen Zweck in sich selbst trägt. Schenkt man den offiziellen Berichten Glauben, so ist das „ganze chinesische Volk der Auffassung, daß es zwar ohne Nahrung ... auskommen könne“, nicht aber ohne das Studium der Worte Maos⁵⁷⁾.

Wie sehr Agitation (Pamphlete) und Propaganda (Mao Tse-tung-Werke) den literarischen Markt monopolisiert haben, geht vor allem aus der Tatsache hervor, daß sich z. B. für das Jahr 1968 überhaupt nur drei unpolitische Titel ausmachen ließen: ein Handbuch über Metallschneidemaschinen, eine Monographie über Sandstrahlmethodik und eine Darstellung der Modernisierung in den Volkskommunen⁵⁸⁾.

Ein Werk ist es vor allem, das einem Fünftel der Weltbevölkerung zum „Leuchtturm“ geworden ist und es darüber hinaus zu einer Art Welt-Bestseller gebracht hat: das „kleine rote Buch“ mit dem Titel „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung“, das nicht nur zu einem Kommunikationsmittel ganz besonderer Art geworden ist, sondern überdies in der Welt zahlreiche Nachahmungen, allerdings meist humoristischer Natur, gefunden hat.

Es ist das Buch, das, wie schon vorher der konfuzianische Kodex mit seinen elf Teilen und später das Hauptwerk Sun Yat-sens, wieder einmal zum Mittelpunkt chinesischer Aufmerksamkeit geworden ist. Es war der alte und ewig neue Wunsch, die Welt einheitlich und frei von kaleidoskopartig verwirrender Vielfalt zu sehen, der dem roten Buch seine einzigartige Popularität verschafft hat.

Das in seiner chinesischen Ausgabe 270 Seiten starke, in 33 Kapitel unterteilte und 426 Paragraphen umfassende Taschenbuch mit seinem feuerroten Plastikumschlag war unter dem Tutorat Lin Piaos bereits im Mai 1964 für ausschließlich innermilitärische Zwecke publiziert worden. Im Oktober 1966, als die Kulturrevolution überbrödelte, wurde das kleine rote Buch zum erstenmal auf den Markt geworfen. Zur Neuauflage im Dezember 1966

verfaßte Lin Piao sein berühmtes „Vorwort zur zweiten Auflage“, in dem er die für einen Revolutionär recht merkwürdige Empfehlung aussprach, „die Sentenzen immer wieder zu studieren und einige ... am besten ... auswendig zu lernen“. Die „Worte“ sind eine systematisch gestraffte Blütenlese aus den „Ausgewählten Werken“, die im chinesischen Sammelband nicht weniger als 1520 Seiten umfassen.

Nicht uninteressant ist der Werdegang, den die „Ausgewählten Werke“ durchzumachen hatten, ehe sie zum „roten Buch“ kondensiert wurden. Es ist einzuräumen, daß die „Worte“ das Verdienst haben, die eigentlich maoistischen Elemente mit ziemlich sicherem Instinkt aus dem Wust der „Ausgewählten Werke“ herausgesucht zu haben. Obwohl die „Worte“ demnach maoistischer als die „Ausgewählten Werke“ sind, kann doch nicht daran vorbeigesehen werden, daß sie gewisse Verzerrungen mit sich gebracht haben. Sie sind z. B. so sehr abstrahiert, daß die Jahresringe am Denken Maos überhaupt nicht mehr abzulesen sind. Aus erkenntnistheoretischen Geschichtsanalysen wurden Postulate der praktischen Vernunft. Unter den Formzwängen der aphoristischen Gattung verwandelten sich historisch bedingte konkrete Einsichten zu allgemeinen Weisheiten von universaler Gültigkeit. Am auffallendsten aber ist das Mißverhältnis zwischen den „Ausgewählten Werken“ und den „Worten“: Dutzende von größeren und kleineren Werken Maos fallen nämlich völlig unter den Tisch. Umgekehrt bestreiten allein neun Schriften nicht weniger als 40 % der „Worte“. Am meisten wurde bezeichnenderweise die Widerspruchsrede von 1957 „ausgeschlachtet“, die nicht weniger als 36mal auftaucht. Die chronologische Verteilung jener Aufsätze, die als Hauptlieferanten herangezogen wurden, gibt interessante Aufschlüsse: Sie stammen durchweg aus solchen Zeiten, in denen Mao das Geschehen besonders souverän im Griff hatte, nämlich während der frühen Guerilla-Periode, am Anfang der Yen-an-Zeit, bei der Ausrichtungsbewegung von 1942, am Ende des Bürgerkriegs, bei der Kollektivierung der Landwirtschaft (1955) und während der „Hundert Blumen“-Periode (1957)⁵⁹⁾. Die Zeit nach 1957 hat im roten Buch nur wenige Spuren hinterlassen (nur 14 Zitate!).

Auf den Inhalt (es werden fast ausschließlich innenpolitische Fragen behandelt) kann hier nicht näher eingegangen werden. Lediglich ein

⁵⁷⁾ NCNA 3. 1. 1969, S. 11.

⁵⁸⁾ „Communist China 1968“, Hong Kong 1969, S. 491.

⁵⁹⁾ Vgl. dazu im einzelnen Stewart R. Schram, Quotations from Chairman Mao Tse-tung, New York-Washington-London 1967, S. XVI.

formaler Aspekt sei hier angeschnitten: Manche Aussprüche sind so verblüffend simpel, daß sich der westliche Leser nicht selten fragt, warum solche Selbstverständlichkeiten überhaupt der Niederschrift bedürfen. Nun ist aber nicht zu vergessen, daß Mao ausschließlich für den innerchinesischen Hausgebrauch schreibt und daß sich seine jeweils aus einer praktischen Situation heraus entstandenen Schriften an Bauern wandten, die nicht nur Analphabeten, sondern im Gefolge einer langen Tradition auch Fatalisten waren, denen der individuelle Impuls zum Handeln weitgehend fehlte. Ein Beispiel möge dies illustrieren: „Wir müssen nicht nur Aufgaben stellen, sondern auch die Frage lösen, mit welchen Methoden diese Aufgaben zu erfüllen sind. Wenn wir die Aufgabe haben, einen Fluß zu überschreiten, können wir das ohne eine Brücke oder ein Boot nicht tun. Wird die Frage der Brücke oder des Bootes nicht gelöst, dann ist es müßig, von einem Übersetzen auf das andere Ufer zu reden...“⁶⁰⁾.

Vielleicht wäre die Mao-Bibel auch ohne den schrillen Propagandaaufwand zu einem po-

⁶⁰⁾ Vgl. dazu „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung“, a. a. O., S. 265.

pulären Buch in China geworden. Das hohe persönliche Ansehen des Verfassers, das Plädoyer für die breiten Massen des einfachen Volkes, das Einfühlungsvermögen in die Denkungsart der Adressaten und die leicht verständliche Sprache entsprechen im hohen Maße den Erwartungen, die das chinesische Bauernvolk an einen Führer stellen mußte. Eine Dimension freilich könnte dem Buch — und damit dem Maoismus überhaupt — auf die Dauer zum Nachteil werden, nämlich das Fehlen irgendwelcher klar definierter Endziele⁶¹⁾.

Die „Bibel“ ist zu einem Exponat des Mao-Kults geworden. Jeder trägt sie wie einen Talisman bei sich. Blauer Kattun und rotes Buch sind beinahe eine Osmose eingegangen. Vielleicht ist es nicht übertrieben zu behaupten, daß mit den „Worten“ eine weitere Klammer entstanden ist, die das chinesische Volk zusammenhält und ihm nach dem Zusammenbruch der alten Überlieferungen neue Definitionen eines nationalen Selbstverständnisses liefert. Insofern darf es als eines der wichtigsten Kommunikationsmittel in China gelten, das wahrhaft unter den Massen Verbreitung gefunden hat.

⁶¹⁾ Schram, a. a. O., S. XXIII.

Anhang: Rundfunksendungen — Sommerprogramme 1968

I. Programm

- 03.30 Chorgesang: „Der Osten erglüht“
Programmansage
- 03.45 Studium der Aussprüche des Vorsitzenden Mao
- 03.55 Das Revolutionslied der Woche
- 04.00 Sendung für das Dorf
- 04.30 Nachrichten
- 04.45 Literatur und Kunst der Arbeiter, Bauern, Soldaten und revolutionären Massen
- 05.00 Sondersendung: Große revolutionäre Kritik (Mo bis Sa)
Revolutionsmusik (So)
- 05.30 Nachrichten
- 05.45 Revolutions-Literatur und Kunst
- 06.00 Sendung: „Arbeiter, Bauern und Soldaten studieren lebensbezogen die Ideen Mao Tse-tungs und wenden sie schöpferisch an“
- 06.30 Nachrichten und Presseübersicht
- 07.00 Revolutionsmusik
- 07.15 Aus dem Leben der (Volks-) Befreiungsarmee
- 07.45 Lieder nach den Aussprüchen des Vorsitzenden Mao
- 07.55 Das Revolutionslied der Woche
- 08.00 Studium der Aussprüche des Vorsitzenden Mao

- 08.10 Ausgewählte Lektüre aus den Werken des Vorsitzenden Mao
- 08.30 Verlesung wichtiger Dokumente und Texte der großen proletarischen Kulturrevolution
(Mo, Mi, Fr)
Revolutionstheater (Di, Do, Sa, So)
- 09.00 Revolutionsliteratur (Mo, Fr)
Literatur und Kunst der Arbeiter, Bauern, Soldaten und revolutionären Massen
(Di, Do, Sa, So)
Revolutionäre Kleinkunst (Mi)
- 09.30 Sendung für die „Rote Jugend“
- 10.00 Nachrichten
- 10.30 Revolutionsliteratur
- 10.45 Auslese aus revolutionären Theaterstücken
- 11.00 Sendung: „Arbeiter, Bauern und Soldaten studieren lebensbezogen die Ideen Mao Tse-
tungs und wenden sie schöpferisch an“
- 11.30 Aus dem Leben der (Volks-) Befreiungsarmee
- 12.00 Studium der Aussprüche des Vorsitzenden Mao
- 12.10 Internationales Zeitgeschehen (Di, Mi, Do, Fr, Sa, So)
Revolutionsmusik (Mo)
- 12.20 Programmansage
- 12.30 Nachrichten
- 13.00 Revolutionstheater (Mo, Fr)
Revolutionsmusik (Do, So)
Revolutionsliteratur (Di, Mi, Sa)
(Di, Sa 13.30 bis 16.20 Pause)
- 14.00 Internationale Nachrichten (außer Di, Sa)
- 14.15 Revolutionäre Kleinkunst (außer Di, Sa)
- 14.30 Revolutionsmusik (außer Di, Sa)
Revolutionsliteratur (So)
- 15.00 Aufstellung wichtiger Dokumente und Texte der großen proletarischen Kulturrevolution
(Mo, Mi, Fr)
Revolutionäre Kleinkunst (Do, So)
- 15.30 Literatur und Kunst der Arbeiter, Bauern, Soldaten und revolutionären Massen
(Mo, Mi, Fr, So)
Revolutionsliteratur (Do)
- 16.00 Nachrichten (außer Di, Sa)
- 16.15 Revolutionsmusik (Mo, Mi, Do, Fr, Sa)
- 16.20 Chorgesang: „Der Osten erglüht“ und Programmansage (Di, Sa)
- 16.30 Kindersendung
- 16.50 Revolutionsmusik (Mo, Di)
Revolutionstheater (Do, Sa, So)
Revolutionsliteratur (Mi, Fr)
- 17.35 Täglich wiederholtes Studium der drei „ständig zu lesenden Artikel“ (der lao-san-pien)
- 17.50 Programmansage
- 18.00 Nachrichten
- 18.15 Revolutionskunst und -literatur
- 18.30 Aus dem Leben der (Volks-) Befreiungsarmee
- 19.00 Auslese aus revolutionären Theaterstücken (Mo, Mi, Fr)
Unterricht im Singen von Revolutionsliedern (Di, Do, Sa)
Revolutionsmusik (So)
- 19.30 Sendung für das Dorf

- 20.00 Sondersendung: „Die Völker der ganzen Welt lieben leidenschaftlich den Vorsitzenden Mao“ (Mo, Mi, Fr, So)
Literatur- und Kunst-Sondersendung: „Vorsitzender Mao ist die rötteste, rötteste rote Sonne in unserem Herzen“ (Di, Do, Sa)
- 20.15 Internationales Zeitgeschehen (Mo, Di, Mi, Do, Fr, Sa)
- 20.25 Das Revolutionslied der Woche
- 20.30 Programm der von den Sendern aller Orte gemeinsam ausgestrahlten Sendungen
- 21.00 Literatur und Kunst der Arbeiter, Bauern, Soldaten und revolutionären Massen (außer Sa)
Revolutionstheater (Sa bis 23.00)
- 21.15 Gedichte des Vorsitzenden Mao; Singen der Aussprüche (des Vorsitzenden Mao)
(außer Sa)
- 21.30 Sendung: „Arbeiter, Bauern und Soldaten studieren lebensbezogen die Ideen Mao Tse-tungs und wenden sie schöpferisch an (außer Sa)
- 22.00 Internationale Nachrichten (außer Sa)
- 22.15 Revolutionsmusik (Mo, Mi, Fr)
Revolutionäre Kleinkunst (Di, Do, So)
- 22.30 Revolutionstheater (Mo, Fr)
Revolutionsmusik (Di, Mi)
Revolutionsliteratur (Do, So)
- 23.00 Nachrichten
Internationale Nachrichten (Sa)
- 23.15 Sondersendung: Große revolutionäre Kritik (Mo bis Sa)
Revolutionstheater (So)
- 00.00 Nachrichten
- 00.15 Sendung: „Arbeiter, Bauern und Soldaten studieren lebensbezogen die Ideen Mao Tse-tungs und wenden sie schöpferisch an“
- 00.45 Literatur und Kunst der Arbeiter, Bauern, Soldaten und revolutionären Massen
(Mo, Mi, Fr, So)
Revolutionstheater (Di, Do, Sa)
- 01.00 Nachrichten, Internationale

II. Programm

Das II. Programm bringt thematisch dieselben Sendungen wie das I. Programm; zusätzlich nur:

- 08.00 Nachrichten zum Mitschreiben (Mo, Di, Mi, Do, Fr, Sa)
- 11.00 Nachrichten zum Mitschreiben für das Schwarze Brett (Di, Do, Sa)
- 23.00 Nachrichten zum Mitschreiben (So)